

K. P. Wittemann

Kommunistische
Politik in
Westdeutschland
nach 1945

*Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik
Darstellung ihrer grundlegenden
politischen Auffassungen und ihrer Ent-
wicklung zwischen 1945 und 1952*

SOAK-Verlag

S. 349 - 426

Texte zur Arbeiterbewegung
SOAK Verlag Hannover 1977

Gedruckt ab Manuskript des Autors
Gesamtherstellung und Vertrieb:
SOAK GmbH
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel. 17618

ISBN: 3 - 88 209 - 004 - 9

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u> <u>der KPO</u>	1 - 37
1.1. Einleitung	1 - 3
1.2. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u> <u>der KPO</u>	3 - 34
1.3. Zusammenfassung	34 - 37
2. <u>Thalheimers Analysen der weltpolitischen</u> <u>Lage und der Lage in Deutschland nach</u> <u>dem 2. Weltkrieg</u>	38 - 79
2.1. Einleitung	38 - 39
2.2. Die weltpolitische Lage	40 - 51
2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46	52 - 73
2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in Deutschland	73 - 76
2.5. Zusammenfassung	77 - 79
3. <u>Das Verhältnis der Analysen Thalheimers</u> <u>1945/46 zu den grundlegenden politischen</u> <u>Positionen der KPO</u>	80 - 96
3.1. Problemstellung	80 - 82
3.2. Vergleich	82 - 96
4. <u>Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik</u> <u>von 1945 bis zum Herbst 1948</u>	97 - 138
4.1. Die Ausgangsposition 1945	97 - 98
4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehema- liger KPO-Mitglieder an den Beispielen Stuttgart und Salzgitter	98 - 123
4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Stuttgart	98 - 107
4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Salzgitter	107 - 123
4.3. Zusammenfassende Darstellung des Samm- lungsprozesses	124 - 131
4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe Arbeiterpolitik bis 1948	131 - 138

5. <u>Das Selbstverständnis der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik 1948/49</u>	139 - 163
5.1. Der programmatische Artikel vom Ende	
1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"	139 - 147
5.2. Die Einschätzung der Lage in der	
deutschen Arbeiterbewegung	147 - 154
5.3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mit-	
gliedern in der Broschüre "Offene Worte	
an Kommunisten" vom Oktober 1949	154 - 161
5.4. Zusammenfassung	161 - 163
6. <u>Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952</u>	164 - 271
6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"	164 - 167
6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und	
die weiteren Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	168 - 176
6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"	168 - 170
6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"	170 - 171
6.2.3. 2 Beispiele für Ausgaben der	
"Arbeiterpolitik"	171 - 175
6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	176
6.3. Die Organisation, der Umfang und die	
Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik .	176 - 188
6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP	188 - 271
6.4.1. Einleitung	188 - 189
6.4.2. Berlin	189 - 193
6.4.3. Bremen	194 - 202
6.4.4. Frankfurt und Offenbach	202 - 206
6.4.5. Hamburg	206 - 217
6.4.6. Mannheim	217 - 219
6.4.7. Nürnberg	219 - 223
6.4.8. Salzgitter	223 - 251
6.4.9. Solingen	251 - 255
6.4.10. Stuttgart	255 - 266
6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone	267 - 271

7. <u>Die grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der GAP 1952</u>	272 - 317
7.1. Einleitung	272 - 278
Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD	273 - 277
7.2. Die Einschätzung der politischen Lage	
Westdeutschlands, der Lage der Arbeiter-	
bewegung und der Aufgaben der Gruppe	
Arbeiterpolitik 1952	278 - 295
7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion	296 - 317
8. <u>Skizze der Entwicklung der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik seit 1952</u>	318 - 348
Nachschrift	349
<u>Anhang: Kurzbiographien</u>	350 - 416
(Becker, Ludwig; Becker, Richard; Bergmann, Otto; Bolze, Waldemar; Brandler, Heinrich; Breckenmacher, Hans; Burkhardt, Otto; Cavier, Theodor; Deisen, Willy; Ehlers, Adolf; Elf- lein, Paul; Engert, Otto; Galm, Heinrich; Grönsfelder, Karl; Hanke, Rudolf; Heitepriem, Otto; Janus, Richard; Kienhorn, Walter; Kirchner, Kuno; Knepper, Fritz; Kunz, Hans; Lambrich, Fritz; Meyer, Robert; Mößner, Gustav; Müller, Otto; Ochs, Eugen; Pless, Philipp; Rahm, Willi; Schmidt, Alfred; Schöttle-Thalheimer, Bertha; Scholz, Heinz; Schwab, Wilhelm; Sewald, Erich; Siewert, Robert; Söchtig, Erich; Thalheimer, August; Weber, Michael; Weber, Wilhelm; Wegener, Heinrich; Wegener, Willi; Werner, Gerhard; Wiesener, Rudolf.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis	417 - 426

Nachschrift

Auf den Seiten 100 und 102 wird Leo Krauss als ehemaliges Mitglied der KPO und ehemaliger DMV-Funktionär erwähnt, der nach 1945 Mitglied der KPD und Angestellter der IG Metall wurde.

Nach einer Mitteilung von Th. Bergmann kan es sich nach den genannten Funktionen nur um Simon Kraus handeln. "Gemeint ist ohne Zweifel Simon Kraus Leo Krauss war Naturfreund aus Rohr, hatte mit der KPO nichts zu tun und war kein DMV-Funktionär" ¹⁾.

1) Mitteilung von Theodor Bergmann vom 16.5.1975, S. 1

Anhang: Kurzbiographien

Die Kurzbiographien wurden nach folgenden Kriterien für diesen Anhang ausgewählt:

- 1) Es sollten in der Hauptsache Kurzbiographien von denjenigen aufgenommen werden, die im in dieser Arbeit behandelten Zeitraum in der Gruppe Arbeiterpolitik aktiv waren; allerdings wurden diejenigen, die auch heute noch in der Gruppe aktiv sind, auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin auch hier - bis auf eine Ausnahme - nicht erwähnt.
- 2) Zusätzlich wurden Kurzbiographien von einigen aufgenommen, die vor 1933 der KPO angehört hatten, aber nach 1945 einen anderen politischen Weg gegangen sind als diejenigen, die sich der Gruppe Arbeiterpolitik zurechneten. Kurzbiographien dieser Art sind die von Ehlers, Galm und anderen.
- 3) Weiterhin wurden Kurzbiographien von denjenigen aufgenommen, deren Auskünfte über die Gruppe Arbeiterpolitik in diese Arbeit eingegangen sind, obwohl sie nie zur Gruppe gehört hatten. Beispiele hierfür sind die Angaben über Michael Weber und Willi Wegener.

Die Länge der jeweiligen Kurzbiographie richtet sich nicht nach der Bedeutung des Betreffenden für die Gruppe Arbeiterpolitik, sondern nach dem vorhandenen Material. Weiterhin muß darauf hingewiesen werden, daß die hier festgehaltenen Kurzbiographien nicht für die Mitglieder der damaligen Gruppe Arbeiterpolitik repräsentativ sein können - schon allein deshalb, weil die Angaben über die heute noch in den Reihen der Gruppe Aktiven fehlen.

In den Fällen, in denen nur eine Quelle vorlag, wurde diese insgesamt ohne Kommentar wiedergegeben, auch wenn anzunehmen war, daß die Gruppe Arbeiterpolitik eine andere Auffassung vertreten würde als zum Beispiel Hermann Weber.

B e c k e r, Ludwig

"Geboren am 25. Oktober 1892 in Gmünd(Württemberg) als Sohn eines Goldschmiedes und alten Sozialisten, erlernte den Beruf eines Fassers (Spezialberuf der Goldschmiedebranche) und ging anschließend auf Wanderschaft. 1907 Eintritt in die Gewerkschaft und die Sozialistische Jugendorganisation, 1910 in die SPD. Übersiedelte 1911 von Gmünd nach Berlin und besuchte

hier die Arbeiterbildungsschule, an der auch Rosa Luxemburg wirkte.

1913 Einberufung zum Militär; bis 1918 Soldat. Von der Front aus hielt er enge Verbindung mit der Stuttgarter radikalen Gruppe Westmeyer. 1918 in den Soldatenrat gewählt. Mitglied des Spartakusbundes. Seit der Gründung für die KPD aktiv. Bis 1922 in seinem Beruf tätig. Delegierter des VIII. Parteitages 1923. Mit anderen Stuttgarter Funktionären wurde Becker wegen seiner Tätigkeit für die illegale KPD Anfang 1924 verhaftet und am 27. September 1924 zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Haft im Mai 1924 in den Württembergischen Landtag gewählt, so daß er als Abgeordneter einige Monate früher aus dem Gefängnis entlassen werden mußte. Im Juli 1925 Parteisekretär in Stuttgart.

In den folgenden Jahren im Bezirk Württemberg tätig; Anhänger des rechten Parteiflügels. 1928 erneut in den Landtag gewählt. 1929 als 'Rechter' aus der KPD ausgeschlossen. Er trat zur KPO über und blieb für diese bis 1932 im württembergischen Landtag. Im Dezember 1930 hauptamtlicher Bevollmächtig(t)er des Metallarbeiterverbandes in Schwenningen; diese Funktion behielt er bis 1933.

1933 versuchte die 'Deutsche Arbeitsfront' ihn für die NSDAP zu gewinnen. Becker lehnte alle Angebote ab und arbeitete bis 1938 in seinem Beruf. Als oppositioneller Kommunist war er von 1938-1945 im KZ Buchenwald. Nach Schwenningen zurückgekehrt, baute er die KPD auf und war einige Monate stellvertretender Bürgermeister. 1948 Leiter der IG Metall Südwürttemberg-Hohenzollern. KPD-Abgeordneter des Landtags Südwürttemberg-Hohenzollern. Nach neuen Differenzen mit der KPD wurde er 1951 aus der Partei ausgeschlossen, er trat 1955 der SPD bei. Von 1953-1959 war Becker Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg in Stuttgart; 1969 lebte er im Ruhestand in Stuttgart."

Quelle: Weber II, S. 71

B e c k e r, Richard

"Am 23. Juni 1952 starb nach kurzer Krankheitsdauer unser Freund und Kampfgenosse Richard Becker an einer Lungenkrankheit. Am 10. September 1890 in Crossen an der Oder geboren, erlernte er nach dem Besuch der Volksschule das Bau-

schlosserhandwerk und kam als junger Schlossergeselle 1909 aus kleinstädtischen Verhältnissen nach Berlin. Hier fand er Arbeit in einer größeren Kunstschlosserei und wurde sofort Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Er nahm kurze Zeit darauf sofort aktiven Anteil an einem Streik und wurde dadurch schon in jungen Jahren der Vertrauensmann seiner Kollegen.

Durch sein klassenbewußtes Auftreten mußte er mehrfach seine Arbeitsstelle wechseln, fand aber auf Grund seiner guten fachlichen Kenntnisse und Leistungen trotzdem in größeren Betrieben der Kunst- und Bauschlosserei immer wieder Arbeit. 1915 wurde er Soldat. Weil seine Kriegstraumung nicht kirchlich erfolgte, wurde ihm der damals übliche Urlaub verweigert. Er bewies schon damals, daß ihm seine Grundsätze höher standen als persönliche Vorteile. 1917 wurde er wegen eines schweren Nierenleidens vom Militärdienst entlassen. Wegen seiner aufrechten Haltung auch als Soldat tat man ihm die Ehre an, ihn noch nicht einmal zum Gefreiten zu befördern.

Im Betrieb versuchten die Unternehmer verschiedentlich, ihn wegen seines sachlichen Könnens und seines Ansehens bei den Kollegen zum Meister zu machen, um ihn damit von den Arbeitern zu isolieren. Das lehnte er ab. Durch sein aufrechtes Verhalten und sein stetes Eintreten für die Interessen der Kollegen wurde er nach 1919 zum Betriebsrat und Verbandsfunktionär gewählt. Er war langjähriges Mitglied der Branchenkommision, mehrere Jahre ehrenamtlicher Branchenleiter der Bauschlosserbranche, Generalversamlungsdelegierter und Mitglied der mittleren Ortsverwaltung im DMV. Auch der DMV versuchte mehrmals, ihn durch feste Anstellung im Verband kaltzustellen.

Als Mitglied der Kommunistischen Partei nahm er regen Anteil an der damals erfolgreichen Fraktionsarbeit im Interesse einer klassenbewußten Gewerkschaftspolitik. Auf vielen Gewerkschaftsversammlungen, Funktionärstagen und auf dem Verbandstag trat er als Redner der Opposition gegen den reformistischen Kurs der Gewerkschaftsführung auf. Seiner aufopferungsvollen Arbeit in Gemeinschaft mit vielen seiner Freunde war es zu verdanken, daß in diesen Jahren die Kommunistische Partei mit einer richtigen Gewerkschaftspolitik und -taktik in den Betrieben und Gewerkschaften großen Einfluß gewann.

Im Jahre 1928 war er mit einer der ersten, der gegen den verhängnisvollen Kurs der RGO Stellung nahm, durch den die KPD

zur völligen Einflußlosigkeit in den Betrieben herabsank. Er wurde mit einer Reihe seiner Freunde 1929 aus der KPD ausgeschlossen. Er nahm trotzdem weiterhin im kommunistischen Sinne regen Anteil an der Berliner Arbeiterbewegung und im Kampf gegen den Faschismus.

Nach der Machtübernahme Hitlers stellte er sich sofort der illegalen Arbeit zur Verfügung. Zu jeder Stunde war er bereit, ohne persönliche Rücksicht alle Gefahren im illegalen Kampf auf sich zu nehmen. Durch die Schuld eines anderen wurde er mit einer Reihe seiner Freunde von der Gestapo verhaftet. Er blieb standhaft in der Untersuchung und im Prozeß. Am 30. November 1938 wurde er vom 5. Senat des Berliner Kammergerichtes wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit zwölf seiner Genossen verurteilt und erhielt 4 Jahre Zuchthaus. Einen Teil seiner Strafzeit verbrachte er im Zuchthaus Brandenburg; von dort kam er nach dem Lager 2 im Aschendorfer Meer. Auch hier blieb er immer der aufrechte und standhafte Charakter und stand den jüngeren Genossen mit Rat und Tat zur Seite.

Nach 1945 beteiligte er sich am Aufbau des FDGB. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen als Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter kam er bald in Konflikt mit den ehemaligen Reformisten und RGO-Leuten, die sich ganz den Anordnungen und Ratschlägen der Besatzungsoffiziere unterwarfen und keine Konflikte wagten. Als Mitglied und Funktionär der KPD und späteren SED nahm er regen Anteil an der politischen Arbeit. Offen vertrat er seine Meinung gegen den neuen verhängnisvollen Kurs, der der deutschen Arbeiterklasse unnötige Opfer auferlegt und den Kommunismus diskreditiert. Da er gegen die Bürokratie mit rücksichtsloser Schärfe auftrat und die Folgen ihre Politik vor den Parteimitgliedern aufzeigte, zog er sich den besonderen Zorn der Kreisleitung des Bezirks Kreuzberg und der Berliner Landesleitung zu. Ihre Vorladungen zu Kreuzverhören lehnte er strikte ab und trat 1950 aus der SED aus. Der Bürokratie blieb es überlassen, ihn nachträglich auszuschließen. Nach seinem Ausschuß trat der größte Teil seiner Wohngruppe aus der Partei aus.

Seine Warnungen waren leider umsonst, die SED hielt an der falschen Politik fest und hat sich in West-Berlin von den Arbeitern völlig isoliert. Sie ist als Organisation kaum mehr vorhanden.".

Quelle: Artikel "Richard Becker gestorben". In: Arpo 5/14/9

B e r g m a n n, Otto

Otto Bergmann wurde am 20.7.1907 geboren. Vor 1933 arbeitete er als Schlosser in Dortmund. Seit 1922 war er im DMV gewerkschaftlich organisiert. In der Weimarer Republik hatte er keiner Partei angehört, sympathisierte aber nach 1933 mit dem kommunistischen Widerstand, den er später aktiv unterstützte. Im Zuge des Aufbaus der Reichswerke kam er nach Salzgitter, wo er sich nach dem Kriege stark politisch und gewerkschaftlich engagierte. Er wurde sofort nach Kriegsende Gewerkschaftsmitglied und gehörte 1946 für einige Zeit dem FDGB-Kreisvorstand an; 1948 bis 1950 und ab 1953 gehörte er einige Jahre lang der Ortsverwaltung der IG Metall an. Von 1945 bis 1950 und von 1952 bis 1957 gehörte er dem Betriebsrat der Reichswerke bzw. der Hütte an; Anfang 1946 wurde er in den Hauptbetriebsrat gewählt, dem er bis zur Auflösung dieses Gremiums 1949 angehörte.

1945 hatte sich Otto Bergmann der KPD angeschlossen, wo er schnell Kontakt zu Söchtig bekam. Er gehörte dann zu dem Kreis, der die Gruppe der GAP in Salzgitter bildete. 1947 oder 1948 wurde er aus der KPD ausgeschlossen.

Otto Bergmann zog sich gegen Ende der fünfziger Jahre nach einer beruflichen Veränderung aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit teilweise zurück; als die GAP in Salzgitter aufgelöst wurde, hatte er bereits keinen Kontakt mehr zur Gruppe gehabt. Bergmann lebt heute in Salzgitter; politisch steht er der SPD nahe, ohne Mitglied zu sein.

Quelle: Interview mit Otto Bergmann am 4.11.1974

Arbeit von Gundula Müller

B o l z e, Waldemar

"Geboren am 11. Januar 1896 (richtig: 1886 d.V.) in Buk (Posen). Gelernter Tischler. Als 18jähriger Mitglied der Gewerkschaft und 1906 auch der SPD. Nach kurzer Wanderschaft kam er nach Berlin, wo er bald Funktionen in SPD und Gewerkschaft ausübte. Nach Kriegsausbruch trat er unter Protest gegen die Haltung der SPD aus der Partei aus.

Er war vier Jahre Soldat, trat 1917 der USP und im Januar 1919

der KPD bei. Bolze nahm an den Spartakuskämpfen in Berlin teil. 1920 wurde er Mitarbeiter der "Roten Fahne" und 1921 der Gewerkschaftsabteilung der KPD-Zentrale.

1924 als Gegner Ruth Fischers und als 'Rechter' aus der Zentrale entlassen, war Bolze einer der wenigen Wortführer der 'Rechten' in der Berliner KPD. 1926 kam er wieder in die Gewerkschaftsabteilung des ZK, wo er bis Anfang 1929 blieb. Anhänger Brandlers und Gegner des RGO-Kurses, deshalb im Januar 1929 aus der KPD ausgeschlossen. Bolze gehörte bis 1933 der KPO und deren Leitung an.

1933 mußte er emigrieren. Er lebte zuerst in Frankreich und ging im November 1936 nach Spanien, um dort für die Republikaner tätig zu sein. Er arbeitete in einem Flugzeugwerk in Barcelona und hatte enge Verbindung zur Gruppe POUM, die von den Stalinisten als 'trotzkistisch' verfolgt wurde. Auch Bolze wurde von der GPU verhaftet und über ein Jahr in spanischen Kern festgehalten. Er wäre den Franco-Truppen in die Hände gefallen, wenn die stalinistische Gefängniswache nicht im letzten Augenblick geflüchtet wäre, so daß die Gefangenen über die Pyrenäen entkamen. Von Frankreich wurde Bolze nach Belgien ausgewiesen. Im Mai 1940 floh er vor den deutschen Truppen wieder nach Frankreich, wurde in Südfrankreich interniert, entkam und lebte bis 1945 illegal. Die Genehmigung nach Deutschland zurückzukehren, erhielt er erst 1948. Bolze arbeitete als Tischler in den Reichswerken Salzgitter und gehörte der 'Gruppe Arbeiterpolitik', der Nachfolgeorganisation der KPO an. Er starb am 14. Dezember 1951 in Salzgitter an Lungentuberkulose."

Quelle: Weber II, S. 82

Für die Zeit nach 1945 ist zu ergänzen, daß sich Bolze mehrere Male illegal in Deutschland aufhielt und wesentlichen Anteil an der Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik hatte. Seit seiner dauernden Rückkehr nach Deutschland 1948 gehörte er der Leitung der Gruppe und der Redaktion der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" an. In Salzgitter trug er wesentlich zur organisatorischen und politischen Festigung der Gruppe bei.

Zum Tode Waldemar Bolzes veröffentlichte die Gruppe Arbeiterpolitik im Januar 1952 den umseitig folgenden Nachruf.

Quelle: Arpo 5/1/5

Planwirtschaft, ohne die Gesamtfrage genügend zu berücksichtigen. Die SU forderte Beschränkung der Industrialisierung Jugoslawiens auf Rohstofflieferungen für die vorhandenen Industrien der SU, der Tschechoslowakei und Polens. Die SU forderte die Umbildung der jugoslawischen Partisanenarmee in eine der Roten Armeen ansehnliche und koordinierte Armeen und versuchte, ihre Forderungen befriedigend durchzusetzen, wie sie gewohnt ist.

Dagegen baute sich das jugoslawische Selbstbewusstsein mächtig auf, so daß aus dem berechtigten Widerwillen und Kampf gegen die Anwendung russischer Methoden die Ablehnung zwingender Notwendigkeiten entstand. Die Jahre 1930 und die Sabotage der Kulkalen verursachten eine Mitternachts- und Hungersnot drohte. Das stellte die führenden jugoslawischen Kommunisten vor die Frage: Kapitulation vor der SU oder Annahme der Bedingungen der kapitalistischen Hilfe.

Die kapitalistische „Hitler“ und ihre Folgen

Die USA und England arbeiteten mit zweckmäßigen Methoden in Europa ab die SU, um ihre Ziele zu erreichen. Sie stellten vorerst keine Bedingungen, sondern waren bereit, großzügig Geschenke zu spenden. Auf diesen Trick hielten Tito und Genossen hin, wie die Wirklichkeiten der westeuropäischen kapitalistischen Länder auf die „großzügigen“ amerikanischen Anleihenpolitik und die geschätzten Marshallplan-Gelder für die ersten Anleihen stellten die Amerikaner und Engländer Jugoslawen keine so schweren Bedingungen, wie sie die SU ihren Verbündeten stellt.

Die jugoslawischen Kommunisten waten und sind gegenüber dieser „Großmacht“ natüer als die kapitalistischen Regierungen. Sie überboten und überboten sich in Liebesdiensten für die USA. Sie erklärten die UNO, dieses zu sechs Stücken gleichgeschaltete Instrument der USA-Politik, zu einer den Frieden schützenden Kraft. Sie schenken im koreanischen Bürgerkrieg und dem Eingreifen der Chinesen nur Sowjet-imperialismus. Sie halten die Überwindung der Boltrick an die Belohnungen für eine demokratisch-sozialistische Aufbaumethode und halten nur gewisse Zwangsmaßnahmen gegen die Kulkalen zur Zeit noch für unangenehm.

Die Kehre dieser Politik wird schnell sichtbar. Der „Economist“ vom 13. Oktober läßt die Katze aus dem Sack. „Der Leiter Jugoslawiens sind überwiegend gegenüber der Kritik, besonders wenn sie aus den westlichen Ländern kommt, die ihren helfen. ... Vor nächsten Juni ist nicht zu sagen, wann sie zu den bisherigen 50 Millionen Pfund neue Hilfe von der internationalen Bank bekommen. Die USA, die britische und französische Regierung haben bei keiner Hilfestellung schriftliche Bedingungen gestellt oder Ratgeber vorgesehen. Aber darf man erwarten, daß sie ruhig zusehen, wenn unser gutes Geld nichtflüchtig ist? Die Pläne von Belgrad befragen vielleicht nicht, daß sie aus dem fremden Rat und Erfahrungen zu lernen haben, auch wenn sie dies nicht lieben.“

Der Westen legt großen Wert auf individuelle Freiheit unterm Gesetz und ist beeindruckt von dem Versprechen der Liberalisierung der jugoslawischen Wirtschaft, aber erweist sich, daß die KP noch die Zügel hält. Er nimmt die beschränkten Fortschritte zur Kenntnis, daß dem jugoslawischen Bürger freie Rede gewährt wird, aber fragt, ob auch seine Kinder in der Religion der Eltern erzogen werden können. Und vor allem fragt er, ob es recht und notwendig ist, daß noch verschonten von Mischschicks Titos Organen weiter im Gefängnis schmachten.

In der Nummer vom 1. Dezember stellt der „Economist“ mit Befriedigung fest, daß Tito sich weiter verbessert habe. Der „Manchester Guardian“ vom 13. Dezember nimmt in einem Artikel „Verdrängung Jugoslawiens“ zur jugoslawischen Aufrüstung Stellung. Der anonyme Militärsachverständige kommt zu dem Schluß, daß man Jugoslawien keine schweren Waffen und Tanks geben sollte, weil die Partisanenarmee doch nicht mit ihnen umgehen könnte. Die jugoslawische Armee solle sich in die bosnischen Berge zurückziehen. Denn das Tiefland gegen Ungarn und Rumänien könne sie doch nicht verteidigen. Wörtlich heißt es:

„Von einem eigenartigen westlichen Standpunkt aus ist der beste Dienst, den die jugoslawische Armee leisten

kann, das Halten der Höhen und die Blockierung der slowenischen Pässe, die dem Feind den Zugang nach Italien versperren und das Loch bei Ljubljana stopfen.“

Das ist es, wofür die Unterstützung der Westmächte gegeben wurde und wird. Wenn Jugoslawien diesen Anforderungen im dritten Weltkrieg entsprechen würde ... was würde vom jugoslawischen Sozialismus übrigbleiben?

Vielleicht, daß Stalin die jugoslawische Armee auch nur annehmen wollte, um ein slowenisches Loch zu stopfen und italienischen Vorkräften in die Westflanke der Sowjetarmee abzupacken ... obgleich dazu nicht die Umwandlung der Partisanenarmee in eine moderne Armee notwendig ist. Wir wollen uns an diesem Rätselraten nicht beteiligen. Mag sich jeder ausdenken, was besser im Interesse der sozialistischen Gesellschaft ist, und erben, was er zu tun hat.

Eine bürgerliche Friedenskämpferin spricht

In einer Versammlung in Frankfurt/Main, einbetreten vom Friedensrat Frankfurt und der Aktionsgruppe für ein Volksrecht in Hessen, sprach Frau Helene Wessels. Versprechende der Zeitungspreise. Der Besuch war gut. Die Mehrheit waren Plänen aus bürgerlichen Kreisen, die dem Kriege bereits einen Tribut gezahlt hatten. Dies sah man an ihrer schwarzen Kleidung. — Sehr wenig Arbeiter waren da. Die Rednerin sprach vom Krieg, den Europa zweimal verloren habe — nicht Deutschland —, denn die abendländischen Mächte zerfielen sich gegenseitig anstatt ihre gemeinsamen Anstrengungen gegen Osten zu richten? Solche Dinge hat Recht behalten, oder wird es dem Christentum gelingen, Europa noch einmal hochzuheben?

Deutschland sei vor Rußland und Amerika vom abendländischen Geist erfüllt gewesen. Die Festlegung des Krieges 1914 schuld Deutschlands und der Mittelmeer, im Krieg 1934 bis 1938 war eine Fehlentscheidung, die Europa heillos machte und so der Sowjetunion den Vormarsch erleichterte. Der zweite Weltkrieg habe Europa endgültig als Großmacht ausgeschaltet.

Sie wollte den Bundeskanzler davon überzeugen, daß es auch eine andere Möglichkeit gibt als die bedingungslose Eingliederung in das westliche Verteidigungssystem. Westliche macht erhebt, daß ein Angriff auf Deutschland genau so einen Krieg zur Folge haben würde wie der Angriff Hitlers auf Rußland zeigen, daß wir keine kriegserische Pläne hätten. Das Schicksal der Ostgebiete müsse im Friedensvertrag geregelt werden. Bis dahin solle man immer dann denken, wenn alles darstehen sollte, aber nicht in jedem Moment davon sprechen.

Das war also das Programm der Friedenskämpferin. Was ist antikomunistisch, protestiert, aber Angst aus Schwäche. Diese Politik wird von der KPD passiviert, wie überhaupt jeder der irgendwie und irgendwie von der Einheit Deutschlands redet oder sich an den Lobes der KPD sicher ist, mag er nun ein Severing oder ein Deutscher von der CDU oder irgendein anderer Reaktionsär sein.

Wenn man dazu kritisch Stellung nehmen soll, so muß man zugeben, das Publikum gibt den Schlüssel zur Lösung. Der Mittelstand zittert um die Reste seiner Lebensstellung und fürchtet mit Recht, daß ein Krieg ihm die wenigen Reste vernichtet. Deshalb kann hier eine Stimmung platz greifen, ähnlich der, wie sie vor Jahren in Frankreich und Italien zu sehen war, die aber inzwischen von den Amerikanern niedergedrückt wurde. Wäre eine kommunistische Partei vorhanden, die Arbeitermassen in Bewegung bringen kann, so wäre unzweifelhaft diese Masse Kleinbürger von ihr zu neutralisieren gewesen. So aber bleibt bei ihnen im Moment nur der Wunsch der Einheit des Bestehenden. Danach kommt ... wie die Rednerin sagte ... doch die Abhängigkeit von den Amerikanern.

Pastor Pethe, Offenbach, als Leiter des Aktionsausschusses, gab indirekt zu, daß das heisse Volksgehörnen ein toterbarnes Kind sei, dem die Absicht, die heissen Vertreter im Bundesrat auf Ablehnung einer Aufrüstungsabsicht festzulegen, ist nicht zulässig. Laut herrscher Verfassung sind die Vertreter im Bundesrat nur der Kabinetverantwortlich, nicht einer Partei oder dem Landtag. Aber der Aktionsausschub werde nach anderen Mitteln und Wegen ausschlagen Mittel und Wege kann er nicht finden. Nur das rett vor den Arbeitern üblich werden können. So scheitert der bürgerliche pazifistische Kampf gegen Aufrüstung und Krieg an den Zornsfäden der heissen Verfassung.

Waldemar Bolze gestorben

Am 14. Dezember 1951 starb im Krankenhaus in Salzgitter unser Freund und Kampfgenosse Waldemar Bolze. Seit vielen Jahren war seine Gesundheit unterhöht durch die Lungenerkrankung, die Proktiterkrankung.

Ohne Rücksicht darauf und trotz der Bitten seiner Freunde, sich zu schonen, setzte er all seine Kraft in den Kampf der Arbeiterbewegung, mit der er sein Leben lang, bis zu seinem letzten Atemzug selbstlos verbunden war.

1896 in Bück in der Provinz Posen geboren, erlernte er nach dem Besuch der Volksschule das Tischlerhandwerk. Als Aushilfsarbeiter wurde er Mitglied des Holzarbeiterverbandes, 1905 Mitglied der SPD. Nach kurzer Wanderzeit kam er als junger Tischlergeselle nach Berlin. Von Anfang an nahm er regen Anteil an der Berliner Arbeiterbewegung im Rahmen des Berliner Holzarbeiterverbandes.

Dort vertrat er auf Funktionärsebene die Interessen der Holzarbeiter und vertrat sie auf den Versammlungen und Verbänden der Holzarbeiter. Er beteiligte sich an der Arbeit seiner Kollegen im revolutionären Sinne. Er hatte sich mit einem Blick für die Wirklichkeit der ökonomischen Kräfte in harten Studium und mit seltener Geduld und Willenskraft ein Wissen erworben, aus dem er als scharfer Wirt gegen den Feindismus von Tausend und Leiharbeiter stand.

Nachdem sich 1914 die SPD auf den Boden der Vaterlandsempfehlung gestellt hatte, trat er mit Protest aus der SPD aus. Er war von 1914 bis 1918 Soldat, hielt während dieser Zeit Verbindungen zu revolutionären Gruppe und trat 1917 in die USP ein. 1918 nahm er aktiv an den Kämpfen des Spartakusbundes teil. Hierbei versuchte er durch das Studium der Lehren der russischen Revolution die russischen Erfahrungen für die Kämpfe der Berliner Arbeiter nutzbar zu machen. Seine Hauptarbeit galt der Gewerkschaftsfrage. Wenn seiner besonderen Erfahrungen auf gewerkschaftlicher Gebiet wurde er Mitarbeiter der Gewerkschaften der Fein- und Textilindustrie der KPD. Zwischen 1921 und 1923 organisierte er die Fraktion der KPD in den Gewerkschaften. Die reformistische Gewerkschaftsstruktur, die die Arbeit mit seinem Ausschluß.

Die Berliner Arbeiter, die an den Massenversammlungen der KPD in Kleinsesseln, in der Neuen Welt und in der Kind-Bräuterei in Nollath teilnahmen, konnten sich dieser Versammlungen nicht erheben, ohne das Bild der schwächlichen, aber energiegeladene Gestalt Waldemar Bolzes auf der Rednertribüne vor sich zu sehen. Waldemar Bolze führte ihnen ruhig und unermüdet, zuhause und geduldig immer wieder die Arbeit der Gewerkschaftsarbeit als einzigen Weg zum revolutionären Erfolg und zur notwendigen Gewinnung der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter vor Augen. Auch als die Masse der Parteimitglieder nach 1923 glaubte, der ultralinke Kurs von R. L. Fischer würde ihnen die eigene Zukunft sichern, verlor er als einer der wenigen nicht den Mut, auf die katastrophalen Folgen des ultralinken Kurses für die deutsche Arbeiterklasse hinzuweisen.

So beispielhaft wie sein Mut in der politischen Diskussion war sein Fleiß in der Kleinarbeit der Partei. Die Neukollner Arbeiter seiner Abteilung konnten sich keine Flugblattverteilung, kein Plakatkleben, keine Hauszitation ohne Waldemar Bolze vorstellen. Obwohl die Parteileitung die Jugend vor dem „Feind“ Bolze warnte, gab er die Sympathien der Jugend und wurde immer wieder von ihr als Führer anerkannt.

Neben den politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen versuchte er, den jungen Genossen beizubringen, daß ein Kommunist auch in seiner Berufsarbeit etwas leisten und menschlich vorbildlich sein müsse, wenn er das Vertrauen der Arbeiter in den politischen Kampf gewinnen wollte. Wenn je ein revolutionärer Kämpfer dies verwirklicht hat, so Waldemar Bolze selbst.

1929 schloß die Parteileitung ihn aus wegen seines konsequenten Kampfes gegen den FGO-Kurs, der die KPD von dem Massen der organisierten Arbeiter isolierte, und gegen die Theorie von Sozialismus, die eine Kluft zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern stiftet und den Kreis der Arbeiter in die Schranken des Faschismus zwingt.

Durch den Ausschuß aus der KPD ließ Waldemar Bolze sich nicht isolieren. Er wurde Mitglied der KPD und stand bis 1933 in den Abwehrkämpfen gegen den Faschismus in vorderer Reihe.

1933 mußte er, um den Kampf der Gewerkschaft zu ermöglichen, emigrieren. Er lebte zuerst in Frankreich.

Im Sommer 1936 holte er die politischen und beruflichen Fähigkeiten in den Dienst der spanischen Revolution stellen zu können. Er arbeitete in einem Flugzeugwerk bei Barcelona. In der dortigen Legekassette trat er auf gegen Sabotage und unter der Organisation. Wegen seiner Verbindung zur revolutionären Gruppe der POUM, die gegen die Volksfront und die Stalinisten und die damit verbundene Liquidierung der spanischen Revolution kämpfte, wurde er durch die GPO verhaftet und verbracht über ein Jahr im spanischen Kerker. Er wurde nach Frankreich und war bis zum Einmarsch der Amerikaner in Südfrankreich interniert. Erst 1948 bekam er die Einreisegenehmigung nach Deutschland. Er arbeitete als Tischler in der Modelische der Gießerei der Teilschiffe in Salzgitter bis zur Entfernung. Hier begann er seine politische Arbeit in Deutschland. Alle Not und Schicksalsschläge hatten ihn nicht gebrochen. Er gab seine letzte Kraft im Dienst des Wiederaufbaus der deutschen Arbeiterbewegung.

Seine Erziehung und seine unbestechliche Treue zur Sache der Arbeiterbewegung schufen mit der Grün für die Arbeit der Gruppe Arbeiterpolitik, die sich den Wiederaufbau einer unabhängigen deutschen Arbeiterbewegung zur Aufgabe gestellt hat.



B r a n d l e r, Heinrich

Vorbemerkung: In Anbetracht der Bedeutung, die Heinrich Brandler für die Gruppe Arbeiterpolitik gehabt hat, scheint es dem Verfasser dieser Arbeit gerechtfertigt, die Kurzbiographie dieses Kommunisten um drei Beiträge zu erweitern, die eher den Charakter von Würdigungen haben. Deshalb folgt auf die biographischen Daten, wie sie Weber darstellt, ein Beitrag Wolfgang Abendroths zu Brandlers 85. Geburtstag, ein Nachruf auf Brandler, verfaßt von einem ehemaligen Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik, und abschließend der Nachruf, den die Gruppe Arbeiterpolitik verfaßt hat.

- Weber: "Geboren am 3. Juli 1881 in Warnsdorf (Böhmen). Der Vater, Joseph Brandler, der zur Zeit des Sozialistengesetzes verbotene Literatur geschmuggelt hatte und die örtliche Maurer-Gewerkschaft begründete, starb, als Brandler neun Jahre alt war. Heinrich Brandler erlernte das Maurerhandwerk und arbeitete als Fliesenleger. Bereits mit 16 Jahren wurde Brandler Schriftführer des Bauarbeiterverbandes. Drei Jahre lang durchwanderte er Europa bis nach Italien. 1901 kam er nach Hamburg, wo er Mitglied der SPD wurde. Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins, 1904 aus Hamburg ausgewiesen, übersiedelte nach Bremen. Auch dort arbeitete er vor allem im sozialdemokratischen Bildungsverein. Delegierter auf dem SPD-Parteitag 1908 in Nürnberg. 1909 verließ Brandler Bremen und zog in die Schweiz, wo er im Sommer als Fliesenleger arbeitete und im Winter als Wanderlehrer für die Sozialdemokratie warb, er vertrat dort die linksradikale Position.

Im Juni 1914 Übersiedlung nach Chemnitz, dort 1914 hauptamtlicher Sekretär im Bauarbeiterverband. 1915 wurde Brandler als Anhänger Karl Liebknechts aus der SPD ausgeschlossen. Während des Krieges leitete er gemeinsam mit Heckert (beide waren nicht zum Militär eingezogen worden) die illegale Arbeit der Spartakusgruppe in Chemnitz, die eine der bedeutendsten in Deutschland war. Brandler nahm an fast allen Konferenzen der Spartakusgruppe in Berlin teil. Im Oktober 1918 wies ihn die Regierung aus Deutschland aus. Die Revolution erlebte er in Wien. Ende 1918 war Brandler in Bayern, hier wollte Eisner ihn zum Staatssekretär für Äußeres ernennen. Doch er lehnte ab und kehrte nach Chemnitz zurück, wo er den "Kämpfer" begründete und in der stärksten KP-Organisation Deutschlands tätig war. Delegierter des II. Parteitages der KPD, in die

Zentrale der Partei gewählt. In der Folgezeit mehrmals verhaftet, wurde Brandler nach dem Rücktritt Levis im Februar 1921 Mitvorsitzender der KPD. Er hatte maßgebenden Anteil an der Märzaktion. Deswegen im April 1921 verhaftet und zu 5 Jahren Festung verurteilt. Über seine Verteidigung vor Gericht gab es in der KPD kritische Diskussionen, da er 'nicht kämpferisch genug' aufgetreten sei; doch hatte z.B. der Bezirksausschuß Erzgebirge "einmütig bekundet, daß die Organisation volles Vertrauen zum Genossen Brandler" habe. Der III. Weltkongreß der Komintern 1921 wählte ihn zum Ehrenpräsidenten.

Im November 1921 floh er aus der Festung Gollnow nach Sowjetrußland, er wurde stellvertretender Generalsekretär des Vollzugsbüros der RGI. Nach der Rathenau-Amnestie kehrte Brandler nach Deutschland zurück, nachdem er zuvor bis September 1922 in der KP der CSR gearbeitet hatte. Er übernahm nun als Sekretär des Polbüros die Führung der KPD und hatte auf dem VIII. Parteitag im Januar 1923 eine starke Mehrheit hinter sich. Unter seiner Leitung bereitete sich die KPD im Sommer 1923 auf den Umsturz vor. Vom 10. bis 29. Oktober 1923 gehörte Brandler als Leiter der Staatskanzlei der sächsischen Regierung an. Er betrieb die Einheitsfrontpolitik mit der SPD. Als die linke SPD auf der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz die Teilnahme am Generalstreik ablehnte, entschloß sich die KPD unter Führung Brandlers den Aufstand abzusagen, der nur in Hamburg ausbrach. Nach dem KPD-Verbot billigte zwar die Mehrheit der Führung zunächst noch Brandlers Politik, doch war bald die übergroße Mehrzahl der Parteimitglieder gegen ihn und seine 'rechte Politik'. Er wurde - besonders nach dem Eingreifen Sinowjews und der Komintern - zum 'Hauptschuldigen' an der Niederlage erklärt und im Januar 1924 abgesetzt und nach Moskau befohlen.

Die deutsche Polizei suchte ihn noch (unter dem falschen Namen Otto Ilgner und dem Steckbrief: '1,62 groß, hohe Stirn, braune Augen, breiter Mund, volles Gesicht, linksseitig Buckel sächsischer Dialekt') während er sich in Moskau befand. Auf dem IX. Parteitag erlitten er und Thalheimer eine vollständige Niederlage. Versuche seiner Freunde, ihn zur Parteispaltung zu überreden, lehnte er ab, weil er annahm, daß von den 27 Zeitungen nicht einmal 4 zu halten seien, daß es unmöglich sein würde, die Parteiangestellten zu bezahlen usw.

Brandler arbeitete - nunmehr Mitglied der russischen KP - in Moskau zunächst im Obersten Volkswirtschaftsrat. Nach dem En-

de des ultralinken Kurses in Deutschland wurde er 2. Vorsitz der der Roten Bauern-Internationale. Schon in der Ruth-Fischer-Ära hatte sein Ausschluß aus der KPD nicht durchgesetzt werden können; 1927 beschloß das neue ZK, ihn wieder zur Parteiarbeit in Deutschland heranzuziehen. Doch es gelang ihm auch 1928 nicht, sein unfreiwilliges Exil mit Genehmigung der Komintern zu verlassen, obwohl seine Frau bereits ein Jahr zuvor nach Deutschland zurückgekehrt war. Nach der Wittorf-Affäre reiste er- entgegen dem Parteibeschuß - im Oktober 1928 nach Deutschland; er kam am 28. Oktober 1928 in Berlin an und übernahm zusammen mit Thalheimer die Leitung der oppositionellen 'rechten' Kommunisten.

Brandler wurde im Januar 1929 aus der KPdSU und damit aus der Komintern ausgeschlossen. Seit Dezember 1929 (muß wohl 1928 heißen d.V.) Mitglied der Reichsleitung der KPO und deren eigentlicher Führer. 1931 gemeinsam mit Thalheimer Hauptrepräsentant der Mehrheitsgruppe der KPO, die 1932 einen Zusammenschluß mit der SAP ablehnte.

1933 Emigration nach Frankreich, 1941 nach Kuba, wo er (gemeinsam mit Thalheimer, der dort starb) blieb, bis er 1947 die Erlaubnis zur Übersiedlung nach England und 1949 zur Rückkehr nach Deutschland erhielt. Anfangs noch aktiv in der 'Gruppe Arbeiterpolitik' (die er schon von Kuba aus mit den 'Briefen aus der Ferne' politisch zu orientieren suchte), zog er sich später von der aktiven Politik zurück. Brandler lebte zuletzt in Hamburg, er starb dort am 26. September 1967."

Quelle: Weber II, S. 84 ff

- Abendroth: "Ein Veteran des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler wurde fünfundachtzig.....Am 3. Juli wurde Heinrich Brandler, der der Kommunistischen Partei vom Sturz Paul Levis bis zum Ende der Inflationskrise, der Auseinandersetzung um die Beendigung des Ruhrkampfes und den Konflikten zwischen dem Reich, Bayern und den von Arbeiterkoalitionen geführten Ländern Thüringen und Sachsen von 1921 bis Ende 1923, das Gesicht gab, 85 Jahre alt. Er lebt in Hamburg, von wenigen alten Freunden und von einer kleinen Gruppe junger Arbeiter, die sich der in unseren Zeiten selten gewordenen Mühe unterziehen, Theorie und Geschichte der sozialistischen Bewegung ernstlich zu studieren, verehrt, von von der "öffentlichen Meinung", den Führern der bürokratisierten früheren Arbeiterparteien und der Gewerkschaftsbewegung

vergessen, aber geistig regsam wie immer.

Heinrich Brandler entstammt einer nordböhmischen Arbeiterfamilie und kam schon als Sechzehnjähriger zur Gewerkschaftsbewegung der Bauarbeiter. Bald wurde er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Er begann, sich systematisch theoretisches Wissen anzueignen; damals in den Zeiten Karl Kautskys, Franz Mehrings und Rosa Luxemburgs, war das Studium der politischen Ökonomie des Marxismus für junge Funktionäre der Arbeiterbewegung noch fast selbstverständlich. Sowohl in der SPD, an deren Nürnberger Parteitag er 1908 teilnahm, als auch in der schweizerischen sozialistischen Partei, in die er zwischen 1909 und 1914 gelangt war, geriet er bald mit den bürokratischen Führungsgruppen in Konflikt, die wie Friedrich Ebert oder Karl Legien, Leiter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die Aktivität der jungen, noch unverbrauchten Generation in den Arbeiterjugendorganisationen hemmen und energisches und entschiedenes Auftreten der Arbeiterbewegung verhindern wollten. Im Juli 1914 kam Brandler auf Veranlassung Fritz Heckerts nach Chemnitz und wurde dort Kassierer des Bauarbeiterverbandes.

Bei dieser Tradition war es für ihn selbstverständlich, daß er sich weder mit der Unterwerfung der Mehrheit der sozialdemokratischen Führung unter den ersten imperialistischen Weltkrieg abfinden konnte, noch mit den Unklarheiten und der Passivität der größeren Gruppe in der Partei, aus der die Führung der späteren USP hervorging, begnügte. Im Dezember 1914 nahm er an den ersten Besprechungen des Kreises um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Klara Zetkin, der Gruppe 'Internationale', der späteren Spartakus-Gruppe, teil. Seitdem gab es keine Konferenz der revolutionären Linken, an der er nicht beteiligt gewesen wäre.

So war es nur eine Konsequenz dieses Verhaltens, daß Brandler nach der Revolution 1918 in die KPD (Spartakus-Bund) gelangte. Er gehörte zu den wenigen Arbeiterfunktionären, die mit der Majorität des Zentralkomitees allem utopischen Radikalismus schon in den Tagen des Gründungsparteitages widerstanden. Bald wurde er Mitglied der Zentrale. Nach der Ermordung des wichtigsten Teils der Führungsgruppe seiner Partei kämpfte er mit Paul Levi gegen den Scheinradikalismus der späteren KAP. Auch nach der Vereinigung seiner Partei mit der linken USP gehörte er zum engeren Führungskader. Zu Anfang des Jahres

1921 hatte er zwar den Utopismus und Subjektivismus der 'Offensivtheorie' geteilt; nach dem Ausschluß Paul Levis hat er diesen Irrtum rasch überwunden und stieg zum Führer der Gesamtpartei auf. Er hat durch seine realistische Einheitsfrontpolitik und - in Zusammenarbeit mit August Thalheimer - durch sein System der Übergangsforderungen in den Krisen um die völkischen Morde an Erzberger und Rathenau, dann des Ruhrkampfes und der Inflation, den raschen Wiederaufstieg seiner Partei ermöglicht, die im Sommer des Jahres 1923 die Mehrheit der deutschen Industriearbeiter hinter sich hatte. Der Sturz des Kabinetts der Schwerindustrie, des Reichskanzlers Cuno, durch den August-Streik 1923 wäre ohne die Vorbereitung der Kämpfe durch Brandlers überlegene Führung kaum möglich gewesen. Das Anwachsen der ultralinken Fraktion in den Wirren dieser Jahre wurde von Brandler zwar politisch bekämpft; aber für den alten Arbeiterfunktionär war die Bewahrung der Diskussionsfreiheit in der eigenen Partei selbstverständlich.

Die Niederlage des Oktober 1923 konnte Brandler nicht verhindern. Von den Massen der Parteimitglieder wurde sie - sachlich zu unrecht - ihm zugeschrieben. Die zweite Periode der Illegalität der Kommunistischen Partei Deutschlands endete mit dem Sieg der wortradikalen "Linken", zumal auch die Führung der Dritten Internationale und der russischen Kommunistischen Partei Brandler nicht mehr unterstützten. Seine führende Rolle in einer großen Partei war damit beendet.

Nach der Vernichtung der Diskussionsfreiheit in der KPD im Zeichen einer illusionären 'Bolschewisierung' wurde der aus der russischen Emigration zurückgekehrte frühere Parteiführer ausgeschlossen und nun zum Leiter einer kleinen Sonderorganisation, der KPD (Opposition), deren Analysen der Entwicklung zum Faschismus und der Einheitsfrontpolitik der Arbeiterparteien als der einzigen Möglichkeit seiner Abwehr zwar durch die Geschichte bestätigt worden sind, aber auf die Ereignisse keinen Einfluß mehr nehmen konnten. Auch von der Emigration aus haben Brandler und seine Gruppe, deren mittlere Funktionäre eine bedeutende Rolle in der innerdeutschen Opposition gespielt haben, den Gang der Dinge meist richtig vorausgesehen - auch die bitteren Folgen der Politik Stalins nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes.

Heinrich Brandler hat niemals schlechten Realitäten Konzessionen gemacht und auf ihre Analyse verzichtet. So ist er in

einer Zeit allgemeiner Stagnation der Arbeiterbewegung in die Isolierung geraten. Gleichwohl ist er nicht zum erbitterten Sektierer oder Außenseiter geworden. Es bleibt zu hoffen, daß er noch die Kraft und die Energie finden kann, seine Erinnerungen zu schreiben, aus denen künftige Generationen der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterbewegung, aber auch der historischen Wissenschaft, viel lernen können."

Quelle: Wolfgang Abendroth: Ein Veteran des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler wurde fünfundachtzig. In: Die Andere Zeitung. Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Gewerkschaftsfragen, Wirtschaft und Kultur. Nr. 27, Jahrgang 12, S. 3. Hamburg, den 7. Juli 1966.

- "Heinrich Brandler. Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, starb kürzlich in Hamburg einer der letzten der alten Garde der revolutionären Linken in Deutschland. Es war in den letzten Jahren still um Heinrich Brandler geworden. Auch wer die politischen Ansichten des 'Alten', wie ihn seine Freunde respektvoll nannten, nicht teilte, mußte ihm doch Achtung zollen. Er war einer der gradlinigsten und charaktersvollsten Politiker der deutschen Arbeiterbewegung.

Im Jahre 1881 wurde er in Nordböhmen geboren und kam bereits vor der Jahrhundertwende nach Deutschland. Er war aktiv in der SPD und der Bauarbeitergewerkschaft tätig und machte dadurch einige Male Bekanntschaft mit den Gefängnissen des Kaiserreiches. Im Ersten Weltkrieg war er Angestellter der Bauarbeitergewerkschaft in Chemnitz und dort, wie selbst Ruth Fischer schreibt, unter den Arbeitern gleich welcher sozialistischen Richtung 'bekannt und beliebt'. Er gehörte zu dem Kreis um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der sich in den Kriegsjahren als linker Flügel zum Spartakusbund zusammenschloß, aus dem dann die KPD hervorging. 1923 war er deren Vorsitzender. Nach der Oktoberniederlage 1923 wurde er wegen 'Rechtsabweichung' seiner Funktionen enthoben und verschwand für einige Jahre in der Versenkung des Zwangsassyls in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1928 nach Deutschland - gegen den Willen der Komintern - wurde er aus der KPD ausgeschlossen. Mit August Thalheimer, Paul Frölich und Jakob Wälcher gründete er die KPD-Opposition, kurz KPO genannt und von den Stalinisten verächtlich als KP-Null abgetan.

Die Opposition wendete sich gegen die ultralinke Politik der

KPD-Führung und gegen die 'Politik des kleineren Übels' der SPD. Sie kämpfte für eine selbständige Linie der deutschen Kommunisten und gegen die Spaltung der Gewerkschaften und Arbeitervereine, die die KPD in die politische Isolierung führte. Sie warnte vor der Unterschätzung des Faschismus und lehnte die Sozialfaschismus-Theorie Stalins ab, nach der die Sozialdemokratie den linken Flügel des Faschismus bilde. Vergeblich setzten sich Heinrich Brandler und seine Freunde für eine Einheitsfront gegen die immer stärker werdenden Nazis ein. Sie gehörten 1933, ebenso wie ihre politischen Widersacher, zu den Geschlagenen. Heinrich Brandler ging in die Emigration nach Paris, später nach Kuba und kämpfte weiter für seine politische Konzeption. In die USA kam er nicht mehr. leibhaftiger ehemaliger Vorsitzender der KPD war den amerikanischen Behörden wohl doch zuviel. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück. Ein politisches 'Comeback' war ihm nicht mehr beschieden. Die von ihm gegründete Zeitschrift "Arbeiterpolitik" fand jedoch Beachtung.

Mit Heinrich Brandler starb einer der letzten markanten Führer der kommunistischen Opposition. Seinen Freund Karl Radek verschlang die Hydra der Moskauer Prozesse in den dreißiger Jahren. August Thalheimer starb 1948, bevor er nach Deutschland zurückkehren konnte, in Kuba und Paul Frölich 1957 in der Bundesrepublik. Nur Jakob Walcher lebt noch als Rentner in Ost-Berlin.

Die Unbeugsamkeit, trotz aller Niederlagen und Rückschläge, kennzeichnete Heinrich Brandler als ein seltenes Exemplar des 'homo politicus' in der heutigen Zeit. HEINZ SCHOLZ"

Quelle: Frankfurter Rundschau, Jahrgang 23, Nr. 230, vom 4. Oktober 1967, S. 5.

Der Nachruf, den die Gruppe Arbeiterpolitik verfaßte, erschien am 3. November 1967 in der "Arbeiterpolitik - Informationsbriefe der Bremer Gruppe" (= Arpo-Briefe 8/5/1 ff).

Arbeiterpolitik

8. JAHRGANG

NUMMER 5

3. NOV. 1967

INFORMATIONSBRIEFE DER BREMER GRUPPE

Zum Tode Heinrich Brandlers

Einer der letzten bedeutenden Führer der kommunistischen Bewegung Deutschlands, der an dem „langen Marsch“ von der Entstehung der kommunistischen Bewegung Deutschlands im Schoße der alten Sozialdemokratie an bis in unsere Zeit teilgenommen hat, unser Genosse Heinrich Brandler, kann nicht mehr an unserer Seite stehen. Sein unermüdlicher Geist, seine konzentrierte Energie unterlagen schließlich doch dem mit dem Tode schon lange ringenden Körper. Die letzten Jahre seines Lebens waren ein ständiger Kampf mit der Zeit. „Die Zeit drängt. Könnt ihr die Zeit nicht anhalten...“ — denn er sah die Aufgaben, die vor ihm und uns standen, um deren Lösung willen er seine letzte Energie aufwandte.

Wir waren und sind uns der Bedeutung seiner Erfahrungen und der Lehren aus der 50jährigen Geschichte der kommunistischen Bewegung Deutschlands bewußt, ohne die ein Wiederaufstieg der Bewegung in Deutschland nicht möglich sein wird. Wir haben genommen, was er uns geben konnte. Seit fast 15 Jahren an seine Wohnung gefesselt, war die Gruppe Arbeiterpolitik für ihn nicht nur der Kontakt zum Leben draußen, sondern auch das befruchtende Element, ohne das die politischen Arbeiten aus seiner Feder für die „Arbeiterpolitik“ undenkbar gewesen wären. Wir haben keineswegs autoritätsgläubig zu seinen Füßen gesessen; wir haben gestritten und abgewägt, Kritik geübt und wenn nötig, das von uns für richtig Befundene auch ohne seine Zustimmung getan. Als die Frage der Drucklegung der „Arbeiterpolitik“ stand, sträubte sich unser Genosse. Er hielt unsere Kräfte für zu schwach, um diesen Sprung wagen und durchhalten zu können. Hatte er doch gerade erst die bittere Erfahrung mit der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ Ende der fünfziger Jahre hinter sich, von der er sich trennte, als klar wurde, daß ihr Redakteur mit einigen Freunden in den reformistischen Sumpf desertieren



Heinrich Brandler (geb. 3. 7. 1881 — gest. 26. 9. 1967)

würde. Er hat dann an unserer Arpo trotz anfänglicher Bedenken unter Aufwand aller ihm noch zur Verfügung stehenden Kräfte ständig mitge-

arbeitet (sogar im Krankenhaus politische Artikel diktiert) und den Mitarbeitern durch Rat und Kritik geholfen.

AUS DEM INHALT:

Zum Tode

Heinrich Brandlers

Seite 1

Briefe aus der Ferne

(1949)

Seite 5

Die Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung

(20. März 1954)

Seite 12

32 Jahre Sowjetunion

(Dezember 1949)

Seite 13

Aus Heinrich Brandlers Brief vom 24. September 1967

Seite 15

Weltpolitische Übersicht:

Der Vampir in der Agonie

Seite 15

Der Aufstand der schwarzen Bevölkerung Amerikas

Seite 17

Die Bremer Wahl:

Ein Schreck und keine Lehren

Seite 18

Arbeiterkorrespondenz:

Wilder Streik in den Jlo-Werken

Seite 21

Ein Brief

Seite 22

Arbeiterpolitik

Informationsbriefe der Bremer Gruppe

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstraße 96 (Konten: Sparkasse in Bremen, Konto-Nr. 85292; Postscheckkonto Hamburg 3091 53).

Druck: Sturm Druck, Bremen, Segelsbrück 29

Ihm und uns war klar, daß es in der augenblicklichen Periode der deutschen Arbeiterbewegung vor allem auf Qualität, auf stets sich verbessernde Kader ankommt.

Auf dem Wege aus der kubanischen Emigration nach Deutschland schrieb er 1949 aus London, wo er auf die Einreiseerlaubnis wartete, an einen Genossen: „Unsere Aufgabe ist es jetzt, aus den Trümmern Deutschlands und seiner Arbeiterbewegung den brauchbarsten Rest auszusuchen, um den Kampf, der in Deutschland seit 50 Jahren als organisierte Arbeiterbewegung geführt wurde, wieder in Gang zu setzen und auf höherer Stufe zu einem erfolgreicherem Ergebnis zu führen, als uns bis jetzt gelungen ist. Die Mutigsten und Opferbereitesten sollen die Steuerleute bilden, die das Schiff durch die kommenden Stürme steuern sollen. Auf diese Fahrt müssen wir uns gemeinsam vorbereiten, und da braucht das Schiff Tiefgang, tiefe Kiele wie die Segelboote, die aufs offene Meer gehen. Dieser Widerstand in der Tiefe kann nur durch Vertrautsein mit der Geschichte der eigenen Bewegung erworben werden und die marxistische Methode muß angewandt werden zur Analyse der Wirklichkeit, um Kräfteverhältnisse und Aufgabenbestimmung einigermaßen richtig zu erfassen. Das gibt dem Schiff den ruhigen Kurs und verhindert das Kentern in stürmischer Fahrt.“

Seine kurz vor seinem Tod niedergeschriebenen Gedanken, welche wir an anderer Stelle veröffentlichen, sind der Beweis dafür, daß unser Genosse Brandler die Zeit für gekommen hielt, unserer Gruppe neue Aufgaben zu stellen: Aufgaben, die einen Kern von kampfgewillten und opferbereiten Genossen voraussetzen. Er hatte, als er 1949 nach Deutschland zurückkehren konnte, keine Illusionen über die Schwere der vor uns liegenden Aufgaben und über den langen Weg gehabt. Dafür war die Niederlage von 1933, die Enttäuschung, Depression und physische Ermattung durch Krieg und Besetzung zu groß gewesen. Aber wir alle haben damals nicht vorausgesehen, daß der Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung so groß sein würde, daß selbst die Gruppe Arbeiterpolitik von seinen Folgen nicht verschont blieb. Und dennoch: Wir haben trotz aller Rückschläge wieder von vorne angefangen, haben uns Rechenschaft über das Vergangene gegeben und so den Grundstein für einen neuen Anfang auf höherer Ebene mit neuen Kräften gefunden. Das hat auch auf unseren Heinz nach zeitweiliger Skepsis ermutigend gewirkt.

Unser Genosse stand an der Seite Karls, Rosas, Franz Mehrings zusammen mit August Thalheimer und anderen, als diese in der alten Sozial-

demokratie den Kampf gegen den Revisionismus aufnahmen. Der Kautskysche „Weg zur Macht“ und der Kampf um die Frage des Massenstreiks beim preußischen Wahlrechtskampf waren die historischen Ausgangspunkte der „marxistischen Linken“ und damit der späteren kommunistischen Partei. Aus dem Klassenkampf im eigenen Lande fanden sie den Weg zum Kommunismus — lange bevor andere kommunistische Parteien Westeuropas durch die Oktoberrevolution in Rußland den unmittelbaren Anstoß erhielten.

Im Spartakusbund sammelte sich nach 1914 die „marxistische Linke“ unter den schwierigsten Bedingungen, verfolgt nicht nur vom Polizeiterror der herrschenden Klasse, sondern auch von ihren Reformistischen Verbündeten. Die Einheit des Spartakusbundes war Ergebnis ständiger Auseinandersetzungen und Diskussionen um die Grundlagen und den weiteren Weg. Selbstglorifizierung, wie sie sich in der Niedergangsepoke der kommunistischen Bewegung in Deutschland entwickelte, lag ihnen fern.

Unser Genosse kam aus den ärmsten Schichten der deutschen Arbeiterklasse (er wurde am 3. Juli 1881 in Warnsdorf geboren), verlor seinen Vater mit 9 Jahren und war mit 12 Jahren Vollwaise. Seine harte Jugend zwang sein Denken frühzeitig, sich mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen. Er kam als Maurer in die Gewerkschaftsbewegung und machte seine ersten Streik- und Kampferfahrungen. Gerade diese Erfahrungen schärften seinen Blick für die überragende Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes in Deutschland für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Dies war eins der wichtigsten Elemente, die er zur Herausarbeitung der politischen Grundlagen der revolutionären Bewegung sowohl im Spartakusbund als auch später in der KPD beitrug.

Der Spartakusbund war die Fortsetzung der revolutionären Elemente der alten Sozialdemokratie und die Befreiung von deren Opportunismus. In dieser Periode konnte sich der Spartakusbund die kommunistischen Grundsätze der proletarischen Revolution erarbeiten.

Geschichtlich gesehen konnte nur die Arbeiterklasse die Kraft aufbringen, die notwendig war, die verfaulende kapitalistische Ordnung zu beseitigen und zu einer neuen sozialistischen Ordnung zu gelangen. Ohne daß die Arbeiterklasse oder zumindest ihre entscheidenden Teile einen Transformationsprozeß durchmachten, war ein Sieg der Revolution nicht möglich. Dieser Prozeß war zu fördern durch richtige Einsicht in die Kräfte- und Entwicklungsverhältnisse der

Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland brachte der internationalen Arbeiterklasse entscheidende neue Einsichten, aber im Keim auch einen Widerspruch, dessen Austragung für die kommunistische Bewegung im allgemeinen und für die deutsche im besonderen von entscheidender Bedeutung werden sollte: Welches waren die Erfahrungen der russischen Revolution, die für die proletarische Revolution in anderen Ländern Bedeutung hatten, und welches waren die spezifischen Formen, die nur für die russische Revolution galten, also für die deutsche Bewegung erst noch herausgearbeitet werden mußten?

Die Einheitsfronttaktik — die mit Heinrich Brandlers Namen eng verbunden ist — wurde nicht erfunden, sondern gefunden. „Wir“, so sagte er einmal, „haben die Bezeichnung Einheitsfronttaktik gar nicht gekannt. Damals befanden wir uns in einem revolutionären Wellental, die objektiven Voraussetzungen für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht wurden immer schwächer — was dann sogar vom 3. KI-Kongreß bestätigt wurde — und wir standen vor der Aufgabe, trotzdem die Arbeiter für uns zu gewinnen. Das war nicht durch schwingvolle Reden über die idealen Zustände nach der Eroberung der politischen Macht zu erreichen, sondern nur dadurch, daß wir uns in den Kämpfen unter den vorgefundenen Bedingungen, zu denen die Arbeiter bereit waren und bei denen es nur um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und um gewisse Reformen ging, als die besten Führer und Organisatoren erwiesen. Das war und ist unsere Aufgabe als Kommunisten. Aber nicht das Parteibuch macht uns zu Kommunisten, sondern die Fähigkeit, besser als die Nichtkommunisten aus den vorliegenden Umständen die Kampfbedingungen richtig zu ergründen und aufgrund dieser richtigen Erkenntnis den Arbeitern zu helfen.“

Das war eine spezifisch deutsche Erkenntnis, die nur aus den gewerkschaftlichen Kampferfahrungen in Deutschland entstehen konnte. Lenin hat die gewerkschaftliche und Einheitsfronttaktik der deutschen Partei, die unter Brandlers und Thalheimers Parteiführung ihre größten Erfolge zeitigte, gegenüber den zu Beginn der zwanziger Jahre, ja schon während des ersten Weltkrieges, aus Enttäuschung über die Sozialdemokratie und aus Ungeduld auftauchenden ultralinken und scheinradikalen Tendenzen verteidigt und sie als mustergültig hingestellt.

Die rückständigen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in Rußland, von deren Lösung der Be-

stand der ersten sozialistischen Macht abhing, stürzte die russische Partei in die zersetzenden Fraktionskämpfe, in deren Folge jene Kräfte in der Kommunistischen Partei Deutschlands die Oberhand gewannen, die die theoretischen und praktischen Erfahrungen der deutschen Kommunisten nicht kannten, sich zu gehorsamen Werkzeugen der russischen Parteifraktionskämpfe machten (seien es die Trotzki, Stalins, Sinowjew oder anderer) und mit revolutionär klingenden Reden glaubten, den deutschen Arbeitern den Willen zur Revolution einreden zu können. Die erfahrenen Kader der KPD wehrten sich gegen die schematische Übertragung in Rußland bewährter Erfahrungen auf die deutschen Verhältnisse. Aus Disziplin und Treue zur russischen Revolution beugten sich Heinrich Brandler und August Thalheimer 1923 der beginnenden Zerstörung der KPD und gingen in die russische Verbannung. Sie hofften, daß die deutschen Arbeiter selbst schnell die Folgen des ultralinken Kurses, vor dem sie warnten, erkennen und Änderung schaffen würden. Heinrich Brandler schrieb einmal darüber (1959):

„Unsere Freunde forderten von uns, wir sollten der Verbannung nach Moskau nicht Folge leisten und den Kampf bis zur Spaltung in Kauf nehmen. Das lehnte ich mit folgender Begründung ab: 1. Das würde die Partei zur Fortsetzung einer aktiven Einheitsfrontpolitik zur Liquidierung der SPD durch die Gewinnung ihrer aktivsten Arbeitermitglieder für den Kommunismus nicht fördern. Von Moskau würde gegen uns gekämpft werden mit der zynischen Anklage: Vor Ebert-Seekt haben sie kapituliert, gegen die Komintern und die SU kämpfen sie. 2. ... wir können aus eigener Kraft keine 4 Zeitungen und kein Dutzend Funktionäre bezahlen. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als das Abwirtschaften der neuen Zentrale kritisch abzuwarten und dafür zu sorgen, daß der Kern des unteren Funktionärsstammes aktiv erhalten bleibt. Er wird rasch mit der Betriebs- und Gewerkschaftsline der Ruth-Fischer-Maslow-Politik konkret zusammenstoßen. Das allein kann auf Neue eine feste Basis zur Gesundung der Partei abgeben.“

Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Im Gegenteil, nach verschiedenen Hin- und Herwendungen, die die Partei immer mehr in den Abgrund rissen, begann die Ausmerzungen der alten kommunistischen Kader und Funktionäre, die in den Betrieben und Gewerkschaften noch Einfluß hatten. Die Schaffung eigener kommunistischer Gewerkschaften, die Erfindung der Theorie vom Sozialfaschismus und die Ablehnung der bewährten kommunistischen Einheitsfronttaktik angesichts der faschistischen Gefahr und der

Ausschluß der alten kommunistischen Kader durch die KPD führten zur Gründung der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO).

Die Genossen der KPO waren die einzigen in Deutschland, die rechtzeitig vor der faschistischen Gefahr warnten und für die antifaschistische Einheitsfront von SPD und KPD gegen den Faschismus eintraten, als die Bürokraten von SPD und KPD und der Gewerkschaften die faschistische Gefahr noch nicht erkannten und verharmlosten. Diese dunkelste Periode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die mit der kampflosen Kapitulation der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen vor dem Nazismus endete, wird heute noch von den Bürokraten der offiziellen Arbeiterbewegung der ernsthaften Analyse und Untersuchung entzogen.

Wir haben nichts zu verbergen! Nur die KPO unter Führung von Brandler und Thalheimer war in der Lage, den Faschismus richtig einzuschätzen und die notwendige Einheitsfront zur Abwehr der faschistischen Gefahr zu propagieren. Die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung hat die Richtigkeit der KPO-Politik bewiesen. Durchsetzen konnte sich die KPO nicht mehr. Mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland wurde diese historische Epoche beendet.

Wie kein anderer deutscher Kommunist hat Heinrich Brandler Schmähungen und Verleumdungen über sich ergehen lassen müssen, vorne weg von jener Sorte Kommunisten, die heute im bürgerlichen und reformistischen Sumpf stecken.

Es ist hier nicht der Platz, auf die Rolle der alten kommunistischen Kader und Heinrich Brandlers 1923 einzugehen. „Die über die Oktober-Niederlage enttäuschten kommunistischen Arbeiter haben damals diesen Mißerfolg Heinrich Brandler zugeschrieben, wahrscheinlich zu Unrecht. Er war nicht der Mann, angebliche Fehler zuzugeben, die er nicht einsah“, schreibt Wolfgang Abendroth in der „Anderen Zeitung“.

Hier kommt im Kern das ganze Unverständnis der Politologen unserer Zeit gegenüber den Problemen des wissenschaftlichen Sozialismus zum Ausdruck. — Seit der Sozialismus eine Wissenschaft ist, muß er wissenschaftlich betrieben werden, schrieb bereits Friedrich Engels. — Wer die Entstehung der 23er Legende in der kommunistischen Bewegung, die den Beschlüssen des ZK unter Brandler, Thalheimer (inkl. Ulbricht) zugrundeliegenden Entscheidung verstehen will, muß zunächst die Kräfteverhältnisse untersuchen, die den Ablauf der Ereignisse bedingten. Jede revolutionäre Klasse und Bewegung schafft sich die Führung, die ihren Kräften

entspricht. Enttäuschung von Massen ist kein Kriterium und keine Kraft, sondern Eingeständnis des Unvermögens, die notwendige Kraft zu entwickeln. Die Oktober-Legende hat ein langes Leben: Vom „Verrat“ Brandlers bis zum „wahrscheinlichen Unrecht“ — Legende bleibt es.

Das hat ihn nicht erschüttern können: „Die Hunde bellen, die Karawane zieht vorüber“. Zu seinem 85. Geburtstag schrieben ihm alte Mitstreiter aus der DDR:

„Obgleich wir in dem Bestreben unserer Partei zu nützen, den Einfluß der konterrevolutionären kampfscheuen Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse zu brechen und die Machtübernahme durch den Faschismus zu verhindern einen Weg gegangen sind, der nicht zu den gesteckten Zielen führte und Du Dich, nach der Emigration über Dich, in einem uns feindlich gesinnten Staat niedergelassen hast,

drängt es uns, als Deine langjährigen Weggenossen, Dir zu Deinem 85. Geburtstag unseren Gruß und die herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. Wir wissen, daß Du allezeit fest und treu an der Seite der Sowjetunion standest und stehst und daß Du Dich nach Kräften für das Zustandekommen eines einheitlichen demokratischen, friedliebenden sozialistischen Deutschland einsetzt. Wir sind überzeugt, daß Du auch im gegenwärtigen Gedankenaustausch zwischen SED und SPD auf unserer Seite und gegen den verhängnisvollen Bonner Kriegskurs stehst. Möge es Dir, der Du nun bereits nahezu 7 Jahrzehnte selbstlos und hingebungsvoll für die Sache des Sozialismus wirkst, vergönnt sein, noch viele Jahre in ungebrochener Schaffenskraft für unsere gemeinsame Sache zu streiten.“

Dreißig Jahre vor allen anderen kommunistischen Parteien haben deutsche Kommunisten, Brandler und Thal-

heimer an ihrer Spitze, die Grundsätze der kommunistischen Politik herausgearbeitet, die sich heute vor unseren Augen in der kommunistischen Weltbewegung durchzusetzen beginnen: Die Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien, die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien und die Lösung ihrer gesellschaftlichen Probleme durch die eigene Kraft ohne äußere Einmischung.

Stil und ohne Feierlichkeiten wurde unser Genosse beigesetzt. — Revolutionäres Denken ist der deutschen Arbeiterklasse heute noch fremd. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung ihre tiefste Erniedrigung überwinden wird, wird sie an die guten revolutionären Traditionen wieder anknüpfen. Dann wird unser Genosse Heinrich Brandler einen ehrenvollen Platz in ihrem Bewußtsein einnehmen als einer der bedeutendsten Vorkämpfer ihrer Befreiung.

Unser Genosse Heinrich Brandler ist tot. Seine immense politische Erfahrung, welche in allen Entwicklungsstufen der revolutionären Arbeiterbewegung seit der Jahrhundertwende wurzelte, sein fundamentales Wissen und seine Unbeugsamkeit in den Grundsätzen des Kommunismus, denen er bis in die letzten Stunden seines bewegten Lebens einen konkreten, lebendigen Inhalt zu geben wußte, nicht zuletzt aber auch die proletarische Herkunft entwickelten sein Klassenbewußtsein zu der überragenden Höhe, der unbestechlichen Schärfe, mit der und von der herab er das historisch Lebensfähige im Sozialismus erkannte und kompromißlos trennte von der Fäulnis, die der sterbende Kapitalismus bis in die Arbeiterklasse hinein um sich verbreitet.

Dies machte ihn auch fähig, mit wenigen sparsamen Sätzen die Klassengegensätze in der verwirrenden Vielzahl des internationalen tagespolitischen Geschehens aufzureißen, sowohl die Propaganda des Klassengegners als auch die leere revolutionäre Geste in der Arbeiterbewegung der Phrase zu entkleiden, und immer wieder sorgfältig auf die realen Möglichkeiten der Kräfte und Gegenkräfte zurückzuführen. Nichts haßte er so sehr wie leere Worte. Und manchmal war es ein einziger eckiger Satz, der verwinkelte Zusammenhänge klarer machte als es ganze Bücher und lange Artikel anderer vermochten.

Die Bedeutung seiner politischen Entscheidungen und seines nachgelassenen Werks für sich selbst zu begreifen, ist die Arbeiterklasse noch nicht reif. Darüber zu klagen, wäre nicht in seinem Sinne.

Alle bisher erschienenen Nachrufe aus Anlaß seines Todes beweisen, daß mit einem umfassenden Verständnis seines Gesamtwerks und dessen Bedeutung für die Zukunft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung noch nicht gerechnet werden kann. Der Kreis jener, die begriffen haben, daß die genaue marxistische Auswertung seines konkreten Wirkens und seines geschriebenen Werks, die beides als eine untrennbare Einheit ausweisen wird, manch schwierige Entscheidung erleichtern wird, manche vermeidbare Enttäuschung, manche Niederlage und manches überflüssige Opfer in den Kämpfen des Tages und im historischen Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung vermindern kann, dieser Kreis wird vorerst noch klein bleiben.

Doch wie dem auch sei, eines steht unumstößlich fest: Heinrich Brandlers Name zeichnet an herausragender

Stelle für die theoretische und praktische Herausarbeitung der spezifisch deutschen Bedingungen der proletarischen Revolution im Weltmaßstabe.

Daß ihn die Betonung dieser besonderen deutschen Züge zwang, sich in der vergleichenden Analyse die konkreten und historischen Bedingungen vor allem der russischen Revolution klar zu machen, muß als eine notwendige Folge dieser Haltung verstanden werden. Dem allgemeinen Jammern über die „barbarische russische Bürokratie“ und ihrer Methoden, den unartikulierten Gefühlen über den „Verrat am Sozialismus“ konnte er so mit seinem tiefen Wissen um die materiellen Hemmnisse des Aufbaus in der SU und ihrer politischen und ideologischen Auswirkungen entgegentreten. Die Mitarbeit an der selbständigen Analyse des Faschismus, welche heute noch unübertroffen ist und mit dem Namen seines Kampfgefährten August Thalheimer verbunden ist, die Herausstellung des Problems des „gemischten Krieges“ und die grundlegende Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der Welt nach dem zweiten Weltkrieg sind weitere Meilensteine eines Weges, der weit in die Geschichte und Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zurückreicht.

Viele seiner Erkenntnisse sind heute zu meist falsch verstandenen Gemeinplätzen der „Linken“ geworden. Doch auch hier steht fest, daß sich Heinrich Brandlers Werk jenen, die sich die Neuformierung der revolutionären Kräfte zu leicht machen, jenen, die mit organisatorischen Tricks und Opportunismus „Bewegung“ aus dem Handgelenk schütteln zu können glauben, in den Weg stellen wird wie ein unübersteigbarer Berg. Nachfolgend drucken wir einige Auszüge aus Artikeln und Briefen Heinrich Brandlers. Wir mußten diese Auswahl willkürlich zusammenstellen, da uns für eine systematische Auswertung des schriftlichen Nachlasses Zeit und Kräfte fehlen. In unzähligen Artikeln, Briefen, Referaten hat Heinrich Brandler zur weltpolitischen Entwicklung, zu innenpolitischen Fragen sowie zu Problemen der Arbeiterbewegung Stellung genommen. Diese immense politische Arbeit voll zu würdigen, fehlt selbst uns, die wir Jahrzehnte mit ihm eng verbunden waren, noch der Überblick. Die volle Bedeutung seiner Arbeit wird erst sichtbar werden, wenn eine kämpfende Arbeiterklasse sich dieser Quelle bewußt wird und sie für den politischen Kampf zu nutzen versteht. Hierzu werden wir unseren Beitrag leisten.

B r e c h e n m a c h e r, Hans

Geboren am 23.10.1892 in Weißenburg/Franken als Sohn eines Textilarbeiters. Verzog mit seinen Eltern 1904 nach Berlin, wo sich sein Vater der SPD anschloß und aktiv für diese Partei arbeitete. Brechenmacher besuchte zunächst in Weißenburg, dann in Berlin die Oberrealschule, die er aber aus finanziellen Gründen vor dem Abitur verlassen mußte. Er lernte Exportkaufmann und arbeitete danach in Spanien und Südamerika. 1914 kehrte er aus familiären Gründen nach Deutschland zurück, wo der Kriegsbeginn seine Rückkehr nach Südamerika verhinderte; Brechenmacher wurde Soldat, wobei er es wegen seiner Aufsässigkeit nur bis zum Gefreiten brachte.

In der Lehrzeit hatte er bereits der Arbeiterjugend in Berlin angehört; nach dem Kriege schloß er sich der kommunistischen Bewegung an. Er wurde Mitarbeiter der Gewerkschafts-
abteilung der KPD, aus der er ausscheiden mußte, als nach der Oktoberniederlage von 1923 die Parteiführung von der Gruppe um Brandler und Thalheimer auf die Ultralinken überging. 1928 wurde Brechenmacher Mitglied der KPO, für die er auch nach 1933 in Deutschland weiterarbeitete, bis er 1937 kurz vor der Verhaftung durch die Gestapo nach Frankreich fliehen mußte. Dort arbeitete er beim Auslandskomitee der KPO mit bis Kriegsausbruch, Internierung und die Emigration von Brandler und Thalheimer diese Tätigkeit beendeten. Brechenmacher wurde 1943 in Frankreich verhaftet und war bis zum Ende des Krieges in Haft.

Nach 1945 kehrte er in seine Geburtsstadt zurück und arbeitete dort in der Finanzverwaltung. Politisch arbeitete er wieder in der kommunistischen Bewegung und schloß sich bald der GAP an, die er bis Anfang der siebziger Jahre - vor allem publizistisch - unterstützte, ehe er sich dann der Gruppe "Arbeiterstimme" anschloß. Brechenmacher lebt heute in der Schweiz.

Quellen: Arsti 2/5/13 f; Brief von Brechenmacher vom 2.11.74 an den Verfasser.

B u r k h a r d t, Otto

Geboren am 28.6.1911 in Stuttgart als Sohn eines Küfers. Der Vater gehörte später der KPD an. Nach dem Besuch der Volksschule von 1918 bis 1926 in Stuttgart lernte Burkhardt als Karosseriesattler; in diesem Beruf arbeitete er bis 1942 bei Daimler-Benz; in den Jahren von 1930 bis 1933 war er arbeitslos.

Burkhardt war vor 1933 im Lederarbeiterverband organisiert, für den er als Kassierer tätig war. Seit 1927 arbeitete er in der Kommunistischen Jugend mit und schloß sich 1928/29 der Kommunistischen Jugend-Opposition an, in der er Gruppenleiter wurde. Nach der Machtergreifung der Faschisten leistete Burkhardt Widerstand in der illegalen KJO, bis diese Arbeit nach mehreren Verhaftungswellen eingestellt werden mußte. 1942 wurde Burkhardt zum Militär eingezogen; nach Kriegsgefangenschaft in den USA kehrte er 1946 nach Stuttgart zurück, wo er als kaufmännischer Angestellter bei den Technischen Werken der Stadt Stuttgart Arbeit fand. Er wurde Mitglied der ÖTV und dort Vertrauensmann und Delegierter.

Er beteiligte sich aktiv an der Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik in Stuttgart; er wirkte als Kassierer und als Mitarbeiter in der Organisationsleitung der Gruppe.

Burkhardt betätigte sich bei den Naturfreunden, wo er Jugendleiter des Bezirks Stuttgart, später Bezirksleiter und Mitglied der Landesleitung der Organisation wurde.

Nach dem Zerfall der Gruppe Arbeiterpolitik in Stuttgart wurde Burkhardt notgedrungen "heimatloser Linker... Hören Sie meine Meinung zur gegenwärtigen Lage: Die DKP ist politisch tot. Sie ist organisatorisch den Umständen entsprechend noch gut fundamentiert, solange die finanzielle Hilfe fließt. Die SPD als bürgerliche Volkspartei ist nicht mehr in eine sozialistische Arbeiterpartei umzuformen. So ist die deutsche Arbeiterklasse zur Zeit immer noch führungslos. Die zahlreich bestehenden sozialistischen Splittergruppen (heimatlose Linke) bewirken nichts. Sie müßten eine gemeinsame politische Plattform finden, von der aus eine neue sozialistische Partei entstehen kann.

Vor allem müßten jüngere Kräfte Mut, starken Willen und Opferbereitschaft aufbringen und aus der Vergangenheit lernen."

Quellen: Burkhardt I; Burkhardt II

C a v i e r, Theodor

"Am 28. Januar starb in Bremen im 80. Lebensjahr Theodor C a v i e r, einer unserer ältesten und treuesten Kampfgefährten. Schon in frühester Jugend stand er in der SPD auf dem linken Flügel. Als einer der ersten schloß er sich im ersten Weltkrieg den Bremer 'Linksradikalen' (Internationale Communisten Deutschlands) an, die die der unsrigen gleichnamigen Zeitschrift 'Arbeiterpolitik' herausgaben und sich später mit dem Spartakusbund zur Kommunistischen Partei Deutschlands vereinigten. Während der Parteiauseinandersetzungen in den Jahren nach 1928 entschied er sich ebenso unbeirrbar für die Politik der KPD-Opposition. Durch das Vertrauen seiner Kollegen war er bis 1933 der letzte kommunistische Vertreter im Bremer Ortsausschuß des ADGB. Ohne daß er sich je in den Vordergrund stellte, haben unzählige ältere und jüngere Klassengenossen durch ihn den Weg zum Kommunismus gefunden. Seine unbestechliche Lauterkeit hat ihm viel Freunde und Achtung eingetragen. Die unerschütterliche Treue zur revolutionären Bewegung und der unermüdliche Wissensdrang solcher Pioniere der kommunistischen Bewegung wird unseren jungen Genossen immer als Vorbild dienen."

Quelle: Arpo 4/5/12 = 1951

D e i s e n, Willy

"Wieder ist einer von den Alten der deutschen Arbeiterbewegung von uns gegangen. Im 75. Lebensjahr verschied unser alter Genosse und Freund Willy Deisen.

Deisen kam bereits vor dem I. Weltkrieg zur Sozialdemokratie und war während des Krieges von 1914-1918 der Führer der revolutionären Werftarbeiter Bremens. Er gehörte der Bremer linksradikalen Bewegung an, die unter dem Namen IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands) unmittelbaren Kontakt zu der bolschewistischen Gruppe unter Lenin in der Schweiz hatte und gleichzeitig in engem Kontakt mit dem Spartakusbund stand. Nach 1918 war Willy Deisen Vorsitzender der Bremer Ortsgruppe der KPD bis zum Jahr 1924.

Seiner mitreißenden Überzeugungsgabe ist es vor allem mit zu verdanken, daß bis zum Jahre 1921 die Bremer Werftarbei-

ter zur revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse gehörten. Die Werft- und Hafenarbeiter Norddeutschlands waren auch das Rückgrat der Bremer Räteregierung. Sie bildeten den Kern der bewaffneten Kampftruppe, die am 4. Februar 1919 die Bremer Räteherrschaft gegen die Nosketruppen verteidigte. In einem wochenlangen politischen Sympathiestreik für die im Aufstand befindlichen mitteldeutschen Proletarier erschöpfte sich der bis dahin ungebrochene revolutionäre Elan der Bremer Werftproleten. Der Streik endete mit einer Niederlage, nicht zum wenigstens darum, weil es radikalen Phraseuren K.A.pistischer, anarchistischer und syndikalistischer Richtungen gelang, eine rechtzeitige Beendigung dieses rein politischen Sympathiestreiks zu verhindern. Der kommunistische Betriebsrat mit Willy Deisen, Hans Höcher und Seppl Miller an der Spitze blieb auf der Strecke, Sozialdemokraten und unabhängige Sozialdemokraten errangen bei der Neuwahl die Mehrheit.

Aus diesen harten Erfahrungen hat Willy Deisen seine Lehren gezogen. Er setzte später seinen ganzen Einfluß innerhalb der KPD gegen die ultralinké Richtung ein. In der Ruth-Fischer-Maslow-Aera wurde er darum mit 25 anderen Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Zwar erfolgte nach dem Sturz der Ruth-Fischer-Clique die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Genossen. Mit der Zuspitzung der Machtkämpfe in der SU in der Zeit der Thälmann-Aera (der Aera der gehorsamen Dummköpfe) setzte ein neues Kesseltreiben gegen die sogenannten Rechten um Brandler-Thalheimer ein. Und wieder einmal wurde Willy Deisen aus der KPD ausgeschlossen, ausgeschlossen eben aus der Partei, der er mit seinem ganzen Herzblut angehörte, für die er Existenz und Gesundheit geopfert, für die er mehr als einmal hinter Gefängnisgitter gegangen war.

Trotz aller bitteren Erfahrungen hat sich Willy Deisen seinen Glauben an den Sieg des Kommunismus nicht nehmen lassen. Ein schweres Herzleiden setzte ihn zwar für die aktive politische Tätigkeit matt. Doch wirkte er noch bis in seine letzten Tage an geschichtlichen Arbeiten über die deutsche Arbeiterbewegung nach Beginn des ersten Weltkrieges mit. Dabei kam ihm ein gewisses zeichnerisches Talent zugute. So hat er in Zeichnungen die hervorstechenden Ereignisse der Jahre 1914-1923 festgehalten.

Auch wenn Willy Deisen sich nach 1945 wieder der KPD anschloß, wenn er die Beziehungen zu seinen alten Betriebsratsgenossen Hans Höcher und Seppl Miller in der DDR pflegte, ist er im Grunde seines Herzens der alte Gegner der radikalen Phraseologie geblieben. Zu den alten Genossen der Brandlergruppe ließ er nie die Verbindung abreißen und unterhielt zum Genossen Heinz Brandler herzliche persönliche Beziehungen.

Willy Deisen war ein unbeirrbarer Klassenkämpfer, der mit untrüglichen proletarischen Instinkt den Lockungen und Blendungen des Reformismus widerstand und für die Phrasen von Klassenharmonie und Demokratie nur Verachtung übrig hatte. Seine aufrechte und menschliche Art machte ihn weit über den Kreis seiner alten Genossen und Freunde beliebt und angesehen. Mit ihm ist ein Stück der Bremer Arbeiterbewegung dahingegangen. Er wird uns unvergessen bleiben."

Quelle: Arpo-Briefe 3/5/18f. = 1962

E h l e r s, Adolf

"Am 21. Februar 1898 in Bremen geboren. Nach der Schulentlassung kaufmännische Lehre, 1918 Soldat. Nach dem Krieg Metallarbeiter (Schweißer und Brenner). Mitglied der KPD, ab 1921 Leiter des kommunistischen Jugendverbandes in Bremen, Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des ADGB Bremen.

1923-1927 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, Redakteur und Sekretär der Partei. Als Anhänger des rechten Parteiflügels Anfang 1925 aus der KPD ausgeschlossen. Ende 1925 Wiederaufnahme. Leiter der Roten Hilfe Bezirk Nordwest, ab 1927 Leiter der Propagandaabteilung im Zentralvorstand der Roten Hilfe.

1929 erneut als 'Rechter' aus der KPD ausgeschlossen. Mitglied und Funktionär der KPO. 1932 mit der Minderheit Übertritt zur SAP und deren Leiter in Bezirk Nordwest (Bremen). Nach 1933 illegal für die SAP tätig. 1945 wieder Mitglied der KPD, Senator für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen in Bremen. Am 15. Mai 1946 Austritt aus der KPD und Übertritt zur SPD. Ab Januar 1948 Senator für innere Verwaltung, Wohlfahrt und Flüchtlingswesen. 1948/9 Mitglied des Parlamenta-

rischen Rates, seit September 1949 Mitglied des Bundesrates. 1962 in den Parteivorstand der SPD gewählt. Er sollte als Nachfolger Kaisers Präsident des Senats werden, verzichtete aber aus Gesundheitsgründen.

Ehlers war ab 1959 als Innensenator 2. Bürgermeister und stellvertretender Senatspräsident in Bremen, seit 1967 lebt er im Ruhestand in Bremen."

Quelle: Weber II, S. 103

Elflein, Paul

Geboren am 14. April 1897 in Wechmar in Gotha, verzog bereits 1901 nach Erfurt, wo er 1911 mit 14 Jahren der sozialistischen Jugendorganisation beitrug; ein Jahr später organisierte er sich im Schuhmacher-Verband. 1919 schloß er sich der USPD an, auf deren linken Flügel er für den Anschluß an die KPD arbeitete. Nach dem Vereinigungsparteitag der USPD-Linken mit der KPD zur VKPD wurde Elflein zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Hochheim bei Erfurt gewählt. 1925 zog er für die KPD in den Gemeinderat von Hochheim und in den Kreistag von Erfurt-Land ein. Als er am 29. Juni 1929 als Anhänger der "Rechten" ausgeschlossen wurde, verließen mit ihm rund 90 Prozent der Ortsgruppe die KPD und gründeten eine Gruppe der KPO. Als KPO-Wahlwerber wurde Elflein erneut in den Kreistag und den Gemeinderat gewählt. In Hochheim gab er eine Ortszeitung heraus, die sehr viel gelesen wurde und dazu beitrug, den Einfluß der KPO zu festigen. Elflein war gleichzeitig auch Mitglied der Ortsverwaltung des Schuhmacher-Verbandes, in dem die KPO bis 1933 die Mehrheit stellte.

1933 wurde er verhaftet und in das KZ Esterwegen gebracht, wo er bis 1934 inhaftiert war. Danach stand Elflein unter Polizeiaufsicht und war bis 1935 arbeitslos, ehe er bei der ehemaligen "Volksfürsorge" Arbeit als Vertreter fand, zunächst im Raum Erfurt und ab 1939 in Saalfeld in Thüringen. Seine berufsbedingte Reisetätigkeit erlaubte es ihm, in verschiedenen Orten politische Kontakte zu halten. 1934 wurde er zur Marine eingezogen und geriet auf der griechischen Insel Leros in Kriegsgefangenschaft, die er Afrika erlebte. Im Kriegsgefangenenlager wurde er Leiter einer dort gegründeten sozialistischen Arbeitsgemeinschaft

und versuchte auch unter diesen schwierigen Bedingungen, für die Verbreitung kommunistischer Auffassungen zu arbeiten. Nach seiner Entlassung kehrte er 1947 nach Saalfeld zurück, wo er als Angestellter des Landes Thüringen an der Bodenreform mitarbeitete. Er trat - trotz vieler Vorbehalte - in die SED ein. Er nahm auch Kontakt mit Alfred Schmidt in Erfurt auf, mit dem er seit den zwanziger Jahren zusammengearbeitet hatte. Wie Schmidt versuchte Elflein, die Diskussionen über die Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik nachzuholen, die bei der Gründung der SED "vergessen" worden waren. Da er aus seiner Kritik an der Besatzungspolitik der UDSSR keinen Hehl machte, wurde er aus der SED ausgeschlossen, wovon er aus den "Saalfelder Nachrichten" vom 29. September 1948 erfuhr. Einer bevorstehenden Verhaftung konnte er sich durch die Flucht in die Westzonen entziehen; kurz darauf kehrte er noch einmal nach Saalfeld zurück, wo es aber keine Möglichkeit gab, weiter zu arbeiten, da er weiterhin von der Verhaftung bedroht war. Nach einer Nacht ging er zum zweiten Mal über die Grenze.

Elflein ging dann nach Nürnberg, wo er sich sofort der örtlichen Gruppe der GAP anschloß; er trat dort der SPD bei, um auch diese Möglichkeit zu nutzen, Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu nehmen. 1952 trat er aus der SPD aus, als er nach Absprache mit der Leitung der GAP nach Salzgitter ging, um dort als erfahrener Organisator zu helfen, die Lücke zu schließen, die der Tod Walde-mar Bolzes gerissen hatte. In Salzgitter wirkte er als Organisator der GAP in Salzgitter-Lebenstädt, leitete Schulungen, verfaßte Artikel für die "Arbeiterpolitik" und die "Norddeutsche Arbeiterstimme" und war - nach dem Urteil seines politischen Gegners M. Weber von der SPD-Betriebsgruppe - "ein gut gestandener politischer Agitator mit einem sehr großen theoretischen Wissen". Elflein arbeitete zunächst in der Gießerei der Hütte und später im Walzwerk, wo er nach kurzer Zeit Betriebsrat wurde. Diese Funktion hatte er - mit einer kurzen Unterbrechung - bis zu seinem Ausscheiden aus dem Betrieb 1961 inne; er war auch Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall und Leiter der "Zahlstelle Hütte", der betrieblichen Organisation der IG Metall.

Als 1959 in Salzgitter der Entschluß der Gruppierung um Söchtig und Hanke diskutiert wurde, die GAP aufzulösen, und den Mitgliedern den Eintritt in die SPD zu empfehlen, gehörte Elflein zu den wenigen in Salzgitter, die diesen Schritt ablehnten. Er beteiligt sich aktiv an der Reorganisation der Gruppe Arbeiterpolitik und arbeitet heute daran, seine bald sechzigjährige Erfahrung in der Arbeiterbewegung an die jüngere Generation weiterzugeben. Neben der Arbeit für die GAP war er in der Lage, einige Jahre den Jahresverband der Freidenker in Niedersachsen zu führen.

Paul Elflein lebt heute in Salzgitter.

Quellen: Arpo-Briefe 13/3/5

Elflein I,II,III

E n g e r t, Otto

Otto Engert zum Gedenken

Die Periode der illegalen Arbeiterbewegung in Deutschland während der Nazizeit ist noch weitgehend unbekannt, vor allem was ihren politischen Inhalt angeht. Der folgende Beitrag anlässlich des 30. Jahrestages der Hinrichtung der führenden Genossen der Widerstandsgruppe „Engert-Schumann-Kresse“ zeigt, wie revolutionäre Arbeiter, auf sich selbst gestellt, unter den schwierigsten Bedingungen die politischen und organisatorischen Voraussetzungen schufen, um die Ziele des Befreiungskampfes der Werktätigen in die Massen zu tragen. Unabhängig voneinander, jahrelang ohne Verbindung kamen die verschiedenen illegalen Gruppen politisch fast zu den gleichen Schlußfolgerungen, wie sie die in den KZ's gefangenen und in der Emigration befindlichen Genossen der KPD-Opposition vertraten.

Vor 30 Jahren, am 2.1.1945, wurde Otto Engert zusammen mit den Genossen Schumann, Kresse und anderen in Dresden von den Faschisten hingerichtet. Sie bildeten die politische Leitung einer der größten deutschen Widerstandsgruppen. Die Anklageschrift warf ihnen vor: „Die Angeschuldigten, alte kommunistische Funktionäre, haben es 1943/44 in Leipzig und anderen Orten unternommen, eine neue kommunistische Organisation aufzuziehen. Sie haben insbesondere den Aufbau von Betriebszellen angebahnt, Hetzschriften hergestellt und verbreitet sowie Verbindungen zu kommunistischen Funktionären aus Berlin und Thüringen hergestellt.“

Otto Engert wurde am 24.7.1895 in Brösdorf/Thüringen geboren. Er wurde Zimmermann und trat 1913 der SPD bei.

Während des 1. Weltkrieges wurde er einige Monate wegen antimilitaristischer Tätigkeit eingekerkert. Die Burgfriedenspolitik seiner Partei und die Revolution 1918 brachten ihn in Widerspruch zur Mehrheitssozialdemokratie, er schloß sich der USPD an. Nach der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD (Spartakusbund) übernahm er die Funktion des Politsekretärs des Unterbezirks Meuselwitz und leitete die KPD-Ortsgruppe Altenburg/Thüringen. Wegen seiner großen Erfahrungen in der Kommunalpolitik wurde er Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen und vertrat die KPD im thüringischen Landtag.

Die verhängnisvolle Wendung der KPD zur RGO-Politik, die falsche Einschätzung der SPD als „sozialfaschistische Agentur in der Arbeiterklasse“ wurde von ihm als

einem der ersten in ihrer Tragweite erkannt. Zusammen mit fast der gesamten thüringischen Landtagsfraktion protestierte er gegen die den Kurswechsel begleitenden Säuberungen innerhalb der KPD in einem Telegramm an das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale: „Unterzeichnete Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion Thüringens protestieren gegen Ausschlußhetze gegen Brandier, Thalheimer, Walcher, Fröhlich, Tittel und Genossen – stop – fordern Änderung innerparteilichen Kurses, gegen bürokratische Diktatur, für Parteidemokratie; Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, Zulassung von Selbstkritik, Zurücknahme aller Maßregelungen, ideologische Auseinandersetzungen.“

Tenner-Gotha, Tittel-Jena, Schulze-Gera, Eyermann-Salzungen, Frieda Winkelmann-Gotha, Engert-Altenburg (Bez. Leipzig), Fischer-Greiz. 20.12.1928.“

Das trug ihm den Ausschluß aus der KPD ein. Trotzdem wählte ihn die KPD-Ortsgruppe Altenburg wieder zu ihrem Vorsitzenden. Die gesamte Ortsgruppe trat anschließend zur KPD-Opposition über. Im Juli 1929 kandidierte Otto Engert für das Amt des Bürgermeisters in Neuhaus. „Der thüringische Landtagsabgeordnete Otto Engert wurde am vergangenen Freitag in Neuhaus am Rennstieg in Thüringen, einer Gemeinde von 5000

Einwohnern, zum Bürgermeister gewählt. Der bürgerliche Gegenkandidat erhielt 8 Stimmen und Genosse Engert 11 Stimmen. Bei der Stichwahl, die zu diesem Resultat führte, stimmten die sozialdemokratischen Gemeinderäte für den Kandidaten der kommunistischen Opposition. Die Wahl unseres Genossen Engert bedeutet ein Vertrauensvotum für die kommunistische Opposition. Die Gemeinderatssitzung, in der die Wahl vollzogen wurde, fand in einem großen Saale im Beisein von 800-900 Einwohnern statt. Bisher amtierte ein SPD-Bürgermeister. Bei der Vorbereitung der Wahl versuchten die Thälmann der Leipziger Bruder des „großen“ Ernst Schneller als Kandidaten zu nominieren. Als dies mißlang, haben sie verlangt, die komm. Gemeindevertreter sollen sich der Stimme enthalten. Die Neuhauser Gemeindevertreter, die bisher zur Parteimehrheit standen, haben, indem sie geschlossen für Gen. Engert stimmten, darauf die richtige Antwort gegeben.“ („Gegen den Strom“ 28/1929, S. 15). Mit wachsender Stärke der Reaktion wurde auch Engerts Position als Bürgermeister immer schwieriger, Anfang Juli 1931 wurde er durch den thüringischen Innenminister Frick (NSDAP) seines Amtes enthoben.

Die Machtübernahme des Nationalsozialismus fand die KPD-Opposition auf die Illegalität vorbereitet. Ausgehend von einer Analyse des Faschismus, der Stellung der Klassen, gab sie im Mai 1933 die nächsten Schritte an: „Eine grundlegende, unentbehrliche Bedingung, um den Kampf gegen die faschistische Diktatur erfolgreich zu führen, nachdem die legalen proletarischen Organisationen zerschlagen oder faschisiert sind, ist die Schaffung neuer organisatorischer Zentren des Kampfes. Die Arbeiterklasse muß die führende Kraft im Kampfe gegen die faschistische Diktatur sein. Zur Führung der Arbeiterklasse bedarf es der Kommunistischen Partei. Sie muß alle Kundgebungen der Unzufriedenheit aller Klassen gegen die faschistische Diktatur zusammenfassen. Die wichtigsten organisatorischen Zentren der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die faschistische Diktatur sind: a) die illegalen kommunistischen Organisationen; b) illegale Gewerkschaften; c) revolutionäre Obleute oder Vertrauensleute in den Betrieben; d) illegale oder halblegale proletarische Einheitsfrontorgane. Die Aufzählung ist nicht erschöpfend. Die Formen, in denen sich neue, illegale, halblegale, legale Organe des proletarischen Klassenkampfes bilden werden, lassen sich selbstverständlich nicht voraussehen. Das Schwergewicht der revolutionären Organisationen liegt jetzt mehr denn je in den Betrieben.“... „Nach dem katastrophalen Zusammenbruch der SPD, der KPD und der anderen proletarischen Organisationen, der Demoralisation, Einschüchterung usw. breiter Kreise der organisierten Arbeiterschaft kann die Neuschaffung revolutionärer Zentren des Kampfes gegen die faschistische Diktatur und den Kapitalismus nur Werk langwieriger Anstrengungen sein, eng verbunden mit der revolutionären politischen Arbeit.“... „Das Ziel des Kampfes zum Sturz



OTTO ENGERT

der faschistischen Diktatur kann nicht die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie sein. Die bürgerliche Demokratie würde die Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft in neuer Form bedeuten. Sie würde den Boden abgeben für die Neusammlung der Kräfte der Konterrevolution. Wenn die Bourgeoisie merkt, daß der Faschismus erschüttert ist und eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse bevorsteht, so wird sie die Lösungen der bürgerlichen Demokratie auf neue zu dem Versuch benutzen, die Arbeiterklasse noch einmal zu betrügen, sie zu spalten und die kapitalistische Klassenherrschaft zu retten. Die Arbeiterklasse muß sich zum Ziele setzen, die faschistische Diktatur durch die proletarische Diktatur, durch die Räterepublik zu ersetzen. Der kapitalistische Niedergang muß abgelöst werden durch den sozialistischen Aufbau.“ („Gegen den Strom“ 5/1933 – bereits illegal.)

Es gelang der KPD-Opposition, relativ geschlossen in die Illegalität zu gehen. In Sachsen übernahm Otto Engert die Leitung der Widerstandsarbeit. Während einer der großen Gestapo-Razzien – bei denen allein im Bezirk Leipzig von September 1934 bis April 1935 über 2000 Kommunisten verhaftet wurden – wurde er aufgespürt und zu 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. Danach verschleppte man ihn „vorbeugend“ in das Konzentrationslager Sachsenburg.

Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes 1939 – der der Sowjetunion einen Zeitgewinn verschaffte – ließen die Nazis eine Reihe von Kommunisten frei, in der Annahme, daß diese Wohlverhalten üben würden. Zu einigen von ihnen knüpfte der einige Jahre vorher entlassene Otto Engert Kontakte. Der Wirkungskreis des Widerstandes war bisher begrenzt gewesen: die kampflöse Niederlage der Arbeiterklasse 1933 hatte dem Faschismus beträchtliche Einbrüche in ihre Reihen ermöglicht, dazu kamen die außenpolitischen Erfolge Hitlers und der Zusammenbruch der illegalen Arbeit der KPD, die von Spitzeln durchsetzt war. Lediglich Teilerfolge wie Erhöhung der Löhne oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen konnten erzwungen werden. Die selbständig arbeitenden illegalen Gruppen hatten sich zudem noch mit den

illusionären Volksfrontparolen des Emigrations-ZK der KPD auseinanderzusetzen (Eroberung der [nationalsozialistischen] Deutschen Arbeitsfront, Kampf für die bürgerliche Republik), die nicht wenig zur Verwirrung beitrugen.

Erst der Überfall auf Polen, der den 2. Weltkrieg einleitete, erhöhte sprunghaft die Anzahl der aktiven Widerstandskämpfer. Die Kommunisten Engert, Kresse, Schumann¹ knüpften alte Verbindungen wieder, stellten Kontakte zu isoliert arbeitenden Betriebsgruppen her. Der Angriff Hitlers auf die Sowjetunion im Sommer 1941 bereitete den Boden für die weitere Aktivierung des Widerstands. Engerts Milchladen wurde zur Anlaufstelle für Nachrichten und Material. In den Jahren 1942/43 gelang es, Zellen in den wichtigsten Rüstungsbetrieben zu bilden. Bei den Arbeitern der Hasag-Werke gingen Flugblätter von Hand zu Hand: „Langsamer arbeiten führt zur schnelleren Beendigung des Krieges. Unterstützt euch gegenseitig, wenn es gilt, euer Leben, eure Wohnungen und euer Hab und Gut zu bergen! Das Leben der deutschen Arbeiter, ihrer Frauen und Familien ist tausendmal wichtiger als die Rüstungsbetriebe der Naziverbrecher. Kämpft mit uns Antifaschisten gegen den totalen Krieg Hitlers, für den totalen Frieden.“ In Zusammenarbeit mit ausländischen Zwangsarbeitern wurde in Rüstungsbetrieben verstärkter Widerstand in jeder Form getrieben. Über das „Internationale Antifaschistenkomitee“ – eine Gruppe russischer und polnischer Zwangsarbeiter – konnte ein direkter Kontakt zu den Lagern hergestellt werden. Es bildete sich eine straff gegliederte illegale Kaderorganisation heraus, deren Kontakte bis ins Buna- und Leunawerk reichten.

Ende 1943 legte Otto Engert eine Plattform vor, die in allen Untergliederungen diskutiert wurde und die Auffassung der Gruppe zusammenfaßte. Diese Plattform wurde auch mit der Widerstandsgruppe Neubauer-Poser in Thüringen besprochen, die ähnliche Auffassungen hatte. Ebenfalls konnten Kontakte mit der in Berlin tätigen Widerstandsgruppe Saefkow geknüpft werden; es kam zu einem Treffen der Leiter der drei Gruppen. Zwar gab es in Einzelfragen keine Übereinstimmung – etwa in der Stellung zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“² – doch bestand über die Grundsätze Einigkeit: 1. der Krieg ist ein imperialistischer Krieg, für die Sowjetunion ist es ein Krieg um die Erhaltung des ersten sozialistischen Staates. Nach Beendigung des Krieges werden die Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus wieder in den Vordergrund treten. 2. Die deutsche Arbeiterklasse muß zum Subjekt der Geschichte werden und den Kampf für den Sozialismus aufnehmen. 3. Sie muß gleichberechtigt ein Bündnis mit der So-

¹ Georg Schumann war 1929 in Leipzig Sprecher der Gruppe der „Versöhler“ in der KPD, die den verhängnisvollen neuen Kurs erkannten, aber aus Treue zur Partei keine praktischen Schritte dagegen unternahmen.

² Das NKFD wurde in Moskau aus Mitgliedern der KPD und gefangenen Offizieren der Nazarmee gebildet und sollte als Propagandainstrument auf die deutschen Soldaten einwirken. Aber welcher einfache Soldat konnte schon verstehen, wieso jetzt die Naziführer, die ihn in diesen Krieg geführt hatten, mit Kommunisten an einem Tisch saßen?

wietunion eingehen. 4. Das bedingt die Herausbildung einer kommunistischen Partei, die auf der Basis der Einheit der Arbeiterklasse ein Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten eingeht. Bündnisse mit bürgerlichen Parteien werden ausgeschlossen. In der Praxis des illegalen Kampfes hatte sich – wenn auch mit den verschiedensten Bezeichnungen – die kommunistische Einheitsfrontpolitik durchgesetzt.

Die Erreichung ihres Zieles war den illegalen Gruppen nicht vergönnt. Im Juli 1944 gelang, parallel in der Berliner und der Leipziger Gruppe, der Gestapo ein Einbruch, der zum Aufrollen eines wichtigen Teils der Kader führte. Die Gestapo zerschlug in einem letzten Aufbäumen die organisatorischen Ansätze zur Neuformierung der deutschen Arbeiterklasse. Die Rote Armee zerschlug in einem Teil Deutschlands die alten Klassengrundlagen, die Massen der Arbeiter blieben jedoch Objekt der Geschichte.

Sollen die Erfahrungen Otto Engerts heute genutzt werden, um zu helfen, daß die Arbeiterklasse vom Objekt zum Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung wird, müssen wir beginnen, sie richtig zu verarbeiten. Dazu trägt die Geschichtsschreibung der DDR nichts bei. In dem Buch „Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945“³, werden die kommunistischen Auffassungen Engerts, die ihn 1928/29 in Gegensatz zur KPD-Politik brachten, verschwiegen, wenn es dort heißt: „1929 wurde er wegen von der Politik der KPD abweichender Auffassungen aus der Partei ausgeschlossen.“ Nicht nur verschwiegen, sondern direkt verdreht wird seine Haltung, wenn es weiter heißt: „Nach der Gründung des NKFD im Juli 1943 bekannten sich Otto Engert und die Leipziger Widerstandskämpfer zu dessen Grundsätzen und Zielen“.⁴ Durch das Zurechtbiegen der wirklichen Geschichte der Arbeiterbewegung zur Dogmengeschichte der DDR-Führung wird der Lernprozeß für die heute entstehenden Keime einer neuen kommunistischen Bewegung behindert. Das Vermächtnis Otto Engerts besteht gerade darin, daß er es vermochte, ausgehend von einer Analyse der gegebenen Situation, die nächsten Schritte zum Kampf gegen den Faschismus richtig zu bestimmen. Wir werden es bewahren, wenn wir uns der Worte Rosa Luxemburgs erinnern: „Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurra-Stimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbstständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter den verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden.“

Die DDR-Geschichtsschreibung bemüht sich, die in der Emigration von der

KPD betriebene Volksfrontpolitik mit allem, was sich je geregt, zu verbinden. Aus diesem Grunde ist es die Pflicht aller DDR-„Historiker“ von der „Umsetzung der Beschlüsse der Brüsseler und Berner Konferenz“ durch die selbständig arbeitenden illegalen Gruppen zu reden, sowie eine „Operative Leitung der KPD“ mit dem Genossen Saefkow an der Spitze zu erfinden. Andererseits haben es diese „Historiker“ aber noch nicht vermocht, das Kadermaterial der Saefkow-Gruppe vollständig zu veröffentlichen, das würde nämlich dem Mummenschanz den Boden entziehen. Dort heißt es u.a.:

„Das augenblickliche ‚Bündnis‘ der Sowjetunion mit England und Amerika steht und fällt mit seiner Voraussetzung, der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die machthungrigste und beutegierigste Gruppe der internationalen Bourgeoisie, den deutschen Faschismus.“... „Der letzte Krieg um den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus hat noch nicht begonnen. Es besteht die Gefahr, daß auf dem politischen Kraftfeld Mitteleuropas dieser Krieg unmittelbar an den jetzigen ausgetragen wird. Wenn es nach den Imperialisten ginge, würde es so sein. Sie

spekulieren auf die materiellen Verluste der Sowjetunion und möchten der Bildung und Konsolidierung neuer proletarischer Staaten damit zuvorkommen.“... „Es kommt also alles darauf an, eine politische Kräfteverteilung zu schaffen und zu erzwingen, die es den Imperialisten auch nach einem Sieg über den deutschen Faschismus unmöglich macht, sich gegen die europäische Arbeiterklasse und die Sowjetunion zu wenden. Dazu aber ist die Schaffung eines Blocks sozialistischer Staaten in Europa im Bunde mit der Sowjetunion die sicherste Voraussetzung. Nicht ein zerschlagenes, territorial aufgesplittertes Deutschland, das ein willenloses Werkzeug in den Händen großer imperialistischer Räuber ist, ist Garant für die nächste Zukunft nach diesem Kriege, sondern ein sozialistisches Zentrum in Europa, gestützt auf eine siegreiche Arbeiterklasse, eine gut ausgebaute Industrie, eine entwicklungsfähige Technik, die nicht nur Deutschland ein neues Gesicht zu geben vermag, sondern auch als wirkliche Kraftquelle, die übrigen europäischen Völker nicht durch Terror und Gewalt, sondern Kraft des siegreichen Beispiels in seinen Bann zwingt.“

Quelle: Arpo-Briefe 16/1/16 ff

Vergl. auch Weber II, S. 110 f

³ Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945, Berlin/DDR 1970, Dietz-Verlag, Band 1, S. 255/256.

⁴ Mit fast den gleichen Worten nimmt ein Artikel im Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“ (11.1.75, S. 15) dazu Stellung, um dann noch weiter zu verdrehen: „Es gelang ihnen... so allmählich die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in Leipzig/Westsachsen zu formieren.“

G a l m, Heinrich

"Am 23. Oktober 1895 in Seligenstadt/Main geboren. In seiner Heimat war Galms Vater ein bekannter Sozialist und 1. Kandidat der SPD. Auch Heinrich Galm kam früh zur Arbeiterjugendbewegung. Lernete Sattler und arbeitete bis 1916 in seinem Beruf, dann eingezogen und bis 1918 Soldat. 1917 der USP beigetreten. Delegierter des Spaltungsparteitages der USP in Halle, stimmte für den Anschluß an die Komintern und kam mit dem linken Flügel der USP 1920 zur KPD.

Bis 1920 arbeitete Galm in seinem Beruf, dann hauptamtlicher Sekretär des Sattler- und Portefeuellerverbandes in Offenbach. 1924 in den hessischen Landtag gewählt, dem er ununterbrochen bis 1933 angehörte. Auf dem X. KPD- Parteitag in die Gewerkschaftskommission gewählt.

1927 auf dem Essener Parteitag als Kandidat ins ZK gewählt. Galm hatte als Person in Offenbach einen überragenden Einfluß. Obwohl er in der Hauptsache Gewerkschafter war und die lokalen Interessen ihm bedeutender erschienen als innerparteiliche Fehden, wandte er sich gegen die Links-Wendung der KPD, die 1928 besonders in der Gewerkschaftsfrage begann. Zusammen mit Hausen und Bassüner bildete er den rechten Flügel im ZK.

Nach der Wittorf-Affäre wurde Galm, der die ganzen Jahre über Vorsitzender der KPD in Offenbach war, am 20. Oktober 1928 seiner Funktion enthoben. Da er ZK-Kandidat war, konnte nur das EKKI über seinen Ausschluß entscheiden. Deswegen nach Moskau geladen, vertrat er dort im Dezember 1928 gemeinsam mit Hausen den Standpunkt der rechten Opposition. So wie Hausen inzwischen in Breslau 'Gegen den Strom' als Organ der Rechten gegründet hatte, konnte Galm die in Offenbach erscheinende Wochenzeitung 'Volksrecht' als sein Sprachrohr benutzen.

Anfang 1929 aus der KPD ausgeschlossen hatte Galm jedoch die überwältigende Mehrheit der KP Offenbach hinter sich, die er in die KPO überführte. Daß dies vor allem sein persönlicher Erfolg war, erwies sich in der Folgezeit: im November 1931 gelang es ihm, sein Landtagsmandat wiederzuerlangen, diesmal für die KPO. Nach der Spaltung der KPO ging Galm mit der Minderheit zur SAP und wieder hatte er die Mehrheit der Offenbacher Kommunisten hinter sich.

Im Juni 1932, bei der letzten Landtagswahl in Hessen, kam er - dies Mal für die SAP - wieder in den Landtag. In Offen-

bach war seine Stellung sehr stark, bis 1933 war er Sekretär des Sattlerverbandes. Alle Versuche der KPD, ihn abzuwählen, schlugen fehl. So erhielt Galm z.B. im März 1932 446 Stimmen, der Spitzenkandidat der KPD 107 und der SPD-Kandidat 37 Stimmen.

Nach 1933 mehrmals verhaftet. Im Juli 1944 wieder inhaftiert sollte er nach Dachau kommen. Durch einen glücklichen Zufall wurde er jedoch nur einige Monate in Bebra und Darmstadt festgehalten. Sein Freund und Fraktionskollege Angermeier, den man zur gleichen Zeit nach Dachau brachte, fand dort den Tod.

1945 zeigte sich Galm wieder als geschickter Kommunalpolitiker und Gewerkschafter. Er gründete 1946 in Offenbach die 'Arbeiter-Partei', die unter seiner Führung bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1957 eine wichtige Rolle im Stadtrat spielte. Die Arbeiter-Partei war die einzige sozialistische Gruppe außerhalb der SPD und KPD, die nach 1945 in Westdeutschland (lokale) Bedeutung erringen konnte. Inzwischen gehört Galm der SPD an, er lebte 1969 in Offenbach."

Quelle: Weber II

G r ö n s f e l d e r, Karl

Geboren am 18.1.1882 als Sohn eines Kutschers und Dieners und einer Köchin in Frankfurt am Main. Nach dem Besuch der Volksschule in Bartenstein/Württemberg - wo er bei seinen Großeltern aufwuchs - machte er dort eine Lehre als Mechaniker. Nachdem er von 1900 bis 1903 in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Siegburg und Krefeld gearbeitet hatte, zog er nach Nürnberg.

Dort trat er 1908 der SPD und dem Metallarbeiterverband bei; bereits vor dem Kriege gehörte er zum linken Flügel in der SPD und war Anhänger Rosa Luxemburgs. Als Gegner der Burgfriedenspolitik der SPD schloß er sich 1917 der USPD an und war 1919 Mitbegründer der KPD in Nürnberg.

Im 1. Weltkrieg war er nicht Soldat geworden, weil er als qualifizierter Arbeiter bei MAN gebraucht wurde. 1920 wurde er in diesem Betrieb zum Betriebsrat gewählt.

Im selben Jahr war er Delegierter auf dem 3. Parteitag der KPD. Er wurde Mitglied der Bezirksleitung Nordbayern der VKP, 1921 bis 1924 war er Vorsitzender dieses Bezirkes.

1921 nahm Grönsfelder am III. Weltkongreß der KI teil. Auf dem 8. Parteitag der KPD Anfang 1923 wurde er Mitglied der

Gewerkschaftskommission der Partei und Mitglied ihres Zentralausschusses. Von 1923 bis 1928 war er Mitglied des Bayerischen Landtages; 1926 wurde er Landessekretär der KPD in Bayern, zwei Jahre später war er Sekretär für Gewerkschaftsfragen bei der Bezirksleitung Nordbayern. Daneben übte er noch weitere Funktionen in der KPD aus, so war er 1924 Wahlleiter der KPD bei der Reichstagswahl.

Nach der Wiederaufnahme der ultralinken Politik der KPD seit 1928 geriet Grönsfelder immer stärker in Gegensatz zur Linie der Partei; nach dem 1. Reichskongreß der RGO Ende 1929 begann Grönsfelder, eine Opposition gegen diese Politik zu organisieren, woraufhin er Anfang 1930 mit anderen Betriebsräten aus dem Gebiet um Nürnberg aus der KPD ausgeschlossen wurde. Die Ausgeschlossenen näherten sich nun der KPO an, der sie dann beitraten. Grönsfelder wurde Funktionär dieser Organisation in Nürnberg und Nordbayern.

Nachdem er bereits 1924 in "Schutzhaft" gewesen war, wurde er im April 1933 verhaftet und im KZ Dachau inhaftiert. 1935 wurde er entlassen und begann nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit 1937 als Mechaniker bei den Triumph-Werken zu arbeiten; dabei wurde er politisch überwacht.

1946 trat Grönsfelder der KPD bei, in deren Bezirksleitung er 1947 gewählt wurde. 1949 wurde er als "Brandlerist" aus der KPD ausgeschlossen. Bereits vorher hatte er sich der Gruppe Arbeiterpolitik angeschlossen. 1946 wurde er in den Betriebsrat bei Triumph gewählt, dem er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Beruf 1955 angehörte, obwohl er aus seinen politischen Ansichten nie einen Hehl gemacht hatte und sich damit sowohl gegen die KPD-Mitglieder als auch gegen die Sozialdemokraten behaupten mußte.

Als 1959 ein Teil der GAP die Gruppe verließ, war der damals 77-jährige Grönsfelder einer derjenigen, die dabei halfen, die Gruppe zu konsolidieren, was in Anbetracht der Situation der Arbeiterbewegung in der BRD in diesen Jahren eine höchst schwierige Aufgabe war. Bis zu seinem Tode am 20.2.1964 arbeitete er an dieser Aufgabe.

Seine Frau Emma Grönsfelder (Geboren am 3. Januar 1883) war seit 1918 denselben politischen Weg gegangen, wobei sie u.a. Delegierte des 7. Parteitages der KPD war. Von April bis September 1933 war sie im Zuchthaus Aichach inhaftiert. Im Alter von 84 Jahren starb sie im November 1967 in Nürnberg.

Quellen: Arpo 2/12/12; Arpo 5/2/12; Arpo 9/19/11; Arpo-Briefe 5/3/1 f; Arsti 1/3/25; Arsti 4/1/32 ff.
Tjaden:KPO II, S. 6; Weber II, S. 143 f.

H a n k e, Rudolf

Vorbemerkung: Leider war es nicht möglich, von Rudolf Hanke eine Kurzbiographie zu erstellen, da schriftliche Unterlagen über die dazu notwendigen Angaben nicht vorlagen und Hanke selbst dem Verfasser keine Auskunft erteilte. Die folgenden Angaben stützen sich auf verschiedene Interviews und Mitteilungen von Mitgliedern der GAP im hier behandelten Zeitraum.

Rudolf Hanke bekam in der Zeit nach 1933 in Paris Verbindungen zur dortigen Gruppe der KPO. Unter Anleitung von Heinrich Brandler befaßte er sich sehr ausführlich mit der Geschichte und den theoretischen Positionen der Arbeiterbewegung. 1949/50 kam er auf Bitten Brandlers aus Frankreich nach Deutschland, und zwar zunächst nach Solingen, wo er mit Hilfe der dortigen GAP-Mitglieder eingebürgert wurde. 1950 oder 1951 wurde Hanke Mitglied der Redaktion der "Arbeiterpolitik" und damit zugleich der Leitung der Gruppe; er verzog nach Stuttgart. Seit 1953 geriet er in Widerspruch zu den Auffassungen Brandlers, zuerst bei der Bewertung des 17. Juni 1953, dann bei der Analyse der Politik der UDSSR nach 1956 und schließlich anläßlich der Entwicklung in Polen und Ungarn im selben Jahr. Hanke konnte sich zunächst mit seiner Position durchsetzen. 1959 gehörte Hanke zu denjenigen, die den Versuch der Auflösung der GAP betrieben. Mit der Einstellung des Erscheinens der "Arbeiterpolitik" im September 1959 wurde Rudolf Hanke Mitarbeiter des Vorstands der IG Metall, wo er inzwischen "Sachbearbeiter für Links- und Rechtsextremismus" ist.

Hanke lebt heute in Frankfurt.

Quellen: verschiedene Interviews und Mitteilungen
GAP: Manuskript, S. 17

H e i t e p r i e m, Otto

"Gen. Otto Heitepriem gestorben.

Am Freitag, dem 9. Juli, verstarb unser alter Genosse Otto

H e i t e p r i e m. Mit ihm verliert unsere Hamburger Gruppe einen Genossen, der ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung verkörperte. Sein großes Wissen beruhte auf der Erfahrung, die er sich in 65 Jahren aktiver Teilnahme an der Arbeiterbewegung erworben hatte. Es war immer äußerst interessant, wenn der alte Kämpfe, der 83 Jahre alt geworden ist, von der Entwicklung der Arbeiterbewegung an der Wasserkante erzählte.

Zigarettenarbeiter von Beruf, leistete er schon unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz illegale Arbeit. Immer auf dem linken Flügel stehend, bekannte er sich nach dem Verrat der Reformisten im ersten Weltkrieg zur Opposition und kam später über die USP zur KPD. 1918 wurde er in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Lange Jahre war er im Stadtteil Eimsbüttel führender Funktionär der KPD, auch noch in den ersten Jahren nach 1945. Energisch verteidigte er die Lehren von M a r x und L e n i n gegen das sture Bürokratismus, das sich in den Nachkriegsjahren in der KPD breitmachte. Als er einsehen mußte, daß sein Kampf von den Bürokraten mit seinem Ausschluß beantwortet werden würde, zog er es vor, von sich aus den Bruch zu vollziehen und trat aus der Partei aus.

1951 suchte er den Gen. B r a n d l e r auf. Ohne Umschweife frug er: 'Heinz, bist Du amerikanischer Agent oder nicht? Die Partei behauptet es. Wir wurden beauftragt, Dich zu beobachten. Das haben wir getan. Wir haben weder das amerikanische Auto gesehen, in dem Du fahren solltest, noch Verbindungen mit Agenten feststellen können.

Jetzt haben sie alte Genossen ausgeschlossen, weil sie sie kritisierten und gegen die eingesessene Korruption aufgetreten sind. Jetzt bezeichnen sie auch Genossen als Agenten, die ich seit Jahrzehnten kenne. Das mache ich nicht mit. Da ich auch Dich seit langem kenne, sind mir Zweifel gekommen. Sag' mir die Wahrheit!'

Seit diesem Gespräch war er Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik. Solange es ihm sein kranker Körper erlaubte, besuchte er unsere Versammlungen, fest davon überzeugt, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung eines Tages wieder kämpfend die internationale Bühne betreten werde. Er wollte noch dabei sein, das Schicksal hat es anders gewollt."

Quelle: Arpo 7/14/12 = 1954

Kurz nach Redaktionsschluß erreicht uns die Nachricht, daß in Stockholm fast 81jährig der Genosse

Richard Janus

gestorben ist. 1891 in Berlin geboren, wurde er nach einer Kindheit -- in dem für diese Zeit typischen proletarischen Berliner Milieu -- Metallarbeiter und trat 1910 dem deutschen Metallarbeiterverband bei. 1911 siedelte er nach Stuttgart über, wo er bis zu seiner Emigration 1933 aktiv in der kommunistischen Bewegung und in der Gewerkschaftsbewegung, vor allem auf dem linken Flügel, aktiven Anteil nahm. Er genießt insbesondere bei den älteren Genossen in Stuttgart, die ihn aus dieser Zeit kennen und zu denen er bis zuletzt Kontakt hielt, einen guten Ruf. Schon im ersten Weltkrieg nahm er als Mitglied der sozialistischen Jugend an der illegalen Arbeit gegen den deutschen Imperialismus teil. In der Revolution 1918 kämpfte er an der Seite der Stuttgarter Arbeiter in vorderster Reihe und kam dafür später ins Gefängnis. Als Mitglied und führender Funktionär der KPD nach 1918 geriet er in den Jahren 1923 in Gegensatz zu den „Ultralinken“ um Ruth Fischer, Maslow usw. und schloß sich den Genossen in der KPD an, die später den Kampf gegen den verhängnisvollen ultralinken Kurs der KPD aufnahmen. Dafür wurde er 1928 seines Postens als Redakteur des Stuttgarter Parteiorgans enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. In der KPO nahm er mit seinen Freunden den Kampf um die Gesundung der kommunistischen Bewegung in Deutschland auf.

Unter seiner Redaktion erschien in Stuttgart als Organ der KPO in Württemberg die „Rote Einheit“, die später ihren Namen in „Arbeitertribüne“ änderte. Bis 1933 war er Redakteur dieser Zeitung, es war die letzte aller KPO-Zeitschriften, die 1933 auf Grund der besonderen Verhältnisse in Württemberg noch legal erscheinen konnte. Für kurze Zeit des Überganges zur Illegalität wurde sie Ersatzorgan im übrigen Reichsgebiet für die bereits verbotene „Arbeiterpolitik“ und „Gegen den Strom“. Der besondere Haß der Gestapo richtete sich deshalb gegen ihn. Er mußte Deutschland verlassen. In der Schweiz konnte er auf die Dauer keine Bleibe finden, er war durch seine spartakistische und proletarische Vergangenheit dort kein gern gesehener Gast. Nach einer kurzen Periode des Aufenthaltes in Frankreich und im Elsaß kam er 1937 nach Schweden und fand dort als gelernter Metallarbeiter Arbeit in seinem Beruf und eine relativ sichere Unterkunft während der Kriegsjahre. Soweit dort die Möglichkeit bestand, nahm er an dem politischen und gewerkschaftlichen Leben in der deutschen Emigration aktiven Anteil. 1951 schrieb er an den Genossen Brandler: „Ich selbst habe den Schock der langen Emigrantenjahre, wo man sozusagen ein erbärmliches Bettlerdasein führen mußte, noch nicht überwunden. Um nichts mehr möchte ich noch einmal ein solches elendunmögliches Leben führen.“ Trotz seines Alters und der zermürbenden Emigrationsjahre hielt er mit der deutschen Bewegung Verbindung. Nur wer die ungeheuren physischen Opfer kennt, die diese Generation von deutschen Kommunisten im Kampf für den Sieg des Kommunismus in Deutschland gebracht hat, kann verstehen, daß ihm 1945 ganz einfach die physische Kraft fehlte, den Kampf noch einmal ganz von vorn zu beginnen. Aber damit, daß er als Arbeiter unter seinen Klassengenossen im Asyl land seinen Lebensunterhalt verdiente, und nicht bereit war, in die alte Heimat als Knecht der Besatzungsmächte zurückzukehren oder sich gar von ihnen als gutentlohnter Funktionär einsetzen zu lassen, bewies er, daß er dem Kommunismus und der proletarischen Bewegung die Treue gehalten hat.

K i e n h o r n, Walter

Geboren am 17.8.1909 in Schöningen bei Braunschweig als Sohn eines Schmiedes, der im DMV gewerkschaftlich organisiert war. Kienhorn besuchte die Realschule bis zur Tertia. 1925 bis 1928 lernte er als Kaufmann in einem Baugeschäft; anschließend war er noch zwei Jahre in Magdeburg in diesem Beruf tätig und dann vom 1930 bis 1934 - von kurzen Unterbrechungen abgesehen - arbeitslos. Seit der Lehre war Kienhorn gewerkschaftlich organisiert, wobei er seit 1931 dem Fabrikarbeiterverband in Schöningen angehörte. In dieser Zeit schloß sich Kienhorn der Gruppe der KPO in Schöningen an, der auch Erich Söchtig gehörte.

1934 fand Kienhorn Arbeit in den neu errichteten AGO-Flugzeugwerken in Oscherleben bei Halberstadt/Harz. Kurz vor Kriegsbeginn wechselte Kienhorn nach Fürth, wo er ebenfalls im Flugzeugbau arbeitete. Während des Krieges bekam er dort Kontakt mit anderen, die in Opposition zum Faschismus standen; da Kienhorn allerdings fremd in Fürth war und deshalb die dortigen Aktiven der Arbeiterbewegung nicht aus der Zeit vor dem Faschismus kannte, mußte er entsprechend vorsichtig sein, so daß die Verbindungen recht lose blieben.

1945 schloß sich Kienhorn der KPD an; 1946 ging Kienhorn nach Salzgitter, wo er weiterhin der KPD angehörte. Kienhorn zählte von Anfang an zu dem Kreis, aus dem später die GAP in Salzgitter hervorging und wurde 1947 oder 1948 aus der KPD ausgeschlossen.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit legte Kienhorn auf die Gewerkschaft. Seit 1946 gehörte er der IG Metall an, wurde 1948 Delegierter und 1950 Mitglied der Ortsverwaltung; zeitweise gehörte er dem DGB-Kreisausschuß an.

In der Hütte arbeitete er zunächst als Lagerverwalter im Magazin. 1949 wurde er erstmals in den Betriebsrat gewählt, seit 1955 war er als 2.Vorsitzender des Betriebsrates Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuß. Kienhorn war besonders in der Angestelltenarbeit aktiv. 1959 wurde er bei den Angestellten trotz der Kampagne der SPD gegen die GAP wiedergewählt. Solange die Betriebsratswahlen nicht getrennt für Arbeiter und Angestellte stattfanden, hatte Kienhorn auf Grund des Ansehens, das die GAP und Kienhorn als bekanntes Mitglied der Gruppe genossen, stets hohe Stimmzahlen erreicht

Die Auflösung der GAP in Salzgitter war für Kienhorn ein notwendiger Schritt, damit der gewerkschaftliche Einfluß, den die Gruppe gewonnen hatte, in politischen umgesetzt werden konnte. Dazu war seiner Auffassung nach die GAP nicht in der Lage, und deshalb mußte das Potential - bei aller Distanz zur Sozialdemokratie - in die SPD eingebracht werden. Die für Kienhorn zentrale Aufgabe, die starke Position des Betriebsrats und der IG Metall in Salzgitter zu behaupten, wurde durch die Auflösung der Gruppe nicht berührt, da die Vertrauensleutekörper etc. weiterhin in der alten Zusammensetzung bestanden.

Auch nach 1959 behielt Kienhorn seine Funktionen bei. 1966 schied er zunächst aus dem Geschäftsführenden Ausschuß und 1968 ganz aus dem Betriebsrat aus; Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall blieb er zumindest bis 1968.

Nach der Auflösung der GAP in Salzgitter schloß sich Kienhorn der SPD an, wo er aber nicht weiter aktiv wurde. In den letzten Jahren vor Erreichung des Rentenalters im Jahre 1975 arbeitete Kienhorn als Leiter des Werkschutzes der Hütte in Salzgitter. Kienhorn lebt heute in Salzgitter.

Quellen: Kienhorn; Interview Walter Kienhorn mit G. Müller
am 18.9.1973

K i r c h n e r, Kuno

Kirchner war seit 1924 Mitglied der KPD in Braunschweig, aus der er 1929 ausgeschlossen wurde; er gehörte dann der KPO an. Nachdem Kirchner während der Weimarer Republik die meiste Zeit arbeitslos gewesen war, wurde er nach 1933 zur Zwangsarbeit herangezogen. 1936 fand er Arbeit bei den Viëga-Werken in Braunschweig in der Rüstungsproduktion. Kirchner war beteiligt, als die Belegschaft kurz vor Kriegsende die Sprengung der Werke, die von den Nazis befohlen war, verhinderte.

Unmittelbar nach Kriegsende arbeitete Kirchner aktiv an der Reorganisation der Braunschweiger Arbeiterbewegung mit, zuerst im Rahmen der Antifa, dann in der KPD. Kirchner bekam auch Kontakt zu dem Kreis, der sich in Salzgitter später zu GAP entwickelte, und nahm an der Konferenz in Rieseberg teil, weshalb er aus der KPD ausgeschlossen wurde.

Kirchner wurde nach dem Krieg Regierungsrat im Arbeitsministerium des Landes Braunschweig; Minister war Rudolf Wiesener. Bis 1949 bekleidete er außerdem Funktionen in der Gewerkschaft.

Die Verbindungen Kirchners zur GAP wurden nach der Konferenz in Rieseberg immer lockerer, weil es in Braunschweig nicht gelang, eine Gruppe aufzubauen.

Kirchner lebt heute in Rieseberg.

Quelle: Kirchner

K n e p p e r, Fritz

Knepper wurde am 1.11.1902 in Haan im Rheinland geboren. Sein Vater war Fabrikarbeiter, gehörte dem DMV an und war von 1900 bis 1918 Mitglied der SPD, dann der USPD und seit 1921 der KPD, aus der er 1928 austrat. Fritz Knepper erlernte nach dem Besuch der Völksschule den Beruf des Taschenschleifers. In den Jahren zwischen 1921 und 1927 war er arbeitslos. 1927 schulte er zum Seidenweber um. Gewerkschaftlich war er zunächst im DMV und nach der Umschulung im Textilarbeiterverband organisiert; dort wurde er Leiter einer Jugendgruppe und Mitglied der Ortsverwaltung in Haan. 1930 bis 1933 war er Betriebsratsvorsitzender in einem Textilbetrieb.

Mit 16 Jahren war er 1918 der SAJ beigetreten. 1920 schloß er sich der Kommunistischen Jugend und ein Jahr später der KPD an. Knepper wurde Mitglied des Unterbezirks-Vorstands der Partei und Leiter von kommunistischen Jugendgruppen. 1928 wurde er aus der KPD ausgeschlossen und gehörte dann zur KPO in Solingen.

Nach dem Sieg des Faschismus beteiligte sich Knepper am Widerstand und wurde deshalb im Januar 1938 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

1945 trat Knepper erneut der KPD bei. In Haan wurde er zunächst Ortssekretär der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung; 1947 wurde er in den Hauptvorstand dieser Gewerkschaft für die britische Zone gewählt. Von 1949 bis 1961 gehörte er dem Bundesvorstand dieser Gewerkschaft an.

1950 wurde er aus der KPD ausgeschlossen. Er zählte dann zur Gruppe Arbeiterpolitik in Solingen, konnte aber nur begrenzt mitarbeiten, weil er durch seine Gewerkschaftsfunktion an Bielefeld, wo der Vorstand seinen Sitz hatte, gebunden war.

1956 trat er der SPD bei, für die er von 1964 bis 1971 Stadtverordneter in Haan war.

Knepper lebt seit 1971 in Homberg/Westerwald.

Quellen: Knepper I; Knepper II

K u n z, Hans

Geboren am 21.9.1906 in Thalheim im Erzgebirge. Er stammte aus einer Handwerkerfamilie. Er selbst lernte den Beruf des Werkzeugmachers. Ende der 20er Jahre zog Kunz nach Nürnberg. Politisch gehörte er zunächst der SPD an, in der er sich der Seydewitz-Gruppe anschloß. Als sich die SAP bildete, machte er diesen Schritt nicht mit, sondern schloß sich der KPO in Nürnberg an.

Nach 1945 versuchte er mit Grönsfelder und anderen ehemaligen KPO-Mitgliedern, in der KPD zu arbeiten, aus der er jedoch 1948 ausgeschlossen wurde. Kunz gehörte zur GAP in Nürnberg und setzte auch 1959, als ein Teil der Gruppe Arbeiterpolitik zur SPD übertrat, die gerade damals sehr schwierige Arbeit fort. Durch seine Tätigkeit und die Grönsfelders konnte die Gruppe in Nürnberg stabilisiert und erneuert werden, wenn auch der zahlenmäßige Erfolg dieser Arbeit lange durch die allgemeine Situation in der BRD stark beschränkt sein mußte. 1970 trennte sich Kunz zusammen mit der Nürnberger Gruppe von der GAP und wurde Mitbegründer der Gruppe "Arbeiterstimme", deren Zeitschrift er auch bis zu seinem Tode am 9.12.1973 herausgab.

Quellen: Arpo-Briefe 15/1/6; Arsti 1/3/25 f; Arsti 3/5/ Beilage; Arsti 4/2/31 ff.

L a m b r i c h, Fritz

Geboren am 18. 6. 1923 in Langenöls im Kreis Reichenbach in Schlesien. Der Vater war Landarbeiter und im Landarbeiterverband stark engagiert, was ihm mehrfach die Stelle kostete er sympathisierte mit der KPD. Fritz Lambrich besuchte von 1929 bis 1937 die Volksschule. Den von ihm erstrebten Beruf des Zimmermanns konnte er nicht erlernen, da er zunächst das "Landjahr" ableisten mußte. 1941 meldete er sich freiwillig zur Kriegsmarine; im April 1945 geriet er in Italien in Kriegsgefangenschaft, aus der er Ende 1946 entlassen wurde.

1947 kam Lambrich nach Othfresen bei Salzgitter, wo er im Schacht "Ida" als Bergmann arbeitete; 1951 wechselte er zum Georg-Schacht in Salzgitter, wo er aus politischen Gründen entlassen wurde. Seit 1947 war er in der IG Metall organisiert, wurde Jugendsprecher beim Ida-Schacht und baute mit eine Jugendgruppe der Gewerkschaft in Othfresen auf. Über den Vorsitzenden des Betriebsrats des Schachts, Köhler, kam er in Verbindung mit der GAP in Salzgitter, der er sich bald anschloß. Lambrich gehörte dem Betriebsrat des Ida-Schachtes an, wurde Ortsvorsitzender der IG Bergbau und bald Delegierter auf Bezirksebene.

Im Dezember 1954 verunglückte Lambrich im Bergwerk Rammelsberg in Goslar, wobei er erblindete. Trotzdem blieb er - bis heute - in der IG Bergbau aktiv und beteiligte sich sehr intensiv an den Diskussionen der GAP. Nach Auflösung der GAP, die er für einen richtigen Schritt hielt und hält, war Lambrich - abgesehen von einigen Kontakten zur DFU - bis 1972 nicht politisch organisiert; in diesem Jahr trat er der SPD bei.

Lambrich lebt heute in Salzgitter.

Quelle: Lambrich

M e y e r, Robert

Während seiner Lehrzeit als Schriftsetzer trat Meyer 1926 der Gewerkschaftsjugend der Buchdruckergewerkschaft bei. 1928 schloß er sich der SAJ an, wo er bald Gruppenleiter wurde und die "Rote-Falken-Post" herausgab. Später wurde Meyer Vorsitzender der Bremer SAJ, zu der die Roten Falken und die Roten Pioniere gehörten. Zusammen mit rund 500 SAJ-Mitgliedern trat er 1931 zur SAP über. Nach dem Sieg des Faschismus arbeitete Meyer weiter für die SAP, u.a. als illegaler Verteiler der SAZ der SAP. Er half auch dabei, gefährdete Mitglieder der SAP aus Deutschland zu schmuggeln so etwa Kurt Rosenfeld und Franz Bobzien, der später von Holland an die Nazis ausgeliefert und im KZ Sachsenhausen ermordet wurde.

Nach dem Kriege lebte Meyer in einem kleinen Ort in der Heide. Durch Vermittlung eines ehemaligen SAJ- und SAP-Mitgliedes aus Bremen, das sich inzwischen der Gruppe Arbeiterpolitik angeschlossen hatte, bekam er Verbindung zur GAP, für die er von 1948 bis 1950 die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" druckte, die damals ohne Lizenz und Impressum

erschien. Aus Sicherheitsgründen blieb Meyer von der übrigen Gruppe isoliert und arbeitete nur mit den unmittelbar an der Erstellung der Zeitschrift Beteiligten zusammen. "Ich habe auch nur ganz gelegentlich Heinrich Brandler in Hamburg oder Bremer Genossen ... besucht, wobei die Bremer Genossen mir die illegale Zeitung zeigten und von einem tollen geheimen Drucker sprachen. ... Ich habe nach jedem Druck sorgfältig alle Spuren vernichtet und kein Exemplar, nicht einmal einen Makulaturbogen, behalten. Wie in der Nazi-Illegalität, so blieb ich auch in der Besatzungs-Illegalität unentdeckt."

Nach 1950 hatte er keine politische Verbindung zur GAP; 1959 gab er zusammen mit Theo Bergmann den "Sozialist" heraus. Der Druck dieser Zeitung trug ihm - wegen Verstoß gegen ein Gesetz aus der Nazi-Zeit - eine Hausdurchsuchung und einen Prozeß ein, der schließlich 1967 mit einem Freispruch endete.

Meyer lebt heute in Uetze in der Heide.

Quellen: Meyer I; Brief vom 3. Juli 1974

M ö ß n e r, Gustav

"Nach einer kurzen und schweren Krankheit verstarb unser Genosse Gustav M ö ß n e r am 18. Juni im 67. Lebensjahr. Mit ihm verliert die Arbeiterbewegung Stuttgarts einen ihrer erfahrensten und vertrauenswürdigsten Funktionäre.

Kaum der Sozialistischen Jugend erwachsen, wandte sich Gustav der Gewerkschaftsbewegung zu, in der er bis vor wenigen Monaten aktiv tätig war. Seit seiner Maßregelung in der Metallindustrie in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg gehörte er dem Ledergewerbe an. Er fand damals Beschäftigung im Betrieb Haueisen (Mercedes-Schuhfabrik, Bad Cannstatt) und rückte binnen kurzem zum führenden Funktionär auf. Schon bei der ersten Betriebsrätewahl erreichte er die höchste Stimmenzahl. Er ist den Lederarbeitern immer treu geblieben. Nach 1945 war seine Hauptaufgabe der Wiederaufbau der Gewerkschaftsorganisation. Er ist bis zur Erreichung der Altersgrenze Bezirksleiter der IG Leder in Baden-Württemberg gewesen.

Gustav Mößner gehörte der politischen ebenso wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an. In den Auseinandersetzungen der alten Sozialdemokratie stand er an der Seite

der Linksradikalen um Westmeyer, Zetkin, Thalheimer und Walcher. Sobald in der KPD der Kampf gegen den verhängnisvollen ultralinken Kurs begann, schloß sich Gustav Mößner ohne Zögern der KPO an. Nach dem 2. Weltkrieg gehörte er zur Gruppe Arbeiterpolitik

Die Nazizeit ersparte dem treuen Genossen nicht die Verfolgungen, denen die meisten Funktionäre ausgesetzt waren. Er verlor nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern wurde auch inhaftiert, glücklicherweise nur für kurze Zeit. Mehrere hundert Freunde, Genossen und Kollegen gaben Gustav Mößner am 22. Juni das letzte Geleit. Es galt nicht nur dem aufrechten Kämpfer, sondern auch dem Menschen, den alle schätzten und liebten, die ihn gekannt haben. Sie und wir werden Gustav Mößners immer gedenken!"

Sein Bruder Karl, der ebenfalls vor 1933 zur KPO gehört hatte, trennte sich 1945 von der kommunistischen Bewegung und wurde Mitglied in der SPD. Als Vorsitzender der IG Metall Ortsverwaltung Stuttgart war er führend an der "Säuberung" der Ortsverwaltung beteiligt, die sich sowohl gegen die Anhänger der KPD als auch der Gruppe Arbeiterpolitik richtete.

Quellen: Arpo 12/13/2 = 1959

Burkhardt II, S. 1 f

Th. Bergmann I, S. 18

M ü l l e r, Otto

Am 8. April 1969 verstarb infolge eines Betriebsunfalls im Hüttenwerk Salzgitter AG, unser Genosse

Otto Müller, Salzgitter

im Alter von 64 Jahren.

Mit Otto Müller geht ein aufrechter Kämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung von uns. In einer kinderreichen Arbeiterfamilie im Saargebiet geboren, schloß er sich schon in seiner frühesten Jugend der sozialistischen Arbeiterbewegung an. Als Hüttenarbeiter der Völklinger Hütte ging sein politischer Lebensweg über die Gewerkschaft und sozialistische Arbeiterjugend zur KPD.

Während der Naziherrschaft war ihm eine Existenzmöglichkeit in seiner saarländischen Heimat unmöglich. Deshalb siedelte er mit seiner Familie nach Braunschweig über.

Nach dem Zusammenbruch 1945 kam er nach Salzgitter und war an der Gründung der Gewerkschaften und politischen Parteien maßgeblich beteiligt. Er kam bald zur Politik der KPD in Widerspruch und schloß sich 1948 der Gruppe Arbeiterpolitik an, der er bis zu seinem Tode angehörte. Während dieser Zeit bemühte er sich, sein marxistisches Wissen auf die jüngeren Genossen zu übertragen. In diesem Sinne wirkte er auch im Freidenkerverband, dessen Vorsitzender er viele Jahre bis zu seinem Tode für Salzgitter-Bad war.

Otto Müller hinterläßt sowohl in der Gruppe Arbeiterpolitik als auch im Freidenkerverband eine große und schmerzliche Lücke. Mit Otto Müller verlieren wir einen grundsatzfesten und unbezweifelten Genossen, dessen ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet war.

Wir werden sein Andenken und Wirken für die sozialistische Arbeiterbewegung in Ehren halten.

Quelle:

Arpo-Briefe 10/3/1

O c h s, Eugen

Geboren am 4.4. 1905 in Stuttgart. Sein Vater war gelernter Goldschmied, später angelernter Arbeiter und war gewerkschaftlich im Fabrikarbeiterverband bzw. im DMV organisiert; bereits vor dem 1. Weltkrieg gehörte er der SPD an, von der er 1918 über die USPD zur KPD stieß. Eugen Ochs besuchte von 1912 bis 1920 die Mittelschule und machte dann bis 1924 eine Lehre als Maschinenschlosser bei Daimler-Benz in Untertürkheim; anschließend arbeitete er bis Ende 1934 in seinem Beruf bei zwei Stuttgarter Firmen.

1921 trat er dem DMV bei; er wurde während der Lehrzeit Jugendvertrauensmann, später war er Abteilungs-Vertrauensmann und einige Jahre Betriebsrat. Er wurde auch als Delegierter in die Vertreterversammlung des DMV in Stuttgart gewählt.

Anfang 1923 Eintritt in die Kommunistische Jugend, wo er die Funktionen eines Kassierers und Ortsgruppenleiters ausübte. 1925/26 wurde er KPD-Mitglied, nach dem Ausschluß aus der KPD schloß er sich der KPO an.

Wegen Widerstandstätigkeit wurde er von den Faschisten von Ende 1934 bis Juni 1936 in Untersuchungshaft festgehalten. Nach einer Haftzeit im Zuchthaus wurde er zunächst von Januar bis März 1939 im Durchgangslager Wechtheim, dann bis September des Jahres im KZ Dachau und anschließend im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er bis zur Selbstbefreiung im Mai 1945 blieb.

Vom Januar 1946 bis zum Juli 1955 arbeitete Eugen Ochs als Sekretär der IG Metall in Stuttgart. Danach wurde er zum 1. Bevollmächtigten der IG Metall Ortsverwaltung Ludwigsburg gewählt; diese Funktion übte er bis zu seiner Pensionierung im April 1969 aus.

Nach 1945 konzentrierte sich Ochs fast ausschließlich auf die Gewerkschaftsarbeit; er stand der GAP politisch nahe, ohne sich jedoch aktiv an ihrer Arbeit zu beteiligen.

Ochs lebt heute in Ludwigsburg.

Quelle: Ochs

P l e s s, Philipp

"Geb. am 16. 3. 1906 in Frankfurt a.M. 1920-1924 Dreherlehre
Seit 1919 in der FSJ bzw. im KJVD organisiert, seit 1922
Mitglied der BL Hessen-Frankfurt des KJVD, 1922 DMV. Ge-
werkschaftliche und journalistische Tätigkeit. 1927/28
Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt a.M. Ende 1927
Eintritt in die KPD, zur 'Versöhnler' - Gruppe gehörig.
Kritik an der Politik des ZK besonders nach dem IV. RGT-Kon-
greß und dem VI. Weltkongreß der KI. Ausschluß aus der KPD
Ende November 1928. KPO, Mitglied der BL Hessen der KPO.
1931 Mehrheitsgruppe. 1933/34 Widerstand gegen das NS-Regime
(Gruppe 'Einheit' in Frankfurt - Offenbach). Februar 1934
Emigration: Saargebiet, Frankreich."

1945 kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete in der
"Arbeiter-Partei (Sozialistische Einheitspartei)" mit, die
Heinrich Galm nach dem Kriege in Offenbach gegründet hatte.
Eine Mitarbeit in der Gruppe Arbeiterpolitik lehnte er ab.
Er war dann bis 1949 der Sekretär der AP. Er ging zur SPD,
für die er 1958 in den Landtag gewählt wurde. Seit 1964
war Pless Mitglied des Vorstands des Landesbezirks Hessen
des DGB, von 1967 bis 1972 dort Vorsitzender. 1973
erschien das Buch "Der Wille zur Tat. Gewerkschaften als
gesellschaftsverändernde Kraft. Reden und Aufsätze von
Philipp Pless." (Berlin 1973), das auch einige Beiträge
enthält, die Pless für die Arbeiterpartei verfaßt hat.

Am 7. 12. 1973 (oder am 9. 12. 1973) starb Philipp Pless
in Frankfurt/Main.

Quellen: Tjaden: KPO, II, S. 9

Th. Bergmann I, S. 3 f

Zollmann II, S. 1

In der Funktionärszeitschrift des DGB "Die Quelle", 25.Jg.,
Nr. 1, S. 43, liest sich die Biographie von Philipp Pless
wie folgt:

"In der Nacht zum 9. Dezember 1973 ist Frankfurt/Main un-
erwartet im Alter von 67 Jahren Philipp Pless gestorben,
der von 1967 bis 1972 Vorsitzender des Landesbezirks Hessen
des Deutschen Gewerkschaftsbundes war. Damit verliert die
deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder einen ihrer aktivsten
Mitstreiter, der ihr auch nach der Pensionierung verbunden
blieb.

Am 16. März 1906 in Frankfurt geboren, ergriff Philipp Pless den Beruf des Drehers. Mit 16 Jahren trat er bereits dem Metallarbeiterverband bei und betätigte sich in der sozialistischen Jugendbewegung. Auf der Akademie der Arbeit studierte er 1927/28 Staatsrecht, Soziologie, Volkswirtschaft und Arbeitsrecht. Anschließend wandte er sich dem Journalismus zu. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wirkte Pless im Widerstand als Herausgeber der illegalen Zeitung 'Einheit' und wurde mehrmals verhaftet. 1934 mußte er emigrieren. Er ging zunächst an die Saar und später nach Südfrankreich.

Vom Journalisten zum DGB-Landesbezirksvorsitzenden 1945 nach Deutschland zurückgekehrt, knüpfte er zunächst an seine frühere Tätigkeit als Journalist an. 1952 übernahm er die Landesredaktion Hessen der DGB-Wochenzeitung 'Welt der Arbeit'. 1964 wurde er dann in den Vorstand des DGB-Landesbezirks Hessen berufen, wo er für die Sozialpolitik verantwortlich war. 1967 ist er dann zum Vorsitzenden dieses Landesbezirks gewählt worden.

Philipp Pless war stets kompromißloser Vorkämpfer für die Rechte der Arbeitnehmer und hat sein ganzes Leben dieser Aufgabe gewidmet. Sein selbstloses Wirken wird stets beispielhaft bleiben. Der DGB wird ihm immer ein ehrendes Angedenken bewahren."

R a h m, Willi

Geboren am 7. 2. 1904 in Remscheid. Sein Vater war vom Beruf Former und später Gewerkschaftsangestellter beim DMV in Solingen und gehörte der SPD an. Willi Rahm besuchte von 1910 bis 1918 die Volksschule und erlernte anschließend bis 1921 den Beruf des Formers, den er bis 1928 ausübte. Mit dem Beginn der Lehre trat er dem DMV in Solingen bei; später wurde er zum Betriebsrat gewählt. Über die Kommunistische Jugend stieß Rahm zur KPD. 1928 und 1929 arbeitete er in der UdSSR in einem Werk in Slaloust/Ural als Betriebseinrichter. Auf der Durchreise lernte er in Moskau Heinrich Brandler kennen. Nach seiner Rückkehr aus der UdSSR nach Solingen wurde Rahm aus der KPD ausgeschlossen; er organisierte sich in der KPO.

Seit 1929 war Rahm arbeitslos, bis er 1931 eine Anstellung beim Arbeitsamt fand. 1934 wurde er verhaftet und wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1938 wurde er erneut verhaftet. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen arbeitete er als Former, ehe er 1941 zum Militär eingezogen wurde. Während der Jahre 1933 bis 1945 hatte Rahm ständig Kontakt zu anderen KPO-Mitgliedern.

Nach dem Kriege war er erneut beim Arbeitsamt tätig, wurde dort Betriebsrat und Mitglied des Hauptbetriebsrates des Landesarbeitsamtes. Rahm trat der ÖTV bei und war Vorsitzender der Solinger Ortsverwaltung dieser Gewerkschaft. 1945 trat er wieder der KPD bei und war dort Pol-Leiter einer Ortsgruppe, nahm aber rasch wieder Kontakte zu ehemaligen KPO-Mitgliedern auf und bildete mit diesen bald eine Gruppe der GAP, an deren Konferenz in Rieseberg er teilnahm. 1948 wurde er aus der KPD ausgeschlossen.

1955 trat er in die SPD ein, für die er Mitglied des Stadtrates in Solingen wurde. Außerdem übte er noch die Funktion eines Schöffen und die eines Beisitzers beim Sozialgericht aus.

Willi Rahm starb am 4.3. 1971.

Erna Rahm (geb. Schalk), geb. am 2. 5. 1904 ging politisch den gleichen Weg. Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete sie bis 1928 als Metallarbeiterin; sie gehörte dem DMV und der Kommunistischen Jugend an. 1938 war sie für einige Zeit verhaftet.

Erna Rahm starb am 2. 8. 1974.

Quellen: Rahm I, Rahm II

S c h m i d t, Alfred

"Als Sohn eines Schuhmachermeisters und Sozialdemokraten am 24. November 1891 in Wintersdorf (Thüringen) geboren. Nach der Schulentlassung arbeitete Schmidt, der zwölf Geschwister hatte, in verschiedenen Fabriken.

1908 Mitglied der Gewerkschaft und 1909 der SPD. Anfangs Brauereiarbeiter, dann viele Jahre bei der Reichsbahn in Erfurt als Rangierer beschäftigt.

1912 bis 1918 Soldat. Im Weltkrieg Kriegsgegner, Anhänger von Spartakus, 1917 Mitglied der USPD. Seit Gründung der

KPD 1919 Funktionär dieser Partei. In den Jahren 1924 bis 1928 Vorsitzender der KPD in Erfurt und im Unterbezirk Erfurt tätig, in den gleichen Jahren vertrat er die KPD als Stadtverordneter (Fraktionsführer) in Erfurt. Bis 1928 Akquisiteur an der KPD-Zeitung 'Das Rote Echo'. Im Mai 1928 zog er als Abgeordneter in den preußischen Landtag ein.

Schmidt gehörte zum rechten Parteiflügel der KPD und wurde deswegen im Dezember 1928 ausgeschlossen, behielt aber sein Mandat im preußischen Landtag bis 1932 für die KPO. In der KPO-Bezirksleitung Thüringen (und ab 1930) in deren Reichsleitung aktiv.

Nach 1933 leitete Schmidt die illegale KPD-O im Unterbezirk Erfurt. Mitarbeiter des KPO-Organs 'Arbeiterpolitik'. Im Mai 1934 verhaftet, bis Ende Juni 1934 im Gestapogefängnis. Im August 1935 erneut festgenommen, war er bis Mai 1939 Häftling in den KZs Esterwegen und Sachsenhausen, nachdem er bereits in der Weimarer Republik wegen seiner politischen Tätigkeit für die KPD 2 1/2 Jahre inhaftiert gewesen war. Während des Krieges entwarf er zusammen mit Otto Engert das Manifest der Widerstands-Gruppe Schumann. Er arbeitete als Kohlenträger und Bauarbeiter.

1945 trat Schmidt in Thüringen der KPD und dann der SED bei. Er wurde Landesleiter der Industriegewerkschaft 'Nahrung, Genuß und Gaststättengewerbe' für Thüringen. 1947 schloß ihn die SED wegen 'antisowjetischer Einstellung' aus ihren Reihen aus. Die Sowjetische Militärpolizei verhaftete ihn am 6. Juli 1948 und im Dezember 1948 verurteilte ihn ein Sowjetisches Militärtribunal in Weimar wegen 'antisowjetischer Propaganda' zum Tode. Das Urteil wurde später in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt und Schmidt zur Verbüßung in die Strafanstalt Bautzen gebracht. Sein 'Verbrechen' bestand darin, daß er seine oppositionell-kommunistischen Vorstellungen offen vertrat. Als Kommunist verurteilte er die sowjetische Besatzungspolitik und die Haltung der SED. Die sowjetische Besatzungsmacht bestrafte ihn schärfer, als er je für seine kommunistische Tätigkeit in der Weimarer Republik und selbst unter Hitler belangt worden war.

Nachdem er mehr als acht Jahre seiner Haft in der Strafanstalt Bautzen verbüßt hatte, wurde er am 25. Juni 1956 entlassen. Schmidts Frau wohnte seit 1954 in der Bundesrepublik und so durfte er nach Westdeutschland reisen. Er mußte sich

erst einige Tage mit dem Abgesandten der SED und der Sowjetischen Militärpolizei auseinandersetzen, ehe er in die Bundesrepublik übersiedeln durfte. Da er auch während dieser Unterhaltung offen seinen Standpunkt vertrat, war die SED wohl letzten Endes froh, ihn loszuwerden.

Schmidt übersiedelte nach Salzgitter, wo er im Dezember 1956 in den Hüttenwerken Arbeit fand. Politisch schloß er sich der 'Gruppe Arbeiterpolitik' an. Er arbeitete bis Oktober 1959 und mußte dann seines hohen Alters wegen ausscheiden. Auch in der Bundesrepublik wurde 1958 ein politisches Verfahren gegen Schmidt eingeleitet. In Bautzen, wo politische Gefangene der verschiedensten Richtungen saßen, hatte Schmidt aus seiner oppositionell-kommunistischen Haltung kein Hehl gemacht. Bei manchen Mitgefangenen, die nur im Schwarz-Weiß-Schema denken konnten, machte er sich damit verhaßt. Das ging soweit, daß er bei der SED-Gefängnisverwaltung denunziert wurde, in Bautzen keine Arbeit bekam und ihm auch andere Vergünstigungen gestrichen wurden.

Nach Schmidts Übersiedlung in die Bundesrepublik behauptete ein gehässiger ehemaliger Mitgefangener, bei der politischen Auffassung, die Schmidt in Bautzen vertreten habe, sei er durchaus geeignet, in der Bundesrepublik im geheimen für die SED und die Organe der Sowjetunion zu arbeiten. Auf diese Denunziation hin wurde Schmidt in Salzgitter mehrmals von der politischen Polizei vernommen. Diese Verhöre dauerten jedesmal mehrere Stunden (Schmidt war inzwischen immerhin 67 Jahre). Am 19. Januar 1959 stellte der Generalbundesanwalt endlich das 'Verfahren' ein. Zeugnisaussagen von Bautzener Mithäftlingen widerlegten die Beschuldigung.

Alfred Schmidt, der unter verschiedenen Regimen wegen seiner politischen Tätigkeit und Überzeugung über 15 Jahre hinter Gefängnismauern und Stachendraht verbringen mußte, lebte 1969, seinen alten Idealen treu geblieben, als Rentner in Frankfurt (Main)."

Quellen: Weber II, S. 278 f

Vergl. auch Arsti 1/3/9; Arpo 3/7/9 f

S c h ö t t l e - T h a l h e i m e r, Bertha

Sie "(geb. 17. März 1883; gest. 23. April 1959) war mit Ernst Meyer die Vertreterin des Spartakusbundes auf den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal im Ersten Weltkrieg, sie gehörte später ebenfalls der KPD und dann der KPO an, sie lebte zuletzt in Stuttgart."

Quelle: Weber II, S. 321 f

" Berta Schöttle-Thalheimer gestorben

Am 23. April verstarb Berta S c h ö t t l e - T h a l h e i m e r in ihrem 76. Lebensjahr. Mit ihr entschwindet einer der letzten Zeitgenossen der heroischen Periode der deutschen Arbeiterbewegung. Bereits vor 1914 war sie in den Reihen der Linksradikalen tätig und kannte deren namhafteste Führer, mit denen sie engen persönlichen Kontakt pflegte. So war Berta Schöttle-Thalheimer mit Clara Z e t k i n und Rosa L u x e m b u r g befreundet, die eine bedeutende Rolle in der deutschen Linken gespielt haben. Im 1. Weltkrieg brachte ihr die Tätigkeit für den Spartakusbund eine längere Gefängnishaft ein. Sie war Delegierte Spartakus' in der berühmten Konferenz von Zimmerwald. In der Weimarer Republik schloß sich Berta Schöttle-Thalheimer der Opposition gegen den Ultralinken Kurs der KPD an. Noch in fortgeschrittenem Alter machte sie die Schrecken der Vernichtungslager durch, denen sie nur mit knapper Not entronnen ist. Nach dem 2. Weltkrieg schloß sie sich unserer Gruppe an, und trug das Impressum unserer Zeitschrift mehrere Jahre lang. Ihre angegriffene Gesundheit machte ihr seit längerer Zeit zu schaffen. Im April verschlechterte sich ihr Zustand plötzlich es kam zu Schlaganfällen, denen sie schließlich erlegen ist."

Quelle: Arpo 12/9/12

S c h o l z, Heinz

Geboren am 12. 3. 1929 als Sohn eines Reichswehrsoldaten in Potsdam. Nach dem Besuch der Volksschule und der anschließend der Oberschule wurde er 1944 mit 15 Jahren Soldat. Nach dem Kriege arbeitete er als Glaser in Brandenburg und später in Hannover. Dort wurde er für einige Monate Mitglied des Landesvorstands Niedersachsen der UAPD, aus der er jedoch noch 1951 austrat und sich der GAP anschloß.

Nach einem Aufenthalt in Schweden 1951/52 ging Scholz nach Hamburg, wo er als Hafenarbeiter arbeitete und sich an der Herausgabe der Hafenarbeiterzeitung der GAP, "Op Utkiek" beteiligte.

1955 zog er nach Stuttgart, um an der Redaktion der "Arbeiterpolitik" mitzuwirken; seit 1956 war er Herausgeber der Zeitschrift.

Scholz lebt heute in Stuttgart.

Quelle: Scholz

S c h w a b, Wilhelm

"Wilhelm Schwab gestorben

Unser alter treuer Wilhelm S c h w a b ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Allen älteren Genossen in Stuttgart und im Lande draußen war Wilhelm Schwab bekannt als ein Vertreter der Arbeiterschaft, als ein Kämpfer für die Idee des Sozialismus. Er war geachtet von allen, die ihn aus früherer Zeit kannten, gleichgültig, welcher Parteirichtung sie auch heute angehören mögen.

Schon vor 1914 wurde Wilhelm Schwab als Vertreter der damaligen SPD in den Bürgerratsausschuß Stuttgart gewählt. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges trennte er sich von den Durchhaltepolitikern und kämpfte mit den damaligen Linken gegen den Krieg. Er schloß sich dem Spartakusbund an und bekam wegen Flugblattverteilung zwei Jahre Zuchthaus, was ihn jedoch nicht hinderte, den Kampf gegen den Krieg mit seinen Gesinnungsgenossen weiterzuführen.

Bei den ersten Wahlen nach dem Krieg - 1919 - wurde er als Vertreter der KPD in den Gemeinderat gewählt, dem er ununterbrochen bis 1932 angehört hat. Sein Rat wurde von den Gemeinderäten im Land sehr geschätzt. 1928 trennte sich Wilhelm Schwab von der KPD und vertrat mit anderen Genossen die Politik der KPD-Opposition. Als nach dem 2. Weltkrieg die Gruppe 'Arbeiterpolitik' sich organisierte, wurde er ihr Mitglied und blieb ein treuer Anhänger und Förderer der Gruppe bis zu seinem Tode. An seinem Sarge würdigte mit der Kranzniederlegung ein Vertreter unserer Gruppe die Verdienste des Genossen Wilhelm Schwab."

Quelle: Arpo 11/18/4 = 1958

S e w a l d, Erich

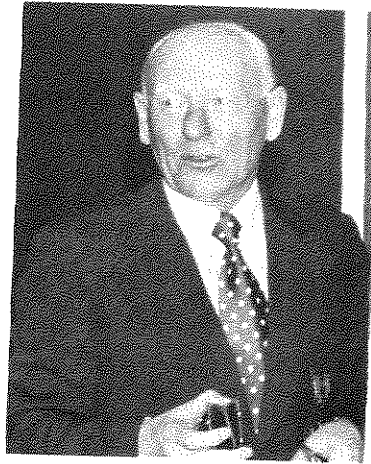
Geboren am 15. 3. 1915 in Wilschau/Kreis Glogau. Erlernte den Beruf eines Schlossers und war ab 1929 gewerkschaftlich organisiert. 1934 wurde Sewald Berufssoldat. Nach dem 2. Weltkrieg kam er nach Salzgitter, wo er in der Hauptwerkstatt arbeitete. 1946 trat er der IG Metall bei. Ein Jahr später wurde er Betriebsrat in der Hauptwerkstatt. Nachdem er zunächst den Kommunisten ablehnend gegenüber gestanden hatte, so wurde er von Söchtig, Bolze und anderen für die Politik der GAP gewonnen. Beim Kampf gegen die Demontage stand er mit der Belegschaft der Hauptwerkstatt in vorderster Front. 1952 wurde er Mitglied des Aufsichtsrates der Salzgitter Hüttenwerke. Wurde später Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall und war bald nach Söchtig der Betriebsrat, der die meisten Stimmen erhielt; seit 1957 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses . 1959 trat er mit der Mehrheit der Gruppe in Salzgitter in die SPD ein. 1961 wurde Sewald als erstes ehemaliges GAP-Mitglied in den Vorstand der SPD-Betriebsgruppe gewählt. 1963 wurde Sewald anstelle von Erich Söchtig Vorsitzender des Betriebsrates Hütte; 1968 übernahm er den Vorsitz der Betriebsräte-Arbeitsgemeinschaft der Salzgitter AG und 1973 den des Konzernbetriebsrat. 1967 wurde er Mitglied, 1972 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Salzgitter AG. Seit 1972 ist Sewald Mitglied des Beirates der IG Metall. Seit 1975 Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Quellen: Zeitschrift "Die Salzgitter-Gruppe" 2/75, Salz-
gitter 1975, S. 35

P + S Stahlkurier, Werkszeitschrift der Stahlwerke
Peine-Salzgitter AG, Nr. 2/75, Peine 1975, S. 21

Verschiedene Interviews

Umseitig folgt der Artikel aus dem "P + S Stahlkurier"



Bundesverdienstkreuz für ERICH SEWALD

Aufgrund seiner Verdienste um die Arbeitnehmererschaft des früheren Salzgitter Hüttenwerkes erhielt der Betriebsratsvorsitzende des Werkes Salzgitter der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und Vorsitzende des Konzernbetriebsrates der Salzgitter AG, Erich Sewald, anlässlich seines 60. Geburtstages von Staatssekretär Haehser das Bundesverdienstkreuz am Band überreicht.

Erich Sewald ist am 15. März 1915 in Wilschau/Kreis Glogau in Niederschlesien geboren worden. Nachdem er seine Gesellenprüfung als Maschinenschlosser bestanden hatte, wurde er 1934 Berufssoldat. 1945, nach fünfmaliger Verwundung, als Oberwachmeister und Träger des Deutschen Kreuzes in Gold aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, schlug er sich erst ein Jahr lang als Waldarbeiter in Schlesien durch und kam dann nach Vertreibung aus der Heimat nach Salzgitter. Hier fand Erich Sewald 1946 in der Hauptwerkstatt des Hüttenwerkes Arbeit als Stahlschlosser.

Schon ein Jahr später wurde er in den Betriebsrat gewählt, dessen Vorsitzender er seit 1963 ist. 1950 war Erich Sewald unter den Arbeitern, die in der Kokerei die Sprengung der Fundamente verhinderten und damit das Ende der Demontage einleiteten.

Mehr als 20 Jahre gehört er dem Aufsichtsrat der früheren Salzgitter Hüttenwerke AG an und ist seit 1967 auch im Aufsichtsrat der Salzgitter AG tätig. Vor zwei Jahren wurde Erich Sewald außerdem zum Vorsitzenden des Konzernbetriebsrates gewählt. In der IG Metall ist er im Beirat tätig, dem höchsten beschlußfassenden Organ zwischen den Gewerkschaftstagen.

Als erster Redner des Empfangs, den die Salzgitter AG ihrem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gab, bescheinigte ihm deren Vorstandsvorsitzender Hans Birnbaum die besondere Fähigkeit, die verschiedenen Interessen, Wünsche und Forderungen der Belegschaft unter einen Hut zu bringen. Damit könne der Arbeitnehmervertreter als gleichgewichtiger Gesprächspartner auftreten und paritätische Mitbestimmung praktizieren. Aber auch an

der Fusion der beiden Hüttenwerke in Peine und Salzgitter und dem sich daran anschließenden Zusammenwachsen habe Erich Sewald großen Anteil gehabt.

Rudolf Judith, das für die Eisen- und Stahlindustrie zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, hob Erich Sewalds ausgeprägten Gerechtigkeitsinn hervor und dessen Mut zur Wahrheit, der ihn zu einem unbequemen aber geachteten Mann gemacht habe. Günther Nagel, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von P+S, überbrachte die Glückwünsche der Kollegen. Der Vorsitzende des HDW-Betriebsrates, Horst Lorenz, erinnerte daran, daß es schließlich Erich Sewald zu verdanken war, wenn aus der losen Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der Salzgitter AG ein richtiger Konzernbetriebsrat geworden ist.

1950 war Erich Sewald unter den Arbeitern, die in der Kokerei die Sprengung der Fundamente verhinderten.



S i e v e r s, Karl

Geboren am 29. 9. 1907 in Holzminden. Sein Vater war Maurer (Polier) und im Deutschen Bauarbeiterverband organisiert. Karl Sievers besuchte die Volksschule und das Gymnasium in Holzminden und studierte an der TH Braunschweig.

Nach dem 1. Staatsexamen arbeitete er als Hilfslehrer in verschiedenen Orten des Landes Braunschweig. Er schloß sich der Freien Deutschen Lehrgewerkschaft an. Während des Studiums hatte er sich der Sozialistischen Studentenschaft angeschlossen; später gehörte er der SAP an. Nach dem Sieg des Faschismus war er einige Jahre Verfolgungen ausgesetzt.

Nach dem Kriege arbeitete er in Salzgitter, und zwar in den Stahlwerken Braunschweig, der FAMAS, der Hütte und bei Linke-Hoffmann-Busch. In der Hütte gehörte er einige Jahre dem Betriebsrat an. Politisch zählte er bis zur Auflösung der Gruppe in Salzgitter zur GAP.

Karl Sievers lebt heute in Braunschweig.

Quelle: Mitteilung von Karl Sievers vom 23. 2. 1975, S. 1 ff

S i e w e r t, Robert

Robert Siewert zum Gedenken

Am 2. 11. 1973 starb im 86. Lebensjahr in Berlin (DDR) Robert Siewert. 1887 geboren und in ärmlichen proletarischen Verhältnissen Oberschlesiens aufgewachsen, lernte er das Handwerk eines Maurers. 1905 trat er der Gewerkschaft bei, und 1906 wurde er Mitglied der SPD. Während des Ersten Weltkrieges begegnete er in der Schweiz Lenin und lernte dort auch seine Berufskollegen Brandier und Heckert kennen. Am Ende des Ersten Weltkrieges wurde er als Mitglied des Spartakusbundes in Chemnitz 1919 Mitglied der neugegründeten KPD. In Sachsen wurde er leitender Parteifunktionär und Landtagsabgeordneter der KPD. In der ersten ultralinken Periode der scheinradikalen Phrasen nach 1923, unter Fischer/Maslow, wurde er als Bezirkssekretär abgesetzt und fand bei der VIVA (Vereinigung internationaler Verlagsanstalten) ein Betätigungsfeld. Er war damals und in der

folgenden Zeit einer der Organisatoren der deutschen Arbeiterdelegationen in die UDSSR. 1929 wurde er mit Böttcher, Lieberasch, Hempel u. a. aus der KPD ausgeschlossen wegen seines Widerstandes gegen die ultralinke Politik und gehörte zu den Mitbegründern der KPD-O., im besonderen im Bezirk Westsachsen. Er übernahm die Geschäftsführung der „Verlagsgenossenschaft Arbeiterpresse“, die die Herausgabe der „ARBEITERPOLITIK“, zunächst als Wochenzeitung der sächsischen KPO, später als Tages- bzw. Wochenzeitung der KPD-O. für das ganze Reichsgebiet ermöglichte.

Nach dem Sieg des Faschismus 1933, als auch die KPO in die Illegalität gehen mußte, und Robert als bekannter Funktionär der KPO gesucht wurde, übernahm er mit Fritz Wiest u. a. zunächst die Inlandsleitung der illegalen KPO, das Berliner Komitee. Der Schreiber dieser Zeilen lernte Ro-

bert in dieser Tätigkeit näher kennen, als er in Berlin – schon von der Gestapo gesucht –, Vertrauen und Kameradschaft ausstrahlend, die illegale Arbeit der KPO organisierte. Die ersten illegal erscheinenden „Zeitungen“ und „Briefe“ (Junius-Briefe) wurden unter seiner Anleitung und Mithilfe in Berlin hergestellt.

„Gleich nach der Machtergreifung haben sie ihn geholt und verdroschen. Dann, 1935, als sie den Verfasser der Flugblätter suchten, die mit dem Decknamen Rosi unterschrieben waren. Die Nazis dachten lange, Rosi wäre eine Frau. Bei der Festnahme hatte er Glück. Sie fingen ihn ab, als er mit einer Aktentasche voller Material das Haus in Berlin-Weissensee verließ, in dem er wohnte. ‚Ich bin auf dem Weg zur Arbeit‘, erklärte er Polizisten. ‚Kann ich wenigstens meine Zahnbürste holen?‘ – Es waren alte Revierbeamte ohne besonderen Ehrgeiz... Sie gestatteten ihm, noch einmal in die Wohnung zurückzugehen. Dort tippte eine Genossin gerade Rosi-Manuskripte. Er konnte sie warnen, seine Aktentasche ausschütten...“¹

In dieser Zeit, als die deutsche Arbeiterbewegung aus ihrer jahrzehntelangen gewohnten Legalität in die noch ungewohnte Illegalität gedrängt wurde, suchten nicht wenige Funktionäre der alten Arbeiterbewegung, besonders aus den Gewerkschaften, Anschluß bei den nationalsozialistischen Ersatzorganisationen. Damals, als der Boden unter den Füßen schwankte und „unsichere Kantonsisten“ in beachtlicher Zahl an die Oberfläche gespült wurden, waren Genossen wie Robert von besonderer Bedeutung, weil ihre Person Vertrauen und Sicherheit ausstrahlte. Wir wußten damals nur (viel zu fragen war nicht angebracht, weil es vor der Gestapo am besten war, wenn man möglichst wenig wußte), daß er die Verbindungen zu den verschiedenen Ortsgruppen im Reich wieder knüpfte. Es war daher für uns Jüngere ein schwerer Schlag, als wir von seiner Verhaftung erfuhren. 3 Jahre Zuchthaus bekam er. 3 Jahre? Wir konnten damals noch nicht ahnen, daß er im Anschluß an diese Haft die wiedererlangte „Freiheit“ im KZ-Buchenwald erleben würde.

Die spärlichen Nachrichten, die aus Buchenwald nach außen drangen, berichteten schon damals von seiner ungebrochenen Haltung. Dort wurde er bekannt durch sein tapferes Eintreten für die Mithäftlinge gegenüber den nationalsozialistischen Bewachungsmannschaften und ganz besonders für die jüdisch-polnischen Kinder, die im Lager unter seiner Anleitung zu tüchtigen Arbeitern mit kommunistischem Bewußtsein ausgebildet wurden. Dank

seiner Hilfe, und der seiner politischen Freunde, konnten sie die Gefangenschaft überleben. Beinahe hätte er diesen Einsatz am Ende noch mit seinem Leben bezahlen müssen.

Seiner Tätigkeit für die jungen Polen in Buchenwald ist das Buch „Der gute Stern des Janusz Karau“ gewidmet. Er, den verirrte ultralinke Parteifunktionäre der KPD vor 1933 als Faschisten, Renegaten u. ä. beschimpft hatten, eroberte sich in Buchenwald ein unvergängliches Ansehen bei den dortigen Häftlingen aus den von den Nazis besetzten Ländern. Was die KPD vor 1933 nicht mehr schaffen konnte, die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr herzustellen, das wurde in Buchenwald unter den Stiefeln der SA- und SS-Lagerbewachungen zur Realität. Der Wille, die in Buchenwald geschaffene Einheit auch nach dem Zweiten Weltkrieg zur Grundlage eines neuen sozialistischen Deutschlands zu machen, niedergelegt im „Buchenwalder Manifest“, scheiterte an der militärischen Besetzung Deutschlands. Dem oben erwähnten Buche entnehmen wir die folgende Schilderung der Ankunft der amerikanischen Truppen in Buchenwald.

Die Sorge des amerikanischen Kommandanten von Buchenwald: Alle Waffen abliefern. ‚Findest Du das richtig?‘, fragte Janusz Robert, der schon wieder bei der Arbeit ist und für Ordnung im Lager sorgt. ‚Wozu brauchen sie unsere Waffen?‘ – ‚Die brauchen sie nicht‘, antwortet Robert. ‚Sie wollen nur nicht, daß wir sie haben. Es ist ihnen unheimlich, so viele bewaffnete Kommunisten.‘ – ‚Aber gegen Hitler sind sie doch auch?‘ – ‚Manche schon. Gegen Hitler sein, heißt jedoch nicht – für die Kommunisten zu sein‘, erklärt Robert.²

Das war ganz gewiß nicht die Auffassung der KPDu und der KPD von 1945, die von der antifaschistischen Einheitsfront aller demokratischen Besatzungsmächte träumten und die kommunistischen Auffassungen von Robert Siewert als getarnte nationalsozialistische Wehrwolfauffassung bei den Besatzungsmächten denunzierten.

An diesem Robert Siewert konnte jedoch die russische Besatzungsmacht nach 1945 nicht vorbeigehen, so groß war sein Ansehen. Und dennoch machten sie und die SED-Führung ihm nicht wenig Schwierigkeiten wegen seiner politischen Vergangenheit und wegen seiner unbürokratischen Tätigkeit, erst als Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt und später noch in Berlin. Robert Siewert mußte unter den Bedingungen in der DDR oftmals schweigen, weil keine Möglichkeit bestand, die Wahrheit zu sagen. Aber nie hat er seine Vergangenheit verleugnet. Zu Heinrich Brandlers 85. Geburtstag sandte er mit früheren KPO-Genossen, die heute in der DDR leben, ein Telegramm an ihn, in dem es hieß: „... Wir wissen, daß Du allzeit fest und treu an der Seite

¹ Gisela Karau: „Der gute Stern des Janusz Karau“ (erschieden in der DDR und im Röderberg Verlag, Frankfurt/Main.)

² Ebendort

der SU standest und stehst und daß Du Dich nach Kräften für das Zustandekommen eines einheitlichen demokratischen, friedliebenden sozialistischen Deutschland einsetzt . . . "

Umso engstirniger mutet es an, daß am Ende eines solchen Lebens im Dienste der deutschen Arbeiterklasse und des Kommunismus die offiziellen Nachrufe im „Neuen Deutschland“ in der DDR und in der BRD in der „Tat“ gegen besseres Wissen den wirklichen Inhalt seines politischen Lebens und seinen Kampf gegen die Zersetzung der kommunistischen Bewegung Deutschlands in der Weimarer Republik an der Seite der KPD-O verschweigen oder verfälschen.

*„Robert erinnert sich an die vielen Maikundgebungen, die er in seinem Leben mitgemacht hat . . . an die Maifeier 1933, die er schon illegal mit seinen Genossen (!) im Tegeler Forst veranstaltete, und wo er eine kleine Rede für die Bauarbeiter und ihre Frauen hielt . . .“*³ Dies war der illegale 1. Mai der KPD in Berlin, als auf dem Tem-

pelhofer Feld NSBO, SA und SS ihren 1. Mai veranstalteten, die Kapitulationserklärung der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schon in der Tasche!

Die Blumen, die schreibgewandte Funktionäre in Reden und Artikeln auf sein Grab streuen, werden bald welken, nicht aber die Wahrheit über sein politisches Leben und seinen politischen Kampf, der sich in jenen Genossen fortsetzt, die heute beginnen, die Grundlagen zum Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung in der deutschen Arbeiterklasse zu legen. —

Diese müssen sich heute befähigen, Arbeiterklasse und Kommunismus wieder zu verbinden (so wie Robert Siwert junge Menschen zu Maurern und Kommunisten erzog), mit dem Ziel, die Arbeiter beider deutscher Staaten in einem sozialistischen Deutschland, in dem die deutsche Arbeiterklasse Herr im eigenen Haus sein wird, zu vereinigen.

³ Gisela Karau: „Der gute Stern . . .“

Quelle: Arpo-Briefe 14/5/17 f = 1973

S ö c h t i g, Erich

Geboren am 27. 10. 1905 in Schöningen in der Nähe Braunschweigs. Sein Vater war Fabrikarbeiter und im Fabrikarbeiterverband organisiert. Erich Söchtig besuchte von 1911 bis 1919 die Volksschule, arbeitete dann bei den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken und seit 1922 in einer Ziegelei bei Schöningen. Von 1923 bis 1927 war er bis auf ein Jahr, in dem er in Brandenburg in einer Fahrradfabrik Arbeit fand, arbeitslos. 1927 ging er nach Bremen und war auf der Atlas-Werft beschäftigt. 1930 begann er, sich beruflich weiterzubilden und kehrte bald nach Schöningen zurück, wo er in einer Ziegelei arbeitete. Dort wurde er 1931 Betriebsratsvorsitzender.

Von 1924 bis 1933 war er ständig Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes, dem er schon in den Jahren 1922 bis 1924 mit einigen Unterbrechungen angehört hatte; 1932 wurde er zum Vorsitzenden der Ortsverwaltung dieser Gewerkschaft in Schöningen gewählt. Im Juni 1923 trat er dem KJVD und der KPD bei; außerdem war Söchtig Mitglied des Arbeitersportvereins

und des Arbeiterschachklubs in Schöningen. 1929/30 wurde er aus der KPD ausgeschlossen; er organisierte sich in der KPO und baute eine Ortsgruppe in Schöningen auf.

Nach dem Sieg des Faschismus wurde er entlassen und verhaftet, konnte jedoch entkommen und sich einige Zeit im Harz relativ unbehelligt aufhalten. Anschließend arbeitete er unter Polizeiaufsicht in einer Straßenbaukolonne. Trotzdem gelang es ihm, bis 1936 die Kontakte zur KPO-Inlandsleitung aufrechtzuerhalten.

1936 bekam Söchtig eine Stelle als Laborant in einem Zementwerk bei Schöningen, in dem er bereits vorher u.a. zusammen mit Otto Brenner, dem späteren Vorsitzenden der IG Metall, gearbeitet hatte. 1938 ging Söchtig nach Salzgitter, wo er in der Versuchsanstalt arbeitete. Während des Krieges knüpfte er bereits die ersten Kontakte zu einigen, die sich zur KPD zählten; mit diesen zusammen ergriff er 1945 die Initiative zur Gründung der örtlichen KPD, wobei er den Posten des Kreisleiters, den ihm Kurt Müller - später Stellvertretender Vorsitzender der KPD - angeboten hatte, ablehnte. Seit Hauptaugenmerk legte Söchtig auf den Aufbau eines starken Betriebsrates und einer starken Gewerkschaft, um von dieser Basis aus seine politischen Vorstellungen umsetzen zu können. Nach einigen Auseinandersetzungen gelang es ihm, den notwendigen Einfluß zu gewinnen. Er selbst wurde Betriebsrat, dann Vorsitzender des Hauptbetriebsrates der Reichswerke und war Vorstandsmitglied im FDGB Salzgitter. Später bekleidete er den Posten des 2. Bevollmächtigten der IG Metall und für einige Jahre das Amt des 2. DGB-Kreisvorsitzenden. Nach der betrieblichen Umorganisation der Reichswerke wurde er Vorsitzender des Betriebsrats der Hütte; dieses Amt hatte er von 1949 bis 1963 inne, danach war er Stellvertretender Vorsitzender bis zu seiner Pensionierung 1970. Seit 1949 gehörte er dem Aufsichtsrat der Hütte und dem der entsprechenden Obergesellschaften an.

Söchtig war zusammen mit Waldemar Bolze der Motor der GAP in Salzgitter; 1948 trat er aus der KPD aus. Er verstand es, die hier vorhandenen Möglichkeiten kommunistischer Politik weitgehendst auszuschöpfen. Dieser Versuch brachte ihn nicht nur in scharfen Gegensatz zur SPD, die in ihm - zu

Recht - den Bolschewiki und - zu Unrecht - den Ostzonen-Agenten sah, sondern auch zur KPD, die ihn zum US-Agenten zu stempeln suchte. Insbesondere nach den Aktionen gegen die Demontage war das Ansehen der GAP und sein persönliches Ansehen sehr groß. Die Versuche des IGM-Vorstands, ihn aus der Organisation zu drängen, scheiterten mehrmals.

Auch nach Ende der Demontage nahm Söchtig sehr starken Einfluß auf die Entwicklung der Hütte, da es immer wieder möglich war, durch eine straffe gewerkschaftliche Organisation auf Betriebsebene das Gewicht der Belegschaft in Waagschale zu werfen, auch zu einer Zeit, als die Aktivität der Arbeiter stark rückläufig war. Im Zuge dieser Entwicklung wurde das Instrument, das Söchtig und andere zur Durchsetzung kommunistischer Politik entworfen hatten, immer mehr in dieser Wirkung eingeschränkt; da es formell erhalten blieb, entwickelte sich die Hütte in Salzgitter zunächst zum Musterbetrieb für die IG Metall, besonders was den Organisationsrat - auch der Angestellten - anging, später auch zum Musterbetrieb der Montanmitbestimmung.

1959 kam Söchtig wie viele andere Angehörige der GAP in Salzgitter und auch in anderen Orten zu der Auffassung, daß angesichts der Entwicklung der Arbeiterbewegung die GAP sich überlebt hatte; er trat daraufhin für die Auflösung der Gruppe ein und wurde später Mitglied der SPD. Hier blieb er lange Jahre ziemlich isoliert, wenn er auch informell im Betrieb und in der Gewerkschaft den alten Funktionärsstamm zusammenhalten und ergänzen konnte. Seit 1958 gehörte er dem Beirat der IG Metall an, später wurde er Mitglied des Bundesangestelltenausschusses dieser Gewerkschaft. Auch nach der Pensionierung 1970 blieb er gewerkschaftlich und politisch aktiv. 1975 verlieh die Stadt Salzgitter ihm die Ehrenbürgerschaft.

Wenn sich auch nicht bewahrheitet hat, was viele Sozialdemokraten bei Söchtigs Eintritt in die SPD erwartet hatten, nämlich daß er zum Zentrum eines linken Parteiflügels werden würde, so bekennt er sich doch zu seinem politischen Lebensweg. Während der Feierstunde zu seiner Verabschiedung aus dem Betrieb 1970 nannte er - vor den verschreckten Ehrengästen - Rosa Luxemburg, Heinrich Brandler, August Thalheimer und Waldemar Bolze als seine politischen Lehrer.

Erich Söchtig lebt heute in Salzgitter.

Quellen: Söchtig; verschiedene Interviews

Ein erfülltes Leben Erich Söchtig wurde 65 Jahre alt

Erich Söchtig wurde bereits im Jahre 1931 im Alter von 26 Jahren Betriebsrats-Vorsitzender eines mittleren Betriebes und Vorsitzender des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes in Schöningen. Während des Krieges war er als Oberlaborant in der Versuchsanstalt der damaligen Reichswerke tätig; nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde er als alter Gewerkschaftler in den Betriebsrat gewählt, dessen Vorsitzender er dann lange Jahre gewesen ist.

Unter Söchtigs Leitung hat die Arbeitnehmerschaft seinerzeit erfolgreich den Kampf gegen die Demontage geführt und damit die Grundlage für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Salzgitterschen Wirtschaftsraumes geschaffen. Persönlichkeiten, wie der DGB-Vorsitzende Böckler, der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, und später Bundeskanzler Adenauer, kamen Söchtigs Einladung, in der Salzgitter Hütte zu den Arbeitern zu sprechen, genauso nach wie Otto Brenner als IG Metall-Vorsitzender.

Seit Bestehen der Salzgitter Hüttenwerk AG wirkt Erich Söchtig als Arbeitnehmervertreter in deren Aufsichtsrat und dem der Obergesellschaft. Vor einigen Jahren wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Aufsichtsrates

der Salzgitter AG berufen. Nach der Fusionierung der Werke Peine und Salzgitter wurde Söchtig mit der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen im Aufsichtsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG beauftragt.

Gewerkschaftlich ist Söchtig seit über 40 Jahren organisiert. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der Gewerkschaften in Salzgitter. Als langjähriger 2. Bevollmächtigter der IG Metall, Verwaltungsstelle Salzgitter, wurde er in bedeutende Gremien dieser Organisation gewählt und ist tätig als Beiratsmitglied, Mitglied des Bundesangestellten-Ausschusses, Vorsitzender des Bezirksangestellten-Ausschusses und des örtlichen Angestellten-Ausschusses. Politisch war Erich Söchtig stets Sozialist und hat in der SPD seine politische Heimat gefunden.

In den letzten Jahren hat sich Söchtig in verstärktem Maß für die Erwachsenenbildung eingesetzt. So konnte er als Vorsitzender der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben Salzgitter“ dieser Arbeit erkennbare Impulse geben. Weiter liegt ihm das Zusammenwachsen des Wirtschaftsraumes Südostniedersachsen mit seinen Industriegebieten von Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel, Helmstedt, Goslar, Hildesheim und Peine sehr am Herzen.

Aus: P + S Stahlkurier, 2/70, Peine 1970, S. 13

Thalheimer, August

THALHEIMER, August, Dr. phil. (1884 bis 1948)

Über seine Jugend schrieb Thalheimer selbst: »...geb. am 18. März 1884 als Sohn des Moritz Thalheimer, Kaufmannes zu Affaltrach, Oberamt Weinsberg, Württemberg und im jüdischen Glauben erzogen, bezog ich nach Absolvierung des Realgymnasiums Stuttgart W. S. 1902/03 die Universität München, zunächst als Angehöriger der medizinischen Fakultät; vom 2. Semester (S. S. 1903) ab aber trat ich zur philosophischen Fakultät über, um mich der allgemeinen Sprachwissenschaft, der Völkerkunde und den neueren Sprachen zu widmen. Anfang August 1903 bis Ende März

1904 war ich in Oxford und London. Vom S. S. 1904 bis S. S. 1905 besuchte ich die Universität Berlin, wo ich am Kgl. Museum für Völkerkunde unter Leitung von Herrn Geheimrat Prof. Dr. v. Luschan praktischen ethnographischen Übungen oblag und ethnographische und anthropologische Vorlesungen hörte, auch bei Herrn Privadozent Dr. N. Finck, Steinthals Nachfolger, der allgemeinen Sprachwissenschaft beflissen war. Von S. S. 1905/06 bis W. S. 1906/07 besuchte ich die Universität Straßburg i. E. Thalheimer promovierte 1907 zum Dr. phil. mit einem »Beitrag zur Kenntnis der Pronomina personalia und possessiva der Sprachen Mikronesiens«.

1904 Mitglied der SPD, wurde er 1909 Chefredakteur am radikalen Organ der SPD, der Göppinger »Freien Volkszeitung«. Thalheimer kam in Verbindung mit Radek, der Mitarbeiter seiner Zeitung wurde. 1912 Austritt aus der Redaktion, da eine Zusammenlegung mit revisionistischen Zeitungen erfolgte.

Thalheimer gehörte zum linksradikalen Flügel der SPD, er war nicht nur mit den Württemberger Linken (Zetkin, Westmeyer usw.), sondern auch mit den Berlinern Luxemburg, Mehring, Liebknecht u. a. politisch und persönlich eng befreundet. Er schloß sich bei Kriegsausbruch sofort der »Gruppe Internationale« an, arbeitete an der ersten Nummer der »Internationale« mit und war Teilnehmer der 1. Reichskonferenz der Linken im Januar 1916 in Berlin. 1915/16 leitete er als Chefredakteur das Braunschweiger SPD-Organ »Volksfreund« im Sinne der Spartakusgruppe. Als Liebknecht zur Zuchthausstrafe verurteilt wurde und sein Reichstagsmandat verlor, erklärte dieser, als Nachfolger kämen nur Mehring oder Thalheimer in Frage.

Nach dem großen Streik im Mai 1916 wurde Thalheimer zum Militär eingezogen. Er kam an die Front und wurde verwundet. 1918 kehrte er nach Stuttgart zurück, kurz vor Ausbruch der Revolution noch verhaftet. Durch die Revolution befreit,

übersiedelte er nach Berlin, wurde in die Zentrale des Spartakusbundes aufgenommen und auf dem Gründungsparteitag der KPD in die erste Zentrale der Partei gewählt. Er war für die theoretische Arbeit der Partei verantwortlich und wurde auf allen folgenden Parteitag bis 1923 ununterbrochen in die Parteizentrale berufen. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs galt er als der theoretische Kopf der KPD, er war Redakteur des theoretischen Organs »Internationale« und zeitweise Chefredakteur der »Roten Fahne«. Thalheimer war 1921 einer der Begründer der »Offensivtheorie«, die von Lenin getadelt wurde. Nach dieser linken »Entgleisung« blieb Thalheimer immer auf dem rechten Flügel der Partei. 1922 verfaßte er den Entwurf des Parteiprogramms der KPD und ging im Juni/Juli des gleichen Jahres als politischer Berater der KPD nach Frankreich. 1922/23 galt Brandler als politischer und Thalheimer als theoretischer Führer der KPD, so daß bis heute von der Brandler-Thalheimer-Führung gesprochen wird.

Nach der Oktoberniederlage 1923 verteidigte er zusammen mit Brandler die Taktik der Zentrale und wurde einer der Führer der Rechten, die auf dem Parteitag 1924 keinen Anhang mehr hatten. 1924 wurde Thalheimer polizeilich gesucht (Steckbrief: »1,70-1,75 groß, hohe Stirn, graue Augen, schwäbische Mundart«). Wie Brandler wurde auch er nach 1924 nach Moskau gerufen, wo er bis 1927 in einer Art »Verbannung« lebte.

Thalheimer arbeitete am Marx-Engels-Institut, war Professor an der Sun Yat-sen-Universität und gab damals das Buch »Einführung in den dialektischen Materialismus« (Wien-Berlin 1928), eine Zusammenfassung von Vorträgen, heraus. Im gleichen Jahr erschien: Thalheimer-Deborin »Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus«.

Da Thalheimers Frau (Tochter eines reichen Juweliers) Ende 1927 in Deutschland schwer erkrankte, das ZK inzwischen auch

der Rückkehr von Brandler und Thalheimer nach Deutschland grundsätzlich zugestimmt hatte, durfte er im Mai 1928 nach Berlin fahren. Er hatte jedoch schon vorher insgeheim mit Bucharin ausgemacht, daß er nicht mehr in die Sowjetunion zurückkommen werde. In Deutschland sammelte er wieder die rechte Gruppe in der KPD um sich und war vor allem nach der Wittorf-Affäre aktiv. Im Januar 1929 aus der Komintern und der KPdSU, der er seit 1924 angehörte, ausgeschlossen.

1928/29 Mitbegründer der KPO, in deren Reichsleitung er führend tätig war und für die er verschiedene Schriften, darunter »Das

Jahr 1923«, herausgab. Zusammen mit Brandler leitete er die KPO auch, nachdem sich die Minderheit unter Frölich-Walcher von ihr getrennt hatte und zur SAP gegangen war.

Nach der Machtübernahme Hitlers emigrierte Thalheimer auf Beschluß der KPO-Leitung, von Robert Siewert noch mit dem notwendigen Geld ausgestattet, nach Frankreich. Bis Kriegsausbruch leitete er zusammen mit Brandler die KPO in der französischen Emigration und in der deutschen Illegalität. Bei Kriegsausbruch internierten ihn die französischen Behörden. 1941 konnte er nach Kuba entkommen. Er lebte in Havanna und arbeitete an mehreren politischen Werken.

Nach dem Kriege verweigerten ihm die Alliierten die Einreise nach Westdeutschland. Von Kuba aus gab er in den »Briefen aus der Ferne« der deutschen Gruppe »Arbeiterpolitik«, der Nachfolgeorganisation der KPO, politische Ratschläge. 1946 verbreiteten seine Anhänger in Deutschland eine Broschüre, in der er das Potsdamer Abkommen kritisch beleuchtete (unter dem Pseudonym »Aldebaran«).

Thalheimer starb am 19. September 1948 in Havanna.

Quelle: Weber II, S. 320 f

"August Thalheimer

Geboren am 18. 3. 1883 ist August Thalheimer am 19. 9. 1948 in Cuba an Herzschlag verstorben. Mit kalter Berechnung haben ihm die patentierten Vertreter der 'Menschenwürde' und ihre Lakaien die Rückkehr in die Heimat unmöglich gemacht, die er 1933 unter dem Naziterror verlassen mußte. Nicht von ungefähr hat unlängst der englische 'Sozialist' Prof. B. Russell davon spintisiert, 'daß es wahrscheinlich keinen Marxisten mehr in der Welt geben würde, wenn die deutsche Regierung nicht Lenin 1917 die Rückkehr nach Rußland erlaubt hätte.' Die blasse Furcht, und ihre Unfähigkeit, den lebendigen Marxisten zu widerlegen, die vergebliche Hoffnung, den deutschen Arbeitern die Waffe der marxistischen Kritik vorzuenthalten, hat die Ordnungshüter dazu bewogen, August Thalheimer das elementarste Menschenrecht, die Rückkehr in die Heimat, zu verweigern.

Die deutsche Arbeiterklasse trifft ein unersetzbarer Verlust durch den Tod eines ihrer Besten. Er hat auf die glänzende Laufbahn, die ihm als Wissenschaftler offenstand, verzichtet und sich dem proletarischen Befreiungskampf gewidmet. Zusammen mit Rosa Luxemburg hat er sich dem Reformismus entgegengestellt, der die 2. Internationale zum Abgrund führte, und im Spartakusbund die Grundlage für die KPD schaffen helfen, die als einzige aus eigener Kraft entstandene Landesektion,

neben der russischen den Grundstein für die 3. Internationale bilden konnte. Unter Thalheimers und Brandlers Leitung hat sich die junge KPD durch eine zielklare, von Lenin unterstützte Politik so entwickelt, daß sie sich 1923 ernsthaft die Frage der Machteroberung stellen konnte. Der willkürliche Eingriff der russischen Führung, aus der Lenin inzwischen ausscheiden mußte, hat den Aufstieg der KPD in ununterbrochenen Abstieg bis zur Niederlage von 1933 verwandeln helfen.

Thalheimer und Brandler haben sich 1923 aus übertriebener Organisationsdisziplin, in der sich von jeher die Stärke und Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt hat, dem Diktat der russischen Führung gefügt, wie vorher Luxemburg und Liebknecht aus Disziplin vor der Trennung von den Reformisten zurückgeschreckt waren. Als die katastrophalen Folgen der russischen Einmischung den deutschen Arbeitern klar wurden, hat sich August Thalheimer mit der KPD offen gegen den Strom gestellt. Was er seit 1928 geschaffen hat, hat die Entwicklung als richtig erwiesen.

Er hat das Wesen des Faschismus klar herausgearbeitet, hat in der proletarischen Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik und den damit verbundenen revolutionären Übergangslösungen den Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und des Sieges über den Faschismus gewiesen.

Ebenso hat er auf die Frage der Stellung der Arbeiterklasse in diesem Kriege, in dem das sozialistische Rußland im Bunde mit den imperialistischen Mächten kämpfen mußte, klar aufgezeigt, wie die Arbeiterklasse der demokratischen Länder zugleich gegen Hitler und ihre eigene Bourgeoisie kämpfen mußte, statt sich durch die opportunistische Losung von der 'Einheit der 3 Großen' irreführen zu lassen.

Bis zuletzt hat er an einem größeren Werk über die heute brennende Rußlandfrage gearbeitet, um das leichtfertige Geschwätz vom 'roten Imperialismus' in seiner ganzen Nichtigkeit bloßzulegen. Dank seiner meisterhaften Beherrschung der materialistisch-dialektischen Forschungsmethode hat er die eigenartige Entwicklung Rußlands und die Ursachen seiner Unzulänglichkeiten aufgezeigt, damit die Proletarier sich überzeugen können, daß sie die SU

trotz allem als Faustpfand der sozialistischen Weltrevolution verteidigen müssen.

Alle Diffamierungsmethoden der russischen Parteiführung haben August Thalheimer keinen Augenblick an seiner Arbeit irregemacht, die er leistete, um die deutsche Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission reif zu machen. Die deutschen Arbeiter, denen er die Treue gehalten hat bis an sein Grab im bitteren Exil, werden zwischen ihren Freunden und Feinden umso sicherer zu unterscheiden wissen, je mehr sie im Kampf den Wert der Waffe des Marxismus erkennen werden, an deren Reinhaltung und Schärfung August Thalheimer unablässig gearbeitet hat. "

Quelle: Arpo 1/1/6 ff

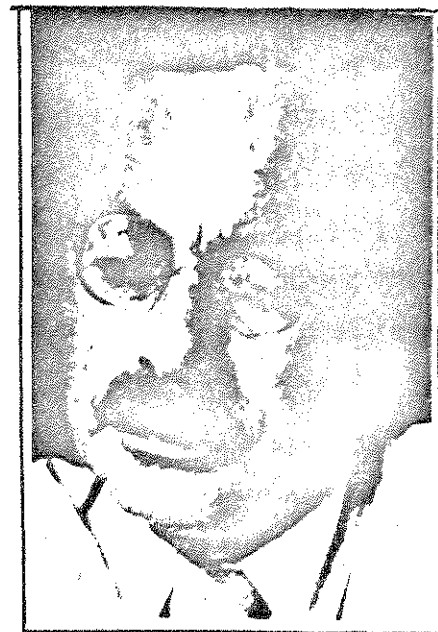
Zum 25. Todestag

AUGUST THALHEIMER

Am 19. September 1948 starb August Thalheimer in Havanna auf Kuba. Bis zum Schluß hatten die Besatzungsmächte dem theoretischen Kopf der deutschen kommunistischen Opposition die Rückkehr nach Deutschland verwehrt.

August Thalheimers Leben für den Sozialismus spiegelt Größe und Tragik der deutschen kommunistischen Bewegung wider.

Nach seinem Eintritt in die SPD 1904 gehörte August Thalheimer dem linken Flügel an, er sprach also aus eigener Erfahrung als er später auf den eigenständigen Charakter der deutschen kommunistischen Strömung hinwies, die sich in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg herausbildete. Von 1909 bis 1912 war er Chefredakteur der Göppinger "Freien Volkszeitung", die er im Sinne der Linken redigierte. Aus dieser Zeit stammt auch seine Bekanntschaft und Zusammenarbeit mit Karl Radek. August Thalheimer stand mit der Württembergischen Linken um Clara Zetkin und Westmeyer und dem Berliner Kreis um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring in enger Verbindung. Nach dem Kriegsausbruch schloß er sich sofort der "Gruppe Internationale" an und arbeitete an der ersten (und einzigen) Nummer des theoretischen Organs der Gruppe um Rosa Luxemburg, der "Internationale" mit. 1915/16 leitete er das Braunschweiger SPD-Organ "Volksfreund" im Sinne der Spartakusgruppe und 1916 nahm er als Delegierter an der 1. Reichskonferenz der Linken in Berlin teil. Auch August Thalheimer bekam die schwierige Situation der Linken unter den Bedingungen des Belagerungszustandes zu spüren: Nach dem großen Mai-Streik von 1916 wurde er zum Militär eingezogen und an die Front geschickt. 1918 kehrte er verwundet nach Stuttgart zurück, wurde verhaftet und bis zum Ausbruch der Revolution inhaftiert.



Nach seiner Befreiung übersiedelte August Thalheimer nach Berlin. Er gehörte der Zentrale des Spartakusbundes an und wurde auf dem Gründungsparteitag der KPD in die Zentrale der Partei gewählt, der er bis 1923 ununterbrochen angehörte. Er war für die theoretische Arbeit der Partei verantwortlich und wurde nach der Ermordung von Rosa Luxemburg ihr theo-

oretischer Kopf - was sich auch darin ausdrückte, daß er Redakteur des theoretischen Organs "Internationale" und zeitweise Chefredakteur der "Roten Fahne" war.

Auch in August Thalheimer spiegelte sich die Widersprüchlichkeit und Schwierigkeit der deutschen Revolution - hierzu der Artikel "ZUR GRÜNDUNG DER KPD 1918/19" in dieser Nummer - und die Unreife der jungen kommunistischen Partei wider. Er wurde zu einem der Begründer der "Offensivtheorie", die 1921 in die Katastrophe der Märzaktion führte. Doch, und das unterschied August Thalheimer von vornherein von den Ultralinken, er war bereit aus diesen Fehlern zu lernen: von nun an bekämpfte er jegliche Form von Abenteuerpolitik

1922/23, neben Heinrich Brandler, dem politischen, der theoretische Führer der KPD, arbeitete August Thalheimer das, von Paul Levi eingeleitete Konzept der Einheitsfronttaktik weiter aus - hierzu "Was ist Einheitsfrontpolitik" in ARBEITERSTIMME Nr. 2, 3. Jhrg. 1973. Die Politik der Brandler-Thalheimer-Zentrale war so erfolgreich, daß 1922/23 die KPD ein nie wieder erreichten Einfluß in der Arbeiterklasse erlangte. 1922 verfaßte August Thalheimer den Entwurf des Parteiprogramms der KPD, der allerdings nicht mehr zum Tragen kam

Die Oktoberniederlage von 1923 und die Fraktionskämpfe in der russischen Partei - hierzu der Artikel "DIE LEGENDE VOM DEUTSCHEN OKTOBER" in dieser Nummer - führte zur Entmachtung der Brandler-Thalheimer-Zentrale, beide wurden nach Moskau gerufen und gingen ins "Exil". 1923/24 kann als die große Zäsur in der Entwicklung der deutschen kommunistischen Bewegung bezeichnet werden. Die ultralinke Politik ("Raus aus den Gewerkschaften") und die beginnende "Bolschewisierung" der Partei machte die bisherigen Erfolge und die erkämpften Positionen zunichte. Heinrich Brandler schreibt: "Unsere Freunde forderten von uns, wir sollten der Verbannung nach Moskau nicht Folge leisten und den Kampf bis zur Spaltung in Kauf nehmen. Das lehnte ich mit folgender Begründung ab: ... Ich sehe keine andere Möglichkeit als das Abwirtschaften der neuen Zentrale kritisch abzuwarten und dafür zu sorgen, daß der Kern des unteren Funktionärstammes aktiv erhalten bleibt. Er wird rasch mit der Betriebs- und Gewerkschaftsline der Ruth Fischer-Maslow-Politik konkret zusammenstoßen. Das allein könne aufs Neue eine feste Basis zur Gesundung der Partei abgeben. So sind wir nach Moskau in die Verbannung gereist."

August Thalheimer arbeitete am Marx-Engels-Institut und als Professor an der Sun Yat-sen Universität - damals entstand seine "Einführung in den dialektischen Materialismus."

1928 kehrten Brandler und Thalheimer nach Deutschland zurück. Nach der neuen ultralinken Schwenkung und dem Ausschluß der "Rechts"-Opposition wurde es notwendig, die KPD-O als organisierte Opposition außerhalb der Partei aufzubauen. Es mußte nun versucht werden, von außen auf die Partei einzuwirken, deren "Sozialfaschismus" - und RGO-Kurs in die Niederlage und den Untergang führen mußte. Im Rahmen der Diskussion um die Plattform der KPD entstanden die berühmten Faschismus-Analysen August Thalheimers - siehe "ARBEITERBEWEGUNG UND FASCHISMUS" in ARBEITERSTIMME Nr. 3, 3. Jhrg. 1973. Verzweifelt versuchte die KPD eine Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus zu errichten, dies scheiterte am Widerstand der Parteileitungen von SPD und KPD. Die Machtergreifung des Faschismus von 1933 bedeutete gleichzeitig die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung.

Auf Beschluß der KPD-Leitung emigrierte August Thalheimer nach Frankreich, von wo er bis zum Kriegsausbruch zusammen mit Brandler die illegale Arbeit in Deutschland und die Emigrantengruppe in Frankreich leitete. Bei Kriegsausbruch von den Franzosen interniert, konnte er 1941 zusammen mit Brandler nach Kuba entkommen.

Da es, wie schon erwähnt, den beiden nach Kriegsende nicht erlaubt wurde nach Westdeutschland zurückzukehren, versuchten sie durch die "Briefe aus der Ferne" die KPD-Mitglieder in Deutschland wieder zu sammeln und politische Ratschläge zu geben. In Havanna entstanden auch die letzten bedeutenden Analysen August Thalheimers: "Die Potsdamer Beschlüsse" und "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg", in denen er die Illusionen der sowjetischen Außenpolitik, die Fehler ihrer Besatzungspolitik kritisierte und das notwendige Aufbrechen der Widersprüche zwischen Imperialismus und Sozialismus aufzeigte. Eine weitere Arbeit "Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion" konnte nicht mehr vollendet werden.

Es gibt keine bessere Ehrung August Thalheimers als die, in den harten Auseinandersetzungen der deutschen Arbeiterbewegung gemachten Erfahrungen und die mit Blut und Leid bezahlten Erkenntnisse der KPD, einer neu entstehenden deutschen Arbeiterbewegung bewußt und fruchtbar zu machen.

Quelle: Arsti 3/4/13 f

W e b e r, Michael

Geboren am 2. 8. 1920. Mit 14 Jahren mußte Weber die Schule verlassen, um zur finanziellen Sicherung seiner Eltern beizutragen, nachdem sein Vater Frühinvalid geworden war. Über eine Eisenbahnbaufirma in Leverkusen kam er 1940 zur Klöckner-Hütte nach Hagen-Haspe. Später wurde er zunächst zum Arbeitsdienst, dann zur Wehrmacht eingezogen. Von 1945 an war er drei Jahre in Kriegsgefangenschaft, davon ein Jahr in den USA. Nach seiner Rückkehr arbeitete er - mit einer Unterbrechung - wieder in Hagen-Haspe; er wurde dort Mitglied der IG Metall. Er sympathisierte mit der SPD, trat der Partei aber zunächst nicht bei, da ein Teil der sozialdemokratischen Betriebsräte in Hagen-Haspe mit Mitgliedern der KPD zusammenarbeitete, was er strikt ablehnte.

1954 kam Michael Weber beim Aufbau des Walzwerkes II nach Salzgitter, wo er schnell in eine Frontstellung zur GAP geriet. Bei den Vorwahlen 1957 unter den Gewerkschaftsmitgliedern des Walzwerkes II gelang es Weber, nach einem GAP-Mitglied den zweiten Platz noch vor Paul Elflein zu belegen. Weber bekam daraufhin einen sicheren Platz auf dem IG Metall-Wahlvorschlag und wurde in den Betriebsrat gewählt. Kurz darauf erhielt Weber eine Meister-Stelle und trat daraufhin als Lohnempfänger-Betriebsrat zurück.

Nach seinem Eintritt in die SPD Anfang 1957 war er seit Ende 1958 am Aufbau der SPD-Betriebsgruppe beteiligt, deren Hauptsprecher er wurde. Diese Gruppe hatte ausdrücklich das Ziel, den Einfluß der GAP in der IGM und im Betriebsrat zu brechen und den der SPD unter den Arbeitern zu stärken. Die erste Konfrontation 1959 endete mit einer Niederlage der SPD-Betriebsgruppe, die aber dennoch weiter

aktiv blieb. Kurz darauf löste sich die GAP in Salzgitter auf und führende Mitglieder der Gruppe, vor allem Söchtig, wurden gegen den heftigen Widerstand der SPD-Betriebsgruppe und auch gegen den Weber in die SPD aufgenommen. Allerdings gelang es Weber und seinen Freunden bald, wichtige ehemalige GAP-Mitglieder, vor allem den sehr populären Erich Sewald, für die Linie der ursprünglichen SPD-Betriebsgruppe zu gewinnen, so daß die Gruppe der alten GAP-Angehörigen um Söchtig in der SPD keinen Einfluß gewinnen konnte. Diese Gruppe verhinderte es andererseits bis 1968, daß Weber in den Betriebsrat gewählt wurde. Seit 1966 näherten sich die beiden Gruppen um Weber und Söchtig allerdings aneinander an.

Der Betriebsgruppe gelang es seit 1960, das Ansehen der Sozialdemokratie unter den Arbeitern zu verbessern. Später erhöhte sich die Wirksamkeit der Betriebsgruppe auch innerhalb der SPD in Salzgitter; 1974 wurde Michael Weber mit einer eindeutigen absoluten Mehrheit in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Weber bekleidet auch Funktionen in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen auf den verschiedenen Parteiebenen der SPD.

Weber lebt heute in Salzgitter.

Quelle: M. Weber

W e b e r, Wilhelm

Geboren am 14. 10.1904 in der Nähe von Braunschweig. Er lernte Werkzeugmacher, gehörte seit 1923 dem DMV an. Nach Berufstätigkeit in Wolfenbüttel und Duderstadt kam er 1945 nach Salzgitter in die Hütte, wo er bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden 1969 in der Hauptwerkstatt arbeitete. Von 1946 bis 1965 gehörte er dem Betriebsrat, zeitweise sogar dem Geschäftsführenden Ausschuß, an, er bekleidete auch seit 1946 Funktionen in der IG Metall, teils als Delegierter, teils auch als Mitglied der Ortsverwaltung. 1945 schloß sich Weber der KPD an, stieß aber bald zur sich sammelnden Gruppe Arbeiterpolitik. 1947/48 wurde er aus der KPD ausgeschlossen. Er war sowohl in Gewerkschaft und Betriebsrat als auch für die GAP aktiv. Er nahm trotz schwerer Krankheit auch am Kampf gegen die Demontage teil. Als sich die GAP in Salzgitter auflöste, war Weber an die-

sem Beschluß nicht beteiligt; er zog sich aus der direkten politischen Arbeit zurück. Er steht heute der SPD politisch zumindest nahe.

Wilhelm Weber lebt heute in Salzgitter.

Quelle: Interview mit Wilhelm Weber am 16. 10. 1974, S.1 f

W e g e n e r, Heinrich

Geboren am 14. 4. 1909. Er gehörte vor 1933 der SPD und dem DMV an. Seit 1938 arbeitete er in der Hütte. Nach 1945 wurde er wieder SPD-Mitglied, gehörte aber politisch bis 1959 zur GAP. Wegener gehörte in der IG Metall von 1949 bis mindestens 1961 der Ortsverwaltung in Salzgitter an. Seit 1947 war er Betriebsrat, von 1948 bis 1953 war er 2. Vorsitzender des Betriebsrates der Hütte.

Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre spielte Heinrich Wegener eine bedeutende Rolle in den Aktionen gegen die Demontage; in den Jahren danach trat er politisch in den Hintergrund und zog sich schließlich verbittert von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zurück.

Wegener lebt heute in Salzgitter.

Quellen: Verschiedene Interviews;

Müller, Teil II, S. 1

W e g e n e r, Willi

Geboren 1905 in Wachenhausen / Kreis Northeim. Nach dem Besuch der Volksschule lernte er von 1919 bis 1922 als Schmied, anschließend arbeitete er als Schmied und Schlosser im Kaliwerk Salzderhelden, bis dieses 1923 stillgelegt wurde. Mit Beginn der Lehre trat er dem DMV bei, 1923 wurde er Mitglied der SPD in Wachenhausen; er leitete u.a. das Kreiskartell für Sport, Kultur und Jugendpflege für Northeim und war Vorsitzender des Arbeitersportvereines. 1923 nahm Wegener an der sog. Hermannsschlacht in Northeim teil. Nach einiger Zeit der Arbeitslosigkeit bekam er eine Stelle in einer Spinnerei in Lindau in der Nähe Göttingens; in dieser Zeit gehörte er dem Christlichen Textilarbeiterverband an.

1933 wurde er aufgrund seiner politischen Tätigkeit entlassen und verfolgt. 1938 kam er als Bauarbeiter nach Salzgitter; dort wechselte er zum Bergbau, wo er zuerst auf dem Anna-Schacht und später auf dem Gitter-Schacht als Schlosser bzw.

Maschinenaufseher arbeitete.

1945 wurde er zum Gewerkschaftsdelegierten und zum Betriebsrat gewählt. Seit 1946 war er Angestellter der Gewerkschaft, erst des FDGB Salzgitter, seit Ende 1946 der IG Bergbau, deren Geschäftsstelle er bis zu seiner Pensionierung 1970 leitete. Mitte der fünfziger Jahre wurde er - gegen Söchtig - zum 2. DGB-Kreisvorsitzenden in Salzgitter gewählt.

1945 schloß sich Wegener zunächst der KPD an, für die er 1948 in den Rat gewählt wurde. 1950 trat er aus der Partei aus und legte sein Mandat nieder. 1954 wurde Wegener Mitglied der SPD.

Wegener lebt heute in Salzgitter.

Quelle: Wegener

W e r n e r, Gerhard

Geboren am 12. 9. 1912. Er war bereits von 1927 an organisiert, und zwar in der GDA. Nach 1945 arbeitete er jeweils als Lohnbuchhalter zunächst in der Gießerei, später in der Kokerei der Hütte in Salzgitter. Als Mitglied der IG Metall wurde er 1947 Delegierter, 1951 Mitglied der Ortsverwaltung, der er bis zur Wahl zum DGB-Kreisvorsitzenden zu Beginn der sechziger Jahre angehörte. Seit 1947 war Werner Betriebsrat, zeitweise auch Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses. Er zählte früh zur GAP in Salzgitter. Nach der Auflösung der Gruppe 1959 schloß er sich der SPD an.

Werner verstarb 1967.

Quelle: verschiedene Interviews

W i e s e n e r, Rudolf

Geboren vor 1900. War früh in der sozialistischen Jugendarbeit in Braunschweig; so nahm er Ostern 1916 an der Jugendkonferenz in Jena teil. Später gehörte Wiesener der KPD an, aus der er ausgeschlossen wurde; er wurde Mitglied der KPO und schloß sich mit der KPO-Minderheit der SAP an. 1933 emigrierte er in Tschechoslowakei und später nach Schweden. Nach 1945 trat er wieder der KPD bei und wurde Minister für Arbeit im Lnde Braunschweig. 1947 nahm er an der Konferenz der GAP in Rieseberg teil, schloß sich der Gruppe aber nicht an. 1949 wurde er aus der KPD ausgeschlossen. Später leitete

Wiesener die Belegschaftsabteilung des Erzbergbaus in Salzgitter und wurde 1953 Arbeitsdirektor bei der Harz-Lahn-Erzbergbau-AG in Bad Harzburg.

Wiesener ist verstorben.

Quellen: Mitteilung von Karl Sievers vom 23. 2. 1975, S. 5

Wegener, S. 19

Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 - 1945, Dortmund 1973, S. 126 und 129

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Interviews und Mitteilungen

(Sofern die hier aufgeführten Unterlagen dem Verfasser von Dritten zur Verfügung gestellt worden sind, ist dies ausdrücklich vermerkt worden. Soweit die Unterlagen in der Arbeit mit einem Kurzzeichen zitiert werden, ist dieses jeweils vermerkt worden.)

Bergmann, Otto: Interview am 4.11.1974

Bergmann, Theodor: Interview am 2.11.1973. - Zitiert als:
Th. Bergmann I

Bergmann, Theodor: Interview am 30.11.1973. - Zitiert als:
Th. Bergmann II

Bergmann, Theodor: Vortrag am 29.1.1974 im Historischen Seminar der Universität Göttingen. - Zitiert als: Th. Bergmann III

Bergmann, Theodor: Interview am 11.2.1974. - Zitiert als:
Th. Bergmann IV

Bergmann, Theodor: Mitteilung vom 13.5.1975

Bergmann, Theodor: Mitteilung vom 16.5.1975

Brechenmacher, Hans: Mitteilung vom 2.11.1974

Burkhardt, Otto: Mitteilung vom 31.1.1975. - Zitiert als:
Burkhardt I

Burkhardt, Otto: Mitteilung vom 18.3.1975. - Zitiert als:
Burkhardt II

Eickbusch, Heinrich: Interview am 16.10.1974

Elflein, Paul: Interview am 11.4.1973. - Zitiert als:
Elflein I

Elflein, Paul: Interview am 5.8.1973 (gemeinsam mit Gundula Müller). Zitiert als: Elflein II

Elflein, Paul: Mitteilung vom Oktober 1973

Elflein, Paul: Interview am 6.10.1974. - Zitiert als:
Elflein IV

GAP-Mitglied: Interview am 18.1.1975. - Zitiert als:
Interview vom 18.1.1975

GAP-Mitglied aus Salzgitter: Interview am 4.11.1974. - Zitiert als: Interview vom 4.11.1974

Jentsch, Herbert: Befragung durch Gundula Müller am 22.9.1973

Kienhorn, Walter: Interview durch Gundula Müller am 19.9.1973

Kienhorn, Walter: Interview am 10.10.1974. - Zitiert als:
Kienhorn

- Kirchner, Kuno: Interview durch Herbert Scheibe am 8.1.1974.-
Zitiert als: Kirchner
- Knepper, Fritz: Mitteilung vom Oktober 1974. - Zitiert als:
Knepper I
- Knepper, Fritz: Mitteilung vom 10.3.1975. - Zitiert als:
Knepper II
- Lambrich, Fritz: Interview am 10.10.1974. - Zitiert als:
Lambrich
- Lamm, Fritz: Mitteilung vom 26.10.1974
- Meyer, Robert: Mitteilung vom 2.4.1974. - Zitiert als:
Meyer I
- Meyer, Robert: Mitteilung vom 3.7.1974
- Müller, Max: Interview am 5.11.1974
- Ochs, Eugen: Mitteilung vom 30.11.1974. - Zitiert als:
Ochs
- Rahm, Willi jr. : Mitteilung vom 16.9.1974. - Zitiert als:
Rahm I
- Rahm, Willi jr. : Mitteilung vom 26.9.1974. - Zitiert als:
Rahm II
- Scholz, Heinz: Mitteilung vom 17.1.1975. - Zitiert als:
Scholz
- Seeland, Walter: Mitteilung vom November 1974
- Seeland, Walter: Mitteilung vom 20.4.1974
- Sievers, Karl: Mitteilung vom 23.2.1975
- Söchting, Erich: Interview am 24.5.1972
- Söchting, Erich: Vortrag vom 15.2.1973 im Historischen Seminar
der Universität Göttingen
- Söchting, Erich: Interview am 7.10.1974. - Zitiert als: Söch-
ting.
- Stein, Paul: Interview am 8.10.1974
- Weber, Michael: Interview am 18.10.1974. - Zitiert als:
M. Weber
- Weber, Wilhelm: Interview am 16.10.1974
- Wegener, Willi: Interview am 15.10.1974. - Zitiert als: We-
gener
- Wittemann, Erich: Mitteilung vom 24.12.1974
- Zollmann, Rudolf: Mitteilung vom 24.11.1974
- Zollmann, Rudolf: Mitteilung vom 28.2.1975

2. Publikationen und Materialien der Gruppe Arbeiterpolitik
(Publikationen desselben Autors stehen in der Reihenfolge, in der die Manuskripte der Publikationen entstanden. Die Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterstimme sind hier mit aufgenommen.)

2.1. Zeitschriften

Arbeiterpolitik, herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, 1. Jg. Nr. 1 bis 12. Jg. Nr. 18/19. Stuttgart 1948-1959. - Zitiert als: Arpo Jahrgang/Nummer/Seite

Arbeiterpolitik - Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik, 1. Jg. Nr. 1 bis 16. Jg. Nr. 3 (letzte Ausgabe der weiterhin erscheinenden Zeitschrift), Bremen 1960 - 1975. - Zitiert als: Arpo-Briefe Jahrgang/Nummer/Seite. - Der offizielle Titel lautet bis incl. Arpo-Briefe 6/2/1: Briefe an unsere Leser. Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Bis zur Ausgabe Arpo-Briefe 9/3/1 lautet der Titel: Arbeiterpolitik - Informationsbriefe der Bremer Gruppe.

Arbeiterstimme - Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme, 1. Jg. Nr. 1 bis 5. Jg. Nr. 1 (letzte Ausgabe der weiterhin erscheinenden Zeitschrift), Nürnberg 1971 - 1975. - Zitiert als: Arsti Jahrgang/Nummer/Seite. - Die beiden ersten Ausgaben - Arsti 1/1/1 und Arsti 1/2/1 - tragen den Titel: Arbeiterstimme - Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg.

Norddeutsche Arbeiterstimme, herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, 1. Jg. Nr. 1 bis 6. Jg. Nr. 6 und eine einzelne Nummer aus Jg. 9. Stuttgart 1951 - 1959. - Zitiert als: Nd. Arsti Jahrgang/Nummer/Seite. - Die ersten drei Ausgaben - Nd. Arsti 1/1/1 bis Nd. Arsti 1/3/1 - hatten den Untertitel: Beilage zur "Arbeiterpolitik"; die einzelne Ausgabe des Jahrganges 9 hat den Untertitel: Beilage der Arbeiterpolitik für das Salzgittergebiet. - Die Norddeutsche Arbeiterstimme lag nur unvollständig vor.

2.2. Weitere Publikationen; Materialien

Bolze, Waldemar: I. Kravchenkos Traum und die Wirklichkeit. II. Der Weg des Sozialismus in Rußland. (Geschrieben 1947). Zitiert als: Bolze: SU. - In: Gruppe Arbeiterpolitik: Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion? Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der Sowjetunion. Bremen 1974

- Bolze, Waldemar: Der Weg der Gewerkschaften. (Geschrieben 1948), Bremen o.J.
- Brandler, Heinrich: Zur weltpolitischen Lage. Artikel aus der Arbeiterpolitik 1965 bis 1967. Bremen o.J.
- Busch/Schöllner/Seelow: Weltmarkt und Weltwährungskrise. Bremen 1971
- Frölich, Paul: Gegen den Reformismus. Das Vorwort zum Werk von Rosa Luxemburg. (Erstveröffentlichung 1925). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterstimme. Nürnberg 1974
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 - 1933. Frankfurt am Main 1973. - Zitiert als: Faschismus in Deutschland
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem "Internationalen Klassenkampf" von 1935 bis 1939. Bremen o.J. (1974). - Zitiert als: Volksfrontpolitik
- Gruppe Arbeiterpolitik: Offene Worte an Kommunisten. O.O. (Stuttgart) 1949. - Zitiert als: GAP: Offene Worte
- Gruppe Arbeiterpolitik: Der Hessen-Streik und seine Lehren. Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschafter. Stuttgart o.J. (1951). - Zitiert als: GAP: Hessen-Streik
- Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg: Einladung zu einem Vortrag von Heinrich Brandler am 5.12.1952 in Hamburg
- Gruppe Arbeiterpolitik (Leitung der GAP): Brief an die Leser der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" vom Oktober 1959. - Zitiert als: GAP: Brief vom Oktober 1959
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Die Bremer Linksradi-
kalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919. Bremen 1969. - Zitiert als: GAP: Bremer Linksradi-
kale
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Die Auseinandersetzungen auf der Klöckner-Hütte Bremen. (Analyse und Dokumentation). I. und II. Teil. Bremen o.J.
- Gruppe Arbeiterpolitik: Archiv Arbeiterpolitik, Rundbrief No. 1. Bremen 1971
- Gruppe Arbeiterpolitik: Archiv Arbeiterpolitik, Rundbrief No. 2. Bremen 1972
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Erfahrungen in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit. Bremen 1973
- Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion? Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der Sowjetunion. Bremen 1974
- Gruppe Arbeiterpolitik: Manuskript: "Der Wunsch, die Nachkriegsjahrgänge der 'Arbeiterpolitik' neu zu drucken..." Hamburg 1974. Unveröffentlicht. - Zitiert als: GAP: Manuskript

- KPD(O) (Reichsleitung der KPD(O)): Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Berlin 1931, Reprint Bremen o.J. - Zitiert als: KPO-Plattform
- KPD(O): Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter? Straßburg 1932, Reprint Bremen o.J. (1973).
- Thalheimer, August: Einführung in den Dialektischen Materialismus. Wien-Berlin 1928, Reprint Bremen o.J. (1973)
- Thalheimer, August: Um was geht es? Zur Krise in der KPD. (Eine offene Rede zum Offenen Brief). Berlin 1929, Reprint Bremen o.J. - Zitiert als: Thalheimer: Um was geht es?
- Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Berlin 1931, Reprint Bremen o.J. - Zitiert als: Thalheimer: Eine verpaßte Revolution?
- Thalheimer, August: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampfe gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden? Berlin 1932, Reprint Bremen o.J. (1972). - Zitiert als: Thalheimer: Wie Einheitsfront?
- Thalheimer, August: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. (Geschrieben 1945 in Kuba). Erste Auflage 1946; zweite Auflage Stuttgart 1950; dritte Auflage Bremen o.J. - Zitiert nach der dritten Auflage als: Thalheimer: Potsdam
- Thalheimer, August: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg. (Geschrieben unter dem Namen "Aldebaran" 1946 in Kuba). Erste Auflage 1946; zweite Auflage Stuttgart 1950; dritte Auflage Bremen o.J. - Zitiert nach der dritten Auflage als: Thalheimer: Weltpolitik.
- Thalheimer, August: Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion. (Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern). (Geschrieben ab 1946 in Kuba). Stuttgart 1952, Reprint Bremen o.J. - Zitiert als: Thalheimer: SU
- Thalheimer, August: Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie. (Geschrieben nach 1946 in Kuba). Bremen o.J.

3. Zusätzliche Literatur und zusätzliche Quellen

(Hier sind nur die Publikationen aufgenommen, die in dieser Arbeit zitiert wurden.)

3.1. Zeitungen und Zeitschriften

(Zeitungen bzw. Zeitschriften, aus denen gezeichnete Artikel zitiert werden, sind hier nicht aufgenommen. Die entsprechenden Artikel sind in Teil 3.3. dieses Verzeichnisses unter dem Namen des Verfassers angegeben.)

Hamburger Volkszeitung, 5 Jg., 1950

Niedersächsische Volksstimme, 4. Jg., 1949

P + S Stahlkurier. Werkszeitschrift der Stahlwerke Peine-Salzgitter, Peine, Jahrgänge 1970 und 1975

Die Quelle. Funktionärszeitschrift des DGB. 25. Jg., 1974

Die Salzgitter-Gruppe. Werkszeitschrift der Salzgitter AG, Salzgitter 1975.

Wahrheit, 2. Jg., 1950

3.2. Protokolle

Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden: Protokoll der Verhandlungen des 2. Bundestages des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 3. bis 5. Oktober 1947 in Kornwestheim. Stuttgart o. J.

IG Metall: Niederschrift der Verhandlungen des 1. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Hamburg vom 18. bis 22.9.1950. O.O. o.J. - Zitiert als: Protokoll des 1. Gewerkschaftstages der IG Metall.

IG Metall: Protokoll des 4. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Dortmund vom 10. bis 15.9.1956. Frankfurt o.J. - Zitiert als: 4. IGM-Gewerkschaftstag

IG Metall: Protokoll des 5. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Nürnberg vom 15. bis 20.9.1958, Frankfurt o.J.

KI: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom 5.11. bis 5.12.1922. Hamburg 1923. Reprint-Erlangen 1972

KI: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau vom 25.7. bis 20.8.1935. Berichte der "Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", 4. Jg., Nr. 35, 37, 39, 40, 42, 45, 47, 49, 50,

52, 54, 56, 58, 60, 62, 65, 66, 67, 72, 74. Basel 1935.
Nachdruck: Erlangen 1974

KPD: Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1972.

3.3. Andere Literatur

Abendroth, Wolfgang: Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland. In: ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied und Berlin, 2. Auflage 1972, S. 429 - 462.

Abendroth, Wolfgang: Ein Veteran des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler wurde fünfundachtzig. In: Die Andere Zeitung, 12. Jg. Nr. 27, Hamburg 7.7.1966, S. 3

Bade, Rolf; Möhlmann, Karl; Schanz, Ulrich; Schulze, Ingeborg; Teichmann, Hans-M.; Voß, Norbert; Wittemann, Klaus Peter: Die außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen sozialistischer Politik in Deutschland (vor allem der Westzonen) in der Zeit zwischen der Kapitulation und der Währungsreform in den Westzonen. Arbeitspapier im Rahmen des Seminars von Prof. Euchner 'Gesellschaftstheoretische Konzeptionen der SPD nach 1945', Göttingen 1973.

Brandler, Heinrich: Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland. In: Die Kommunistische Internationale, IX. Jg. Nr. 1 und Nr. 2, Hamburg-Berlin 1928, S. 32 ff und S. 75 ff.

Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin: Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition. Dokumentation. Berlin 1968. - Darin S. 75 - 94: Mitteilung über die Dreimächtekonzferenz von Berlin. Zitiert als: Potsdamer Abkommen.

Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim an der Glan 1965; Reprint Erlangen 1971. - Zitiert als: Drechsler: SAP.

Eberle, Eugen: siehe Fichter, Tilman; Eberle, Eugen: ...

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: Marx Engels Werke, Band 20, Berlin 3. Auflage 1971, S. 5 ff.

Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Marx Engels Werke, Band 21, Berlin 2. Auflage 1969, S. 259 - 307.

Eschenhagen, Wieland: Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften? Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie/Erfahrungen in Bremen. München 2. Auflage 1972. - Zitiert als: Eschenhagen: Betriebsarbeit.

- Fichter, Tilman; Eberle, Eugen: Kampf um Bosch. Berlin 1974. Darin S. 138 - 191: Eberle, Eugen: Sieben Jahre offener Widerstand. Zitiert als: Eberle: Bosch. - Darin S. 5 - 137: Fichter, Tilman: Betriebspolitik der KPD nach 1945: Am Beispiel der Firma Bosch. Zitiert als: Fichter: Bosch.
- Griepenburg, Rüdiger: Einleitung zu Aufsätzen zur Faschismus-Analyse der KPD-Opposition. Unveröffentlichtes Manuskript. O.O. o.J. (1972)
- Hartmann, Franz: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen. Göttingen 1972.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Wissenschaft der Logik. Hamburg 1967.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik. In: Hegel, G.W.F.: Werke in zwanzig Bänden, Band 8. Frankfurt am Main 1970.
- Hemje-Oltmanns, Dirk: Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21. Westberlin 1973.
- Huster, Ernst-Ulrich; Kraiker, Gerhard; Scherer, Burkhard; Schlotmann, Friedrich-Karl; Welteke, Marianne: Determinanten der westdeutschen Restauration. Frankfurt am Main, 1972.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln. Kapitel XII, Periode vom Mai 1945 bis 1949. Berlin 1968.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil III: Von 1945 bis 1963. Berlin 1967.
- Jahnke, Karl Heinz (Leiter des Autorenkollektivs): Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 - 1945. Dortmund 1973.
- Kadritzke, Niels: Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampf. ... II. Die Faschismus-Analyse der KPO. In: Probleme des Klassenkampfes, 3. Jg. Nr. 3 (= 8/9), Berlin 1973. S. 103-143, speziell: S. 104 - 122.
- Kommunistische Internationale: Thesen über die Taktik. Angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. 7.1921. In: Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau 22.6. bis 12.7.1921. Hamburg 1921, S. 31 - 63.
- Kommunistische Internationale: Das Programm der Kommunistischen Internationale. In: Protokoll - Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 17.7. bis 1.9.1928. Viertes Band: Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten. Hamburg-Berlin 1929, S. 45 - 100.
- Kommunistische Internationale, Das Präsidium des Exekutivkomitees der ~: Offener Brief des EKKI. an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD. In: Internationale Presse-Korrespondenz, deutsche Ausgabe. 8. Jg. Nr. 142 vom 21.12.1928, S. 2829 - 2832.

- Kommunistische Internationale (N.N.): Die Brandlerianer und ihr Schreiben an das EKKI. In: Die Kommunistische Internationale, XV. Jg Heft 17, Basel 1934, S. 1729 - 1737.
- Krauss, Werner: Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngster Zeit (2. Teil). In: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus. 2. Jg. Heft 4 April 1947, S. 356 ff.
- Lein, Albrecht: Die Antifaschistische Aktion in Braunschweig. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Göttingen 1974.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Lenin Werke Band 23, Berlin 5. Auflage 1970, S. 72 - 83.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Dekret über den Frieden. In: Lenin Werke Band 26, Berlin 2., verbesserte Auflage 1970, S. 239 - 242.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Zur Revision des Parteiprogramms. In: Lenin Werke Band 26, Berlin 2., verbesserte Auflage, S. 135 - 165.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Lenin Werke Band 31, Berlin 4. Auflage 1970, S. 1 - 91.
- Mannschatz, Gerhard; Seider, Josef: Zum Kampf der KFD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren (1945 - 1947). Berlin o.J., Reprint o.O. o.J..
- Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Marx Engels Werke (MEW) Band 1, Berlin 7. Auflage 1970, S. 378 - 391.
- Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW Band 17, Berlin 3. Auflage 1968, S. 313 - 365.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: MEW Band 23, Berlin 6. Auflage 1971. - Zitiert als: Marx: Kapital I.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: MEW Band 25, Berlin 4. Auflage 1970.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: MEW Band 3, Berlin 4. Auflage 1969, S. 9 - 530.
- Müller, Gundula: Die Neuanfänge der Gewerkschafts- und Betriebsrätearbeit in Salzgitter und die Politik des Betriebsrats der ehemaligen "Reichswerke AG. für Erzbergbau und Eisenhütten" und der örtlichen Gewerkschaft bei der Auseinandersetzung um die Demontage. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Göttingen 1974. - Zitiert als: Müller.

- Pless, Philipp: Der Wille zur Tat. Gewerkschaften als gesellschaftsverändernde Kraft. Reden und Aufsätze von Philipp Pless. Berlin 1973.
- Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W.I.Lenins und der Komintern für die KPD. Berlin 1971.
- Riedel, Matthias: Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgittergebiet. Diss. phil. Hannover 1966. - Zitiert als: Riedel.
- Salzgitter-Kurier: Salzgitter - Stadt ohne Beispiel am Zonenrand. 25 Jahre Aufbauarbeit. Goslar 1.4.1967. - Zitiert als: Salzgitter-Kurier.
- Schmidt, Ute; Fichter, Tilman: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948. Berlin 2. Auflage 1972.
- Schölz, Heinz: Heinrich Brandler. In: Frankfurter Rundschau 23. Jg. Nr. 230 vom 4.10.1967, S. 5
- Stoffregen, Albert: Die Geschichte der politischen Parteien und Wahlen im Gebiet des Kreises Gandersheim und der Stadt Salzgitter von 1867 bis 1963. Diss. phil Marburg an der Lahn 1965. - Zitiert als: Stoffregen.
- Thalheimer, August: Der Stand der Programmdiskussion nach dem 4. Kongreß. In: Die Internationale 6. Jg. Heft 1, Berlin 1921, S. 21 - 25.
- Tjaden, K.H.: Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim an der Glan 1964. Reprint Erlangen 1970. - Zitiert als: Tjaden: KPO.
- Vock, Joachim: Der Kampf der westdeutschen Arbeiter um soziale Rechte. Dargestellt am Beispiel der Antidemontagebewegung in den Salzgitterwerken. Acht-Wochen-Arbeit im Rahmen der Prüfung für Diplom-Sozialwirte an der Universität Göttingen 1971. - Zitiert als: Vock.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Gekürzte Studienausgabe. Frankfurt am Main 1969. - Zitiert als: Weber I.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band II. Frankfurt am Main 1969. - Zitiert als: Weber II
- Zöllner, Christian W.: Fallanalyse im Politischen Unterricht - Arbeiterschaft und Hauptbetriebsrat im Kampf um den Erhalt der Salzgitter-Werke (= Studien-Seminarberichte aus dem IPTS 13-1973, Beiheft 2). Kiel 1973. - Zitiert als: Zöllner.